Theo Zellner:

Behindertenfreundliche Personalpolitik

Bei einem Festakt in Bamberg nahm der Chamer Landrat den Integrationspreis „JobErfolg“ der Bayerischen Staatsregierung entgegen.

Seite 14

Otto Ammon:

Fröhlich sein und Gutes tun

Der Ehrenherausgeber der Bayerischen Gemeindezeitung feierte im Kreis zahlreicher Weggefährten und Gratulanten seinen 80. Geburtstag.

Seite 2

Wilhelm Böhm:

Wirtschaftswunder in Hurlach

Schwarze Zahlen schreibt der Bürgermeister mit einem florierenden Dorfladen, bei dem die Bürger Genossenschaftsanteile erworben haben.

Seite 6

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045 | Geretsried, den 20. Dezember 2007 | 58. Jahrgang / Nummer 24

Gertrud von Hassel: Drei heilige Könige

In jenen ausgesparten Nächten,
Da sich das Jahr zum Ringe schließt,
Bricht quellend aus des Schlafes Schächten
Ein Strom, der sich aus Gott ergießt.
Da leuchtet wie in der Legende
Ein Stern an deinem Firmament,
Der bis zu deiner Wallfahrt Ende
Als Licht auf allen Wegen brennt.

Alfred Schütze

Hinter uns liegt ein schaffensreiches Jahr. Fleiß, Einsatz und die Orientierung an den Bedürfnissen unserer Leserinnen und Leser haben sich gelohnt.
Wir bedanken uns für vielfältige Kontakte, reges Interesse und wertvolle Ideen, die unserer kommunalen Fachzeitung zugute kamen.
Mit den besten Wünschen für politischen und privaten Erfolg, gute Gesundheit, recht viel Glück im neuen Jahr und herzlichen Weihnachtsgrüßen
Redaktion, Anzeigenabteilung und Verlag
Ihrer Bayerischen Gemeindezeitung

Mitteilung der Kommission zur Daseinsvorsorge:

Rechtssicherheit für die Kommunen?

Von Alexander Radwan, wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Ende November hat die EU-Kommission die Ergebnisse der Revision zur Binnenmarktstrategie vorgestellt. Als Begleitdokument wurde ein Strategiepapier zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unter Einschluss der Sozialdienstleistungen verabschiedet. Im Kern geht es um die Frage, ob die Leistungen der Daseinsvorsorge künftig durch ein europäisches Rahmenrecht geregelt werden sollen. So lautet auch die Forderung der Sozialisten im Europäischen Parlament. Diese Lösung beinhaltet die Gefahr, dass nicht mehr die Mitgliedsstaaten sondern die EU zukünftig definiert, was unter Daseinsvorsorge zu verstehen ist sowie wie diese Dienste zu organisieren und zu finanzieren sind.

Die EVP-ED-Fraktion konnte sich im Rahmen der Beratungen zum Weißbuch „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ mit der Forderung gegen ein europäisches Rahmenrecht durchsetzen. Die Leistungen der Daseinsvorsorge sind viel zu unterschiedlich, als dass es einen einheitlichen Begriff dafür geben könnte. Die Kompetenz zu definieren, was unter Daseinsvorsorge in den verschiedenen Regionen zu verstehen und wie diese zu erbringen ist, liegt deshalb eindeutig bei den Mitgliedsstaaten, wo sie zu Recht auch verbleiben muss. Die Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, ihre Kompetenzen zu nutzen und zu definieren, was sie unter Daseinsvorsorge verstehen.

Verlässliche Grundlage

Die EU-Kommission hat sich daher in ihrer Mitteilung gegen eine europäische Regelung ausgesprochen. Dies ist positiv. Aus ihrer Sicht stellt der neue EU-Reformvertrag, der erstmals ein Protokoll zur den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse enthält, eine ausreichende und verlässliche Grundlage dar, wie diese Dienste künftig zu beurteilen sind. Der Widerspruch zur neuen Ermächtigung im EU-Reformvertrag zu den Diensten der Daseinsvorsorge bleibt aber bestehen. Es stellt sich die Frage, ob durch das Protokoll und die Mitteilung ausreichend Rechtssicherheit geschaffen wird, wie sie die Kommunen schon lange fordern.

Der vorliegende Vorschlag erreicht dies nicht. Nicht zuletzt deshalb, weil die Kommission der Forderung des Europäischen

Alexander Radwan, MdEP. ❐

Parlaments nach Kriterien zur Abgrenzung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse von denjenigen, die wirtschaftlicher Natur sind, wieder nicht gefolgt ist.

Ausschreibungspflichten

Dabei geht es um die Frage, inwiefern die Leistungen der Daseinsvorsorge dem Europäischen Binnenmarkt- und Wettbewerbsrecht unterliegen. Dies ist entscheidend für die Zulässigkeit von staatlichen Beihilfen und die Ausschreibungspflichten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Die Kommission hat im Monti-Paket bereits wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge, wie den Krankenhaussektor, den sozialen Wohnungsbau und die Tätigkeit kleiner Dienstleister der Daseinsvorsorge, die bestimmte Schwellenwerte nicht überschreiten (30 Mio Ausgleichszahlung, 100 Mio Jahresumsatz), vom EU-Wettbewerbsrecht ausgenommen. Für die anderen Bereiche sowie den öffentlichen Auftrag besteht jedoch weiterhin Klärungsbedarf.

Eine Auflistung starrer Kriterien ist weder sinnvoll noch möglich. Leitlinien könnten den Kommunen jedoch mehr Rechts--

(Fortsetzung auf Seite 4)

Beliebtes Touristenziel: Die Drei-Flüsse-Stadt Passau. ❐

Jahrespressekonferenz Tourismus 2007:

Pole Position souverän verteidigt

„Den vierten Gästerekord in Folge mit erstmals deutlich über 26 Mio. Ankünften aus dem In- und Ausland“ erwartet Wirtschaftsministerin Emilia Müller für den bayerischen Tourismus 2007. Wie sie bei einer Jahrespressekonferenz in München erläuterte, „werden wir bei den Übernachtungen mit über 76 Mio. das beste Ergebnis seit 2001 haben“.

Hier behaupte der Freistaat mit einem Anteil von mehr als 20 % unangefochten seine Spitzenposition unter den Bundesländern. Als „besonderes Highlight“ bezeichnete Müller „die Aufnahme der Tourismusmarke Bayern als einzige Destination in den Olymp der 77 deutschen Superbrands“. Dies sei ein „Ritterschlag für den Tourismusstandort Bayern“.

Wachstumsmotor

Regional gesehen sind nach Angaben der Ministerin in diesem Jahr vor allem die Oberpfalz und Oberbayern die Gewinner. Sie profitierten massiv von der touristischen Lokomotivfunktion ihrer Hauptstädte Regensburg und München. Auch Mittelfranken mit der historischen Stadt Nürnberg und dem fränkischen Seenland darf sich über Zuwächse freuen.

Wichtigster Wachstumsmotor blieben die ausländischen Touristen: Ihr Anteil werde in Bayern heuer erstmals die 23 %-Marke übersteigen. Wichtiger und populärer denn je sei der Urlaub auf dem Bauernhof: Hier werde 2007 mit einer weiteren Steigerung auf 11,2 Mio. Übernachtun-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Warum sich nicht mit der Kardinaltugend der Liebe auseinandersetzen?, meint die Vorzimmerperle. Schließlich ist das, was Tag für Tag in den Städten, Gemeinden und Landkreisen an ehrenamtlichem Einsatz gefordert wird, nichts anderes als ein „Werk der Liebe“, um einen leider altmodisch gewordenen Begriff zu gebrauchen.

Seite 15

Zweitwohnungssteuer wieder im Gespräch

Landtag fordert Befreiung nach sozialen Gesichtspunkten

Die Erhebung der Zweitwohnungssteuer durch die Kommunen soll nach sozialen Gesichtspunkten eingeschränkt werden. In diesem Sinn haben CSU und SPD im Landtag der Staatsregierung den Auftrag gegeben, mit den kommunalen Spitzenverbänden zu verhandeln. Innenminister Joachim Herrmann bekundete sein Einverständnis und hofft, alsbald mit den kommunalen Spitzenverbänden zum Einvernehmen zu kommen.

Zugrunde lag dem Plenum ein Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion. Die Staatsregierung soll mit den Spitzenverbänden ein Konzept entwickeln, mit dem Personen mit geringer finanzieller Leistungsfähigkeit, insbesondere Schüler, Studenten und vergleichbare Personengruppen, von der Zweitwohnungsteuer befreit werden können. Der Landtag erwartet einen Bericht über die Verhandlungen zwischen Staat und Kommunen im 1. Quartal 2008.

Die SPD stimmte dem zu, nicht ohne darauf zu verweisen, dass dies Auswirkungen auf den

(Fortsetzung auf Seite 2)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Studie der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft	2
Landtag: Strenges Rauchverbot - Büchergeld fällt	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Bilanz und Ausblick	3
Landesausstellung 2008 „Adel in Bayern“	3
Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs	3
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	5 - 8
EDV und Ausstattung für Kommunalverwaltungen	9-11
Kommunale Baupolitik	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt. - **B 1578** - Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Studie der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft:

Alarm bei Parteien und Verbänden

Alarm hat bei politischen Parteien und Verbänden eine Studie der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) ausgelöst. Das Papier, erstellt vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW), sagt eine wachsende Kluft in Bayern zwischen den Ballungsräumen und ländlichen Gebieten voraus. Die Kölner Wissenschaftler prognostizieren bis ins Jahr 2015 eine Wohlstandsexplosion entlang der Achse Nürnberg-München. Gleichzeitig sollen die strukturschwachen Regionen weiter an Wirtschaftskraft verlieren. So wird einzelnen oberfränkischen Landkreisen ein Rückgang um bis zu 30 % vorausgesagt.

Für Empörung sorgen dabei aber vor allem die Handlungsvorschläge des Papiers. Für einzelne Regionen, so Prof. Dr. Michael Hüther vom IW bei der Vorstellung in München, müsse über eine „Anbindungsstrategie“ nachgedacht werden. Das heißt, die Regionen sollen sich zukünftig auf ihre „Wohnortfunktion mit hohem Pendleranteil“ konzentrieren.

Stärken stärken

Der Präsident der vbw, Randolf Rodenstock, bekräftigte diese Haltung in einer Rede. Aus der Sicht der vbw müsse die Strategie der Zukunft lauten: „Stärken stärken und Schwächen schwächen“. Dementsprechend fordert er eine „Weiterentwicklung“ der bayerischen Regionalpolitik. Man könne es sich nicht mehr leisten, Steuergelder quasi mit der Gießkanne gleichmäßig über alle Regionen zu verteilen. Rodenstock will deshalb zukünftig vor allem auf die Wachstumsregionen und deren Ausstrahleffekte auf die umliegenden Regionen setzen.

Widerstand gegen diese Gedankenspiele kommt aus der Politik. Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein stellte klar: „Eine Reduzierung der ländlichen Räume auf eine reine Wohn- und Erholungsfunktion wird es mit uns nicht geben“. Es sei eine zentrale politische Leitentscheidung der Bayerischen Staatsregierung, das ganze Land konsequent nach vorne zu entwickeln und nicht einseitig auf Ballungsräume zu setzen.

Politik für alle Menschen

Bereits bei der Vorstellung des Papiers hatte der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Markus Sackmann, betont: „Wir machen Politik für alle Menschen in Bayern“. Sackmann verwies dabei auf das Aktionsprogramm der Staatsregierung „Bayerns ländlicher Raum“, das im Juni verabschiedet wurde.

Wohnen und Arbeiten zusammenbringen

Die SPD nutzte das vbw-Papier zur Attacke auf die Staatsregierung. „Durch den Glanz ihrer Leuchttürme geblendet hat die CSU-Staatsregierung den Blick für das Land verloren“, so SPD-Fraktionsvize im Landtag Thomas Beyer.

Das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Jürgen Busse, verdeutlicht, dass sein Verband auf die Förderung des ländlichen Raumes bestehe: „Unser Ziel muss es auch in Zukunft sein, Wohnen und Arbeiten zusammenzubringen“.

Protest erhob sich auch in den betroffenen Regionen. So bezeichnete der Hauptgeschäftsführer der IHK für Oberfranken Bayreuth, Dr. Hans F. Trunzer, eine Abkehr von der bisherigen Förderpolitik als Schlag ins Gesicht der Unternehmer im ländlichen Raum. Gegen entsprechende Pläne kündigte er erbitterten Widerstand an. **jk**

Ab Januar sind die Kreisverwaltungsbehörden am Zug:

Strenges Rauchverbot ist Gesetz

Kommunaler Ermessensspielraum - Bußgelder bis 1000 Euro

Allen Einwänden zum Trotz ist ab dem 1. Januar 2008 das Rauchen in allen öffentlich zugänglichen Räumen in Bayern verboten. Bis zur entscheidenden Schlussabstimmung im Landtag hatten sachliche Einwände, auch von kommunaler Seite, und leidenschaftliche Proteste, wie seitens der Wirte, angehalten. 140 Abgeordnete aller drei Fraktionen sagten namentlich Ja, 18 stimmten mit Nein, darunter 13 von der CSU und 8, davon vier aus der CSU, enthielten sich der Stimme. Die Durchsetzung dieses, im Bundesvergleich striktesten Rauchverbots obliegt den Kreisverwaltungsbehörden.

Ob und in welchem Umfang sie Kontrollen u.a. in Gaststätten und Festzelten durchführen und gegebenenfalls Bußgelder zwischen fünf und 1.000 Euro verhängen, entscheiden die Behörden im eigenen Ermessen, wie es im Vortext dieses Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (GSG) heißt. Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein hatte darauf in der öffentlichen Diskussion nochmals hingewiesen und den Eindruck erweckt, mit dem von der CSU-Fraktion noch verschärften Gesetz nicht voll einverstanden zu sein. Er und CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid versicherten jedoch, sie stünden letztlich in vol1em Einvernehmen.

Den persönlichen Vorwurf, er mache sich zum Vorreiter des Gasthofsterbens wies Schmid als Beleidigung zurück. Seine Gespräche mit einem eigens gegründeten Gastwirte-Arbeitskreis brachten keine Annäherung. Wiggerl Hagn, einer der Münchner Wies'n-Festwirte und Wortführer des Widerstandes, kündigte Verfassungsklage gegen das GSG an.

Im Landtag betonte Umweltstaatssekretär Dr. Marcel Huber die grundsätzliche Übereinstimmung aller drei Fraktionen zum Rauchverbot. Für die CSU versicherte Dr. Thomas Zimmermann, es gehe nicht darum, die Menschen zu gängeln, sondern um eine Maßnahme zu ihrem Schutz auch als Passivraucher. Er hoffe, dass die Gastronomie mitmachen werde. Die Grünen-Sprecherin Barbara Rütting betonte die Zustimmung ihrer Fraktion. Der Antrag ihrer Fraktion, die Staatsregierung solle über das Gesetz hinaus im Bundesrat initiativ werden, um in das Arbeitsschutzgesetz ein Rauchverbot an allen Arbeitsstätten einzuführen, wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Info-Offensive

Die SPD erklärte zwar durch Kathrin Sonnenholzner ihre grundsätzliche Zustimmung zum Rauchverbot, warb indessen für einen etwas milder gefassten eigenen Gesetzentwurf, der bei Stimmenthaltung der Grünen von der CSU abgelehnt wurde.

Staatssekretär Huber kündigte nach der Landtagsentscheidung eine Info-Offensive für das Rauchverbot an. Unter dem Motto „Bayern atmet durch“ startet die Landeszentrale für Gesundheit (LZG) eine Kampagne insbesondere für Gaststätten und Sportvereine. An alle wendet sich das Ministerium mit einer Broschüre und Informationen online. In zwei Jahren wird die Staatsregierung dem Landtag einen Erfahrungsbericht erstatten. (vgl. GZ 22/22.11.2007). **rm**

Otto Ammon ein 80er.

Fröhlich sein und Gutes tun

„Fröhlich sein, Gutes tun, und die Spatzen pfeifen lassen.“ Diesen Spruch Don Boscos hat sich der Ehrenherausgeber und langjährige Herausgeber und Kommentator der Bayerischen Gemeindezeitung, Forchheims Altlandrat Otto Ammon schon vor vielen Jahren zu eigen gemacht. Das Zitat hat für ihn bis heute seine Gültigkeit. Am 8. Dezember feierte der langjährige Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) seinen 80. Geburtstag.

Obwohl Ammon - bescheiden, wie es seinem Naturell entspricht - gar nicht wollte, dass sein Jubeltag groß beachtet wird, kamen viele seiner Weggefährten, angeführt von Landrat Reinhardt Glauber, Vizelandrat Gregor Schmitt und Oberbürgermeister Franz Stumpf. Die Abgeordneten Eduard Nöth und Thomas Silberhorn, die ehemaligen Landtagsabgeordneten Irmgard Edle von Traitteur und Walter Hofmann, Bezirksrat Hans Kotschenreuther sowie zahlreiche Bürgermeister, aktive und ehemalige Kommunalpolitiker aus dem Landkreis gaben sich die Klinke in die Hand, um ihrem Altlandrat zu gratulieren.

Man glaubte, die Zeit sei stehengeblieben. Denn tatsächlich hat sich der Jubilar kaum verändert seit er 1996 nach 32 Jahren aus dem Amt geschieden war. Ammon gehört zum kommunalpolitischen Urgestein in Bayern. Bevor er Landrat wurde war er schon zehn Jahre Bürgermeister in seiner Heimatgemeinde Reuth.

Einig waren sich die Gratulanten in ihrer Auffassung dass „König Otto“, wie ihn viele liebevoll nennen, tiefe Spuren hinterlassen habe - weit über die Grenzen seines Landkreises hinaus und auch außerhalb der Politik. Er war es, der 1974 die Tourismuszentrale Fränkische Schweiz in Ebermannstadt einrichtete. Unter dem Partnerschaftsvertrag mit Biscarrosse von 1975 steht sein Name. Über eine lange Zeit hat er den Landkreis geprägt. Die Gebietsreform war für die Menschen in der fränkischen Schweiz nicht einfach zu verkraften. Der Landkreis Forchheim wurde zwar größer, dafür musste bewältigt werden, dass Ebermannstadt seinen Kreisstadt-Status verlor. Dass die Zusammenführung früher eigenständiger Kleingemeinden zu Großgemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften so gut gelang ist der starken Führungspersönlichkeit Otto Ammon zu danken.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Landratsamt blieb der Altlandrat aktiv: Seit acht Jahren ist er Vorsitzender der Fördergesellschaft Klinik Fränkische Schweiz in Ebermannstadt. Das Haus schreibt erfolgreich „schwarze Zahlen“.

Seine geliebte Frau Lotte hat Otto Ammon im Jahr 2004 nach 58 Ehejahren verloren. Heute lebt der Jubilar mit der Familie seiner Tochter im eigenen Haus zusammen. „Das ist ideal“, sagt er, „wenn alle willens sind, Kompromisse zu schließen. Bei uns ist das der Fall, und dafür bin ich dankbar.“

Seinem Hobby, dem Brennen edelster Schnäpse aus handverlesenen heimischen Früchten, ist Ammon treu geblieben. Seine Produkte sind ein Gehimtipp unter Liebhabern und können über das Internet ebenso geordert werden, wie man Reservierungen im „Schweizer Keller“, dem Restaurant von Enkel Hubert Gronauer unter www.edelbranntweinbrennerei.de vornehmen kann. Die Bayerische Gemeindezeitung gratuliert herzlich! ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Stadler
94535 Eging am See
am 25.12.

Bürgermeister Herbert Fischhaber
83707 Bad Wiessee
am 2.1.

Bürgermeister Willibald Keßler
92331 Lupburg
am 2.1.

Bürgermeister Heinz-Jürgen Goeres
87538 Obermaiselstein
am 5.1.

Bürgermeister Siegfried Selinger
97816 Lohr a. Main
am 9.1.

Bürgermeister Karl Mengele
86637 Villenbach
am 11.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Schalk
91595 Burgoberbach
am 28.12.

Bürgermeister Walter Graf
86949 Windach
am 29.12.

Bürgermeister Fritz Pflugbeil
94542 Haarbach
am 7.1.

Bürgermeister Waldemar Kleetz
91350 Gremsdorf
am 10.1.

Bürgermeister Manfred Dietz
97654 Bastheim
am 11.1.

Bürgermeister Klaus Stallmeister
85399 Hallbergmoos
am 13.1.

Bürgermeister Josef Maier
84547 Emmerting
am 15.1.

Bürgermeister Anton Haimerl
93095 Hagelstadt
am 18.1.

Bürgermeister Richard Schnell
85305 Jetzendorf
am 18.1.

Bürgermeister Willi Koska
95176 Konradsreuth
am 20.1.

Bürgermeister Peter Knobeloch
97852 Schollbrunn
am 20.1.

Bürgermeister Johann Roßkopf
86653 Daiting
am 20.1.

Bürgermeister Xaver Schnierle
86709 Wolferstadt
am 21.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heribert Kammel
87452 Altusried
am 25.12.

Bürgermeister Georg Pfaffinger
84553 Halsbach
am 27.12.

Bürgermeister Helmut Wiedemann
86753 Möttingen
am 28.12.

Bürgermeister Franz Mädler
92289 Ursensollen
am 7.1.

Bürgermeister Rainer Fuchs
97228 Rottendorf
am 10.1.

Bürgermeister Georg Zipfel
96132 Schlüsselfeld
am 17.1.

Bürgermeister Erwin Schopper
91086 Aurachtal
am 21.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Seeger
89429 Bachhagel
am 27.12.

Bürgermeister Heinz Krämer
97215 Simmershofen
am 3.1.

Bürgermeister Hans-Dieter Kandler
86415 Mering
am 5.1.

Bürgermeister Franz Stimpfle
86747 Maihingen
am 9.1.

Bürgermeisterin Monika Götz
97647 Sondheim v. d. Rhön
am 14.1.

Bürgermeister Hermann Schmidt
86735 Amerdingen
am 21.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Lieb
87660 Irsee
am 2.1.

Bürgermeister Richard Mittl
91804 Mörnsheim
am 20.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Schwarz
88167 Maierhöfen (Allgäu)
am 30.12.

Zweitwohnungssteuer ...

(Fortsetzung von Seite 1)
kommunalen Finanzausgleich haben werde. Es handle sich um Millionenbeträge, insbesondere für die Städte mit München an der Spitze.

kommunale Entscheidung

Das Aufkommen im ersten Halbjahr 2007 bezifferte der Minister auf etwa 15 Millionen Euro. Er erinnerte daran, dass der Landtag die Zweitwohnungssteuer nicht verpflichtend eingeführt, sondern ihr Verbot 2004 auf Drängen der Kommunen aufgehoben habe. Es sei also kommunale Entscheidung und Verantwortung, ob sie erhoben werde. Der Minister hielt eine Differenzierung nach sozialen Gesichtspunkten für eine rechtlich mögliche Lösung, nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof 2006 eine beliebige Differenzierung der Steuererhebung für unzulässig erklärt habe.

Herrmann erwähnte über die im Dringlichkeitsantrag genannten sozialen Gruppen hinaus auch junge Krankenschwestern und Polizeibeamte, für welche die Zweitwohnungssteuer eine soziale Härte bedeute. Beim Städtetag habe er Aufgeschlossenheit für eine Neuorientierung der Steuer festgestellt. **rm**

Das Büchergeld fällt - die Kostenfrage bleibt

Abschaffung der Abgabe ab kommendem Schuljahr
Sachaufwandskosten bleiben Verhandlungsthema

Es bleibt dabei: Die Abschaffung des ab dem Schuljahr 2005/06 in Bayern eingeführten Büchergeldes von 20 bzw. 40 Euro wird zum Schuljahr 2008/09 rechtswirksam. Der Landtag hat die von der Staatsregierung vorgelegte Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes mit den Stimmen der CSU verabschiedet. Für Gemeinden, die schon heuer die Erhebung dieser Abgabe eingestellt haben, nachdem der seinerzeit designierte Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein in der Herbstklausur der Fraktion diese Entscheidung angekündigt hatte, bleibt offen, ob sie einen Ausgleich erhalten.

Dem Gesetz zufolge wird die Erhebung für heuer in das Ermessen der Kommunen gestellt. Die Staatsregierung sieht das Konnexitätsprinzip laut Gesetz nicht berührt, da es sich bei der Schulmaterialbeschaffung um eine Aufgabe der Kommunen handle.

Wunsch der Kommunen

Es wird auf die bis 2004 geltende Regelung verwiesen, dass der Staat ein Drittel der Kosten übernimmt. Kultusminister Siegfried Schneider betonte, die Gesetzesänderung sei auf ausdrücklichen Wunsch der Kommunen vorgelegt worden. Der Freistaat wolle sich nicht auf Kosten der Kommunen schadlos halten. Es sei nun seine Aufgabe, mit den Kommunen einen neuen Verteilungsschlüssel für die Schulmaterialien zu finden, der dem früheren Modell entspreche.“

„Für die CSU bestätigte ihr Berichterstatter Georg Eisenreich, es bestehe politischer Handlungsbedarf. Dabei spiele auch der Familienzuschlag für den Staat eine Rolle. Beide Oppositionsfraktionen lehnten die vorliegende Gesetzesänderung insbesondere aus schulpolitischen Gründen ab. Der Staat hätte sich die Verhandlungen sparen können, sagte Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD), wenn er mit dem Blödsinn Büchergeld gar nicht erst angefangen hätte. Dies sei der Anfang vom Ende der Lernmittelfreiheit gewesen. Es gehe nicht nur um das Büchergeld, sondern um die Bildungsgesamtkosten, die es sozial schwachen Familien schwer bis unmöglich machten, ihre Kinder angemessen ausbilden zu lassen.

Simone Tolle (Grüne) forderte Staatsregierung und CSU auf, jetzt für den eigenen Fehler zu zahlen und nicht die Eltern zu missbrauchen.

Übergangsregelung

Die Kommunen als Sachaufwandsträger brauchten zunächst eine Übergangsregelung mit Kostenersatz für das laufende Schuljahr in Höhe des Betrages, den sie vor Einführung des Büchergeldes erhielten. Die Mittel dafür seien im Nachtragshaushalt 2008 sicherzustellen. Danach sei eine langfristige Neuregelung zu treffen.

Der Grünen-Änderungsantrag wurde in namentlicher Abstimmung von der CSU abgelehnt, wobei sich 28 Abgeordnete aus CSU und SPD der Stimme enthielten. Der Regierungsentwurf wurde gegen die Stimmen der Opposition von der Mehrheitsfraktion angenommen. **rm**

Pressekonferenz des Hauses der Bayerischen Geschichte:

„Adel in Bayern“ wirft Schatten voraus

Landesausstellung vom 23. April bis 5. Oktober 2008 in Aschau und Rosenheim

Zur guten Tradition geworden ist die jährliche Pressekonferenz des Hauses der Bayerischen Geschichte im Presse Club München. Neben einem Rückblick auf das Jahr 2007 standen insbesondere die bevorstehenden Ausstellungsprojekte des HSBG im Mittelpunkt der Ausführungen des neuen Direktors Dr. Richard Loibl und von Projektleiter Dr. Wolfgang Jahn.

Wie Loibl zunächst erläuterte, war die Landesausstellung 2007 „Bayern-Böhmen: 1500 Jahre Nachbarschaft“ für die 10.000-Einwohner-Stadt Zwiesel, die Region Bayerischer Wald und das Haus der Bayerischen Geschichte ein überaus großer Erfolg. 90.000 Besucher seien gezählt worden, davon rund ein Viertel Tschechen. Die Schau sei ein Beitrag zur Völkerverständigung gewesen, habe dem Kulturtourismus der Region neue Impulse gegeben und auch ins Nachbarland ausgestrahlt. Für die Stadt Zwiesel habe sich die Landesausstellung doppelt gelohnt, da die Ausstellungseinbauten für das neue Waldmuseum genutzt werden können und im Gebäude verbleiben.

Ein ehrlich Handwerk

„Lern ein ehrlich Handwerk treiben“ - so riet es der Dichter Friedrich Rückert als gebürtiger Schweinfurter einem Zeitgenossen. Doch das ehrsame Handwerk erlebte auch in den bayerisch gewordenen fränkischen Landen am Main eine Krise. Denn der Weg Frankens in die Moderne brachte tief greifende Veränderungen in Wissenschaft, Technik, Politik und Kultur mit sich. Sie spiegelten sich auch in der Entwicklung des Handwerks wieder. Vom Weg der Handwerker in das Industriezeitalter und in die Gegenwart erzählt bis zum 9. März 2008 die in der Galerie Alte Reichsvogtei in Schweinfurt stattfindende Ausstellung „Ein ehrlich Handwerk treiben“.

Ausstellung im Landtag

„60 Jahre Bayerische Verfassung – 60 Jahre Bayerischer Landtag“ lautete der Titel einer bis Ende Februar 2007 dauernden Ausstellung im Bayerischen Landtag, die schlaglichtartig die bayerische Verfassungsgeschichte von 1818 bis zur Gegenwart beleuchtete. Historische Bild- und Tondokumente, interaktive Medienstationen und ausgewählte Originale vergegenwärtigten diese entscheidende Phase bayerischer Geschichte. Im Anschluss an diese erste Station im Maximilianeum ging die Ausstellung auf Wanderschaft durch die einzelnen Stimmkreise der Abgeordneten.

Landesausstellung

2008 wiederum richtet sich der Fokus nach Angaben von Dr. Jahn auf die Bayerische Landesausstellung „Adel in Bayern“ auf Schloss Hohenaschau im Chiemgau und im Lokschuppen Rosenheim. Keine Gruppe unserer Gesellschaft regt die Fantasie der Menschen so an wie der Adel. Bilder von edlen Rittern und schönen Edelfräulein, von mächtigen Burgen und prachtvollen Schlössern, von Schönheit und Reichtum, Heldentaten und Edelmut tauchen auf. Kaum eine gesellschaftliche Gruppe wird bis heute so bewusst in der Öffentlichkeit und den Medien wahrgenommen wie der Adel. Zugleich ist nur wenigen klar, wie es zu dieser besonderen Gruppierung gekommen ist, was Adel in den verschiedenen Jahrhunderten bedeutete.

Die Bayerische Landesausstellung 2008 stellt die wichtigsten Entwicklungen für die Geschichte des Adels vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart dar. Ausgehend vom altbayerischen Adel weitet sich der Blick nach Franken und Schwaben sobald diese Gebiete Bayern angegliedert wurden. Die Bayerische Verfassung von 1919 hob den Adel auf. Der Adelstitel ist seither lediglich Bestandteil des Namens. Dennoch wirken die Traditionen des Adels bis in unsere Zeit.

Das Thema „Adel in Bayern“ bedeutet für die kommende Landesausstellung des Hauses der Bayerischen Geschichte mehr und anderes als eine Beschäftigung mit dem Märchenkönig Ludwig II.

Die Landesausstellung findet an zwei Orten statt: im Schloss Hohenaschau und im Ausstellungsgebäude Lokschuppen Rosenheim. Erstmals für die Öffentlichkeit zugänglich wird Schloss Hohenaschau sein, eine der größten und bedeutendsten Höhenburgen Oberbayerns, die durch ihre großartige Lage das Aschauer Tal beherrscht und mit barocken Repräsentationsräumen überrascht.

Schloss Hohenaschau

Die Geschichte von Schloss Hohenaschau lässt exemplarisch die verschiedenen Ausprägungen von Adel in der Vergangenheit erkennen. Unter den Falkensteinern, Aschauern und Mautnern war es seit 1165/1170 eine mittelalterliche Burg. Unter Pankraz von Freyberg (1508 bis 1565) war Hohenaschau Sitz eines mächtigen Bergwerksherrn, Anhängers der Reformation und Gegenspielers der Wittelsbacher Herzöge. Fast 250 Jahre, von 1608 bis 1853, fand sich das Schloss im Besitz der Grafen von Preysing, die höchste Ämter am bayerischen Hofe hatten. Schließlich erwarb der Nürnberger Großindustrielle Theodor Cramer-Klett Schloss und Herrschaft Hohenaschau als würdige Kulisse für seine Erhebung in den erblichen Adelsstand. Höhepunkte des Schlossrundgangs werden der Preysing-Saal von 1682/84 mit überlebensgroßen Figuren der Preysing'schen Ahnengalerie und der restaurierte „Laubensaal“ mit einer originalen Raumausmalung von 1686/87 sein.

Lokschuppen Rosenheim

Im Ausstellungszentrum Lokschuppen Rosenheim wird eine Übersicht über historische Themen geboten: Wie wird man adelig und wie entsteht adelige Herrschaft? Wie ist das Verhältnis des Adels zur Kirche und zum bayerischen Landesherrn? Welche Funktionen hat der Adel in der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Welt? Wie und wovon lebt der Adel? Welche Veränderungen bringt das 19. Jh. für alle bayerischen Adeligen? Am Ende stehen Aussagen von heute lebenden Nachkommen bayerischer Adelsgeschlechter.

300 hochwertige Objekte

Rund 300 hochwertige Objekte aus in- und ausländischen Museen und Sammlungen sowie aus Privatbesitz geben ein Bild des „Adels in Bayern“. Wertvolle Handschriften und Urkunden, herausragende Zeugnisse der Gold- und Silberschmiedekunst, hochwertige Gemälde und Grafiken, Exponate aus Glas und Porzellan sowie Textilien in die Welt dieses für Bayerns so wichtigen Standes. Mehr als 150 Jahre nach ihrer Versteigerung werden Harnische und Waffen aus der legendären Rüstkammer von Schloss Hohenaschau erstmals im Ausstellungszentrum Lokschuppen Rosenheim wieder zusammengeführt. **DK**

Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

Notwendige Korrekturen

Insgesamt geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung
Finanzminister Huber: „Wertvolle Anregungen und Kritikpunkte“

Auch in diesem Jahr kann der Bayerische Oberste Rechnungshof der Staatsregierung eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung attestieren. Wie Präsident Dr. Heinz Fischer-Heidlberger bei der Vorlage des Jahresberichts 2007 hervorhob, kam der bayerische Haushalt zum ersten Mal seit Jahren ohne neue Schulden am Kreditmarkt aus. Auch 2007 würden keine neuen Schulden durch Kreditaufnahme gemacht. In diesem Zusammenhang rät der ORH zur Vorsorge für kommende Jahre, „in denen sich das Wachstum möglicherweise abschwächt und die Steuereinnahmen zurückgehen könnten“.

Fischer-Heidlberger zufolge „muss das Problem der explodierenden Versorgungslasten jetzt verstärkt angegangen werden“. Schließlich sei damit zu rechnen, dass aufgrund der Altersstruktur die Versorgungsausgaben für Richter und Beamte in den nächsten Jahren erheblich ansteigen werden. Im Jahr 2007 betragen die Versorgungsausgaben laut ORH 3,2 Mrd. Euro. Ab 2017 werden die (preisbereinigten) Ausgaben hierfür bei über 4,2 Mrd. Euro jährlich liegen. Um diese zu begrenzen, will die Staatsregierung einen Versorgungsfonds einrichten. Allerdings werden die vorgesehenen Rücklagen nicht ausreichen, um die jährlichen Belastungen des Staatshaushalts (wenigstens) auf 4,2 Mrd. Euro zu „deckeln“, zeigte sich der Präsident skeptisch. Deshalb seien nunmehr zusätzliche Beträge in den Versorgungsfonds einzuzahlen.

Unterlassene Bauunterhaltsmaßnahmen

Auch die verdeckten Schulden in Form von unterlassenen Bauunterhaltsmaßnahmen müssten abgebaut und damit die Belastungen in der Zukunft begrenzt werden. Der ORH habe in den vergangenen Jahren wiederholt darauf hingewiesen, dass der Bauunterhalt für Straßen und Gebäude vernachlässigt wird. Dadurch trete ein Wertverlust an der Bausubstanz ein, was wiederum dazu führe, dass die in Zukunft notwendigen Ausgaben immer größer werden.

Kostspielige Fassaden

Viel Geld könne die Staatsregierung sparen, wenn sie den Vorschlägen des ORH Folge leiste, fuhr Fischer-Heidlberger fort. Der Präsident monierte zunächst die „schönen, aber zu teuren“ Glasfassaden an Verwaltungsgebäuden. Die Verwaltung sollte sich hier weniger von ästhetischen Gesichtspunkten als vielmehr von Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit leiten lassen.

Ein weiterer Punkt: Viele Universitätsgebäude aus den 80er Jahren und älter entsprechen nicht den heutigen Wärmeschutzvorschriften. Durch den Einbau von Wärmerückgewinnungsanlagen könnte aber bis zu 80 % des in der Luft enthaltenen Energiepotenzials genutzt werden; dies würde allein bei der Universität Erlangen-Nürnberg zu Einsparungen von 800.000 Euro jährlich führen. Gleichzeitig würde der Staat auch einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Treibhauseffekts leisten.

Da bei den Personalkosten des ärztlichen Dienstes der fünf Universitätsklinika gravierende Unterschiede bestehen, schlägt der ORH u. a. vor, die Ärzte von der Dokumentationsarbeit zu entlasten. Außerdem sieht er in der stärkeren Koppelung der Ausgaben an die Einnahmen, wie sie in Erlangen bereits praktiziert wird, ein Erfolgsmodell. Dieses könnte auch von anderen Hochschulkrankenhäusern übernommen werden.

Teures IT-Konzept

Kritisch betrachten die Rechnungsprüfer auch die Entwicklung eines IT-Verfahrens im Rahmen des eGov-Konzepts der Staatsregierung für rund 2,3 Mio. Euro, mit dem alle Förderbereiche unterstützt werden sollten. Das System werde allerdings nur bei einem Staatsministerium eingesetzt, die anderen bevorzugten weiter ihre kostenträchtigen Speziallösungen. Um Synergien aus dem Basisverfahren übergreifend nutzen zu können, müssten die Geschäftsprozesse im Förderwesen vereinheitlicht werden, forderte Fischer-Heidlberger.

Neben einem fehlenden koordinierten logistischen Konzept u. a. für Kurierfahrten der Bayerischen Polizei und einem zu hohen Gehaltsniveau der Beschäftigten beim Bayerischen Jugendring beanstandete der ORH die Tatsache, dass bei den Einrichtungen der Laienmusik ein erheblicher Teil der staatlichen Zuschüsse in der Hierarchie der Verbände und der Funktionärstätigkeit versickere. Gefragt sei hier eine straffere Organisation.

In punkto Steuern wiederum hat der Rechnungshof festgestellt, dass Fälle mit hohem Steuerausfallrisiko schlecht bearbeitet werden: Jeder dritte der vom ORH untersuchten Fälle war fehlerhaft. „Gerade hier wäre aber Sorgfalt erforderlich, denn dadurch gehen dem Staat jährlich mindestens 39 Mio. Euro verloren“, berichtete Fischer-Heidlberger. Gefordert seien ein besseres Qualitätsmanagement und ein am Steuerausfallrisiko orientierter Personaleinsatz.

Sorgloser Umgang mit öffentlichen Geldern

Dass nicht immer wirtschaftlich gehandelt wurde, in einigen Bereichen sogar Millionenbeträge in den Sand gesetzt wurden, zeigen folgende Beispiele auf: Im wahrsten Sinne geradezu „bodenlos“ ist nach Ansicht des ORH die Beschaffung einer Bodenrinne durch den Lehrstuhl für Landmaschinen der TU München. Dieser beschaffte für Bodenuntersuchungen dieses Großgerät im Wert von 1,5 Mio Euro. Nach über vierjähriger Bauzeit wurde die Anlage zur TÜV-Abnahme im Juli 2003 für einen Tag in Betrieb genommen. Danach wurde sie wieder abgebaut, weil der neue Lehrstuhlinhaber mit anderer Forschungsrichtung die Bodenrinne nicht benötigt. Seither steht das demontierte Gerät nutzlos in einer Scheune.

Weiterer Fall: Die Landesaufnahmestelle für Aussiedler und Asylbewerber ließ weitgehend leere Betten und Büroräume durch Fremdfirmen bewachen. Sie hatte auf den vorhersehbaren Rückgang an unterzubringenden Personen nicht reagiert. Obwohl das eigene vorhandene Personal nicht mehr voll ausgelastet war, wurden externe Firmen beauftragt. Kosten von 1,4 Mio. Euro in den Jahren 2005 und 2006 wären überwiegend vermeidbar gewesen.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Umsatzerlöse der staatlichen Lotterieverwaltung in den letzten Jahren negativ entwickelt haben, sind dem Obersten Rechnungshof die Organisations- und Vertriebsstrukturen, die ca. 10 % des Umsatzes ausmachen, zu teuer. Eine Überprüfung der Vertriebsorganisation und die Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsberechnung seien überfällig. Auch sollte künftig vermieden werden, dass Gelder für nicht genutzte Werbeflächen bezahlt werden - so geschehen in der Allianz-Arena. Dort sollte die Sportwette Oddset beworben werden. Wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts wurden die Werbeflächen dann monatelang nicht genutzt.

Glamour-Event

Um die Bedeutung Münchens für die digitale Technologie in Deutschland zu unterstreichen, förderte der Freistaat die Bambi-Verleihung 2005 in München mit öffentlichen Mitteln von 200.000 Euro. Der ORH hält es für nicht vertretbar, wenn auf der einen Seite in vielen Bereichen rigoros gespart und auf der anderen Seite diese glamouröse Preisverleihung mit Steuermitteln unterstützt wird. Zudem stand München als Veranstaltungsort bei Gewährung des Zuschusses längst fest.

Die beiden Programme „Geprüfte Qualität Bayern“ und „Umstellungsprogramm für artgerechte Tierhaltung“, die den

(Fortsetzung auf Seite 4)

GZ Kolumne Luitpold Braun

Bilanz und Ausblick

Liebe Leser

am Ende eines Jahres wird immer auch Bilanz gezogen. Selten sind die Zahlen in Bilanzen nur „schwarz“.

In Bayern haben unterschiedliche Entwicklungen zur Jahresbilanz beigetragen. Der Januar begann mit der Überraschung des Jahrzehnts: Ministerpräsident Edmund Stoiber kündigte seinen Rücktritt an.

Keiner konnte sich so recht vorstellen, wie neun Monate, die für die Kandidatenkür vorgesehen waren, überstanden werden sollten. Sie sind überstanden; die CSU ging aus dem Procedere gestärkt hervor. Allen Unkenrufen zum Trotz, konnte durch ein eindeutiges Votum ein neuer Parteivorsitzender gekürt werden. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten lief die Entwicklung eindeutig auf Günther Beckstein zu. Auch dies war gut so.

Offen war für die Gemeinden, wie sich der Finanzausgleich für das kommende Jahr gestalten würde. Finanzminister Prof. Faltlhauser, ein ausgewiesener Freund der Kommunen, war abgetreten. Aber Erwin Huber, den wir ja als Finanzminister schon kannten, zeigte Verständnis für die Nöte der bayerischen Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden. Der Finanzausgleich für 2008 ist deshalb absolut positiv zu bewerten. Selbstverständlich sind auch diesmal nicht alle Wünsche der Kommunen erfüllt worden. Es ist jedoch durch die Steigerung der Schlüsselmasse und des Kfz-Steuerverbundes eine wesentliche Stärkung der kommunalen Finanzkraft erreicht worden. Andere, kleinere Ergebnisse, tragen ebenso dazu bei.

Wir können daher frohgemut in das neue Jahr starten und hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler in unserem Lande bei den Kommunalwahlen am 2. März und den Landtagswahlen im September weise Entscheidungen treffen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen von Herzen alles Gute für das kommende Jahr.

Ihr

Luitpold Braun

Jahrespressekonferenz der NürnbergMesse:

Der Gipfel ist noch nicht erreicht

2008: Drei Neuveranstaltungen in drei Ländern

Geschäftsführer Bernd A. Diederichs zeigte sich bei der Jahrespressekonferenz der NürnbergMesse davon überzeugt, „dass das Unternehmen seine besten Jahre noch vor sich hat". Zahlen, Messekonzepte und Teamgeist geben ihm recht: Für 2007 rechnet die Messe mit einem Konzernumsatz von 123 Mio. Euro, 2008 sollen es über 130 Mio., 2010 bereits über 150 Mio. Euro werden.

„Die Gründung von Tochtergesellschaften in China und Nordamerika und der Kauf von weiteren Messeveranstaltungen sind wichtige Investitionen auf diesem Weg. Genau so wichtig ist es, das Messezentrum in Nürnberg fit für die Zukunft zu machen", betonte Diederichs. Das jüngste Bauprojekt, die Erweiterung des Bereichs Eingang, Service und Kongress Mitte, sei dafür ein weiterer wichtiger Baustein. Die Fertigstellung ist für Herbst 2010 geplant, der Aufsichtsrat der NürnbergMesse hat dem Projekt bereits zugestimmt.

Neue Baupläne

Rund 25 Mio. Besucher, Aussteller und Kongressteilnehmer haben in den vergangenen 33 Jahren den Eingang Mitte passiert und die dazugehörigen Serviceeinrichtungen genutzt, vielfach auch den Saal Brüssel. „Der Bereich Mitte stammt noch aus dem ersten Bauabschnitt der Messe. Nun ist es Zeit, ihn für die nächsten drei Jahrzehnte auszurichten. In seiner Dimension ebenso wie in seiner Funktion", machte Diederichs deutlich.

Künftig wird ein circa 8.000 qm großer Bauköper den gesamten Bereich überspannen, inklusive des Vorplatzes zur U-Bahn hin. Der Saal Brüssel wird abgerissen und an anderer Stelle neu errichtet: Er rückt in ein Zwischengeschoss und damit näher an das CongressCenter Mitte mit seinen Konferenzräumen. Die Eingangs- und Servicefunktion wird deutlich aufgewertet. „Hoch, licht, transparent und mit einer Blickachse zum CCN Ost entsteht eine neue Qualität, die eine größere Zahl von Counteranlagen, größere Garderoben sowie zusätzliche Gastronomiezonen elegant in sich vereint und gleichzeitig die unterschiedlichen Nutzerströme gut koordinierbar macht", erläuterte der Geschäftsführer die künftige Architekturlinie.

Gleichzeitig wird die Baumaßnahme für eine energetische Optimierung genutzt: Die beiden den Eingang Mitte flankierenden Büro- und Kongressgebäude erhalten eine Doppelfassade und leisten so einen Beitrag zu Energieeinsparung und CO2-Reduzierung. „Der neue Bereich Mitte wird künftig neben dem CCN Ost die Visitenkarte unseres Geländes sein, insbesondere für unsere internationalen Messe- und Kongressteilnehmer", so Diederichs. Die Gesamtkosten für diese umfassenden Baumaßnahmen belaufen sich auf rund 40 Mio. Euro.

Mit einem Umsatz von etwa 123 Mio. Euro verpasste die NürnbergMesse in 2007 nur knapp das Rekordergebnis des Vorjahres von rund 126 Mio. Euro. Wie Diederichs bemerkte, „sind wir trotzdem sehr zufrieden". Das Messeprogramm in den ungeraden Jahren sei vollkommen anders zusammengesetzt als in den geraden, in denen es immer leichter sei, neue Bestmarken zu erreichen.

Neue Bestmarken

Wegen der Unterschiedlichkeit der Messeprogramme verzichten die Nürnberger Messemacher deshalb auf den Vorjahresvergleich und vergleichen stattdessen ungerade mit ungeraden und gerade mit geraden Jahren. Vor diesem Hintergrund ergeben sich in der NürnbergMesse Group neue Bestmarken beim Ausstellervolumen mit rund 26.000 (2005: 21.097) sowie der Zahl der internationalen Aussteller mit über 9.000 (2005: 8.142). Die verkaufte Nettofläche stieg gegenüber 2005 von 681.000 qm auf 776.000 qm. Deutlich auf 775.000 gestiegen ist auch die Zahl der Fachbesucher (2005: 620.000), darunter rund 150.000 international (2005: 120.000). Addiert man die Besucher der großen Publikumsmessen hinzu, ergibt sich eine Gesamtbesucherzahl von 1,24 Mio. (2005: 1,17 Mio.).

Wachstumsstärke

Noch präziser, allerdings auch komplizierter, ist der Vergleich mit der jeweiligen Vorveranstaltung. „Doch nur so wird die Wachstumsstärke des Programms richtig deutlich", sagte Diederichs. Laut AUMA (Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft) werden die internationalen Fachmessen in Deutschland im Vergleich zu ihrer jeweiligen Vorveranstaltung in diesem Jahr um jeweils circa 2,75 Prozent bei der Zahl der Aussteller und Besucher sowie um 1,75 Prozent bei der verkauften Fläche zunehmen. Die 14 Eigenveranstaltungen der NürnbergMesse wachsen wiederum deutlich schneller: um jeweils sieben Prozent beim Aussteller- und Flächenvolumen sowie um sechs Prozent beim Besuchervolumen. „In den vergangenen fünf Jahren sind wir jeweils deutlich schneller als der Durchschnittsmarkt gewachsen. Das soll auch in Zukunft so sein", hob der Geschäftsführer hervor. Die Wachstumsstars im zweistelligen Bereich waren im Messejahr 2007 die Fachmessen BioFach, IWA & OutdoorClassics, embedded world und EUROPEAN COATINGS SHOW sowie LogIntern.

Bereits absehbar ist, dass 2008 die Jahre 2007 und 2006 deutlich übertreffen wird. Die Umsatzerlöse sollen auf über 130 Mio. Euro klettern. Neben dem Wachstum des bestehenden Programms sollen neue Messen und Messesegmente im In- und Ausland für das deutliche Umsatzplus sorgen. Dazu gehören die CholodExpo Rossija in Moskau, die BioFach mit neuer Weinhalle, die American Coatings Show in Charlotte, USA, Medizin Innovativ, die GaLaBau mit neuem Fachteil Playground (17.-20. September 2008) und die Chillventa Nürnberg, Internationale Fachmesse Kälte, Raumluft, Wärmepumpen.

Platz 7 in Deutschland

Die NürnbergMesse ist eine der 20 größten Messegesellschaften der Welt, zählt in Europa zu den Top Ten und belegt in Deutschland gemessen am Umsatz Platz 7 hinter den Messegesellschaften Frankfurt, Düsseldorf, Hannover, München, Köln und Berlin – deutlich vor Essen, Stuttgart und Leipzig. Das Portfolio umfasst rund 70 internationale Fachmessen und Kongresse am Standort Nürnberg und weltweit. Jährlich beteiligen sich rund 26.000 Aussteller (Internationalität: 35 %), 775.000 Fachbesucher (Internationalität 19 %) und 465.000 Konsumenten an den Eigen-, Partner- und Gastveranstaltungen der NürnbergMesse. Im Konzern sind derzeit 254 Personen beschäftigt, eine maßvolle Ausweitung ist geplant. **DK**

Vorsorge aus Sicht des Klimawandels:

Verbesserter Hochwasserschutz

Staat übernimmt Verantwortung von den Bezirken

Hochwasserschutz und Klimawandel haben die Staatsregierung veranlasst, das Wassergesetz zu ändern. Die Verantwortung für die Gewässer zweiter Ordnung wird von den Bezirken auf den Staat übertragen.

Die entsprechende Gesetzesänderung wurde vom Landtag zum 1. Januar 2008 beschlossen. Man war sich einig, dass die Verschärfung der Hochwassergefahr und der Klimaschutz neue Richtlinien erfordern.

Den Rahmen haben Bund und EU gesetzt, wie Umweltstaatssekretär Dr. Marcel Huber im Landtag erläuterte. Wichtig sei die Vorsorge. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die in den letzten Jahren gestiegene Hochwassergefahr allgemein und im örtlichen Einzelfall müsse verbessert und es müssten die Überschwemmungsgebiete neu festgelegt werden. Dies zum Schutz vor Bebauung und um Hinweise für bestehende Bebauung bzw. weitere Nutzung von Ölheizungen und ähnlichen Gefahrenquellen für Wasser und Boden zu geben. Bewirtschaftungspläne seien neu zu erstellen und alle sechs Jahre zu aktualisieren.

Für die CSU begrüßte Berichterstatter Helmut Guckert die Entlastung der Kommunen. Mitberichterstatter Ludwig Wörner (SPD) befand die Novelle für dringend notwendig. Leider habe die Staatsregierung entsprechende Anträge der Opposition bisher abgelehnt. Er forderte, die Begutachtung gefährdeter Flächen und gefährdender Einrichtungen nicht privaten Sachverständigen zu überlassen. Die Staatsregierung spare Personal und verteuere dadurch die Verfahren für die Bevölkerung. Auch die Entschädigung werde unzureichend geregelt.

Ruth Paulig (Grüne) kritisierte, statt klarer Richtlinien kämen bürokratische Wischi-waschi-Regelungen.

Huber entgegnete, ohne Bürokratie gehe es leider nicht. Von Wischi-waschi könne aber nicht die Rede sein. Man werde mit Augenmaß das Menschenmögliche tun, um die Hochwassergefahr zu verringern. Ein Grünen-Antrag, in das Gesetz aufzunehmen, dass Grünland in Überschwemmungsgebieten nicht in Ackerland umgewandelt und es verboten wird, dort wassergefährdende Stoffe zu lagern, wurde von der CSU abgelehnt. In der Schlussabstimmung über das Gesetz enthielten sich SPD und Grüne. **rm**

Pole Position souverän verteidigt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gen bei den 7.100 Anbietern gerechnet (2006: 11 Mio. Übernachtungen). In der Campingbranche wiederum bleibe Bayern die Nr. 1 in Deutschland. In den ersten zehn Monaten hätten die Übernachtungen um 1,5 % zugelegt. Für das Gesamtjahr 2007 rechnet Müller mit knapp 4,1 Mio. Übernachtungen.

„Unser Erfolg beruht nicht zuletzt darauf, dass in Bayern der Tourismus zu allen Jahreszeiten Saison hat", fuhr Emilia Müller fort. Das Winterhalbjahr mache inzwischen mehr als 40 % der Übernachtungen aus – Tendenz steigend. Die Aussichten für die bayerischen Wintersportregionen in der gerade begonnenen Saison seien günstig. Etliche Skigebiete wie z. B. am Spitzingsee hätten in weitere Beschneiungsanlagen investiert, um wetterunabhängiger zu werden. Zudem werde Skifahren durch die von der Staatsregierung erfolgreich initiierte Mehrwertsteuerreduzierung für Seilbahnen zum 1. Januar 2008 günstiger. Ein touristisches Element, das immer mehr an Popularität im Winter gewinnt, seien die vielfältigen Weihnachtsmärkte zwischen Aschaffenburg und Berchtesgaden. So könne man bei rund 25 Mio. Weihnachtsmarktbesuchern in Bayern von Umsätzen im oberen dreistelligen Millionenbereich ausgehen.

Imagegewinn für Bayern

„Einen nochmaligen Imagegewinn für Bayern und die ausrichtenden Orte als attraktive Winter- sport- und Winterurlaubsdestinationen" verspricht sich die Ministerin von der Olympia-Bewerbung Münchens für das Jahr 2018. Die Chancen für eine erfolgreiche Bewerbung stünden gut. Nun müssten alle Beteiligten an einem Strang und in die richtige Richtung ziehen. Zur notwendigen Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gehöre auch die attraktive Verbindung des Münchner Flughafens mit der Münchner City durch den Transrapid.

Germany Travel Mart

Eine herausragende Chance habe der Tourismusstandort Bayern Ende April 2008, wenn der Freistaat nach 15 Jahren erstmals wieder Gastgeber für den Germany Travel Mart ist, fuhr Müller fort. Die Veranstaltungsorte München und Augsburg sowie die anderen touristischen Destinationen in Bayern könnten sich auf der wichtigsten Fachbörse in Deutschland für die internationalen Reiseeinkäufer und Reisejournalisten vor rund 1.500 Teilnehmern präsentieren.

„Insgesamt wird sich unsere Doppelstrategie, auf der einen Seite den wichtigen Inlandsmarkt zu pflegen und auf der anderen Seite im Wachstumsmarkt Ausland anzugreifen, weiter auszahlen. Ich bin daher zuversichtlich, dass wir unseren Wachstumspfad auf hohem Niveau beibehalten können", betonte die Politikerin. Bayern werde auch 2008 und darüber hinaus seine „Pole Position im Rennen der deutschen Urlaubsländer mit Abstand behaupten".

Investitionsstau

Im Rahmen der Jahrespressekonferenz stellte die Ministerin auch die Studie „Investitionsstau im bayerischen Gastgewerbe und seine Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit" vor. Die Untersuchung zeigt laut Müller, dass dieser zentrale Wirtschaftszweig im Freistaat insgesamt gut aufgestellt ist. Sie belege aber auch, dass weitere Qualitätsverbesserungen notwendig sind, um als Reiseland national und international im Wettbewerb auch in Zukunft die Spitze zu behaupten.

Sonderförderprogramm

Die Staatsregierung habe mit ihrer neuen Tourismus-Initiative bereits einige der Gutachter-Forderungen in die Wege geleitet. Müller: „So haben wir z.B. ein Sonderförderprogramm mit zinsgünstigen Darlehen für die bayerische Hotellerie ins Leben gerufen. Aufgrund der großen Nachfrage haben wir die Dotierung heuer von ursprünglich 100 Mio. auf 300 Mio. Euro erhöht. Wir werden ab jetzt auch Neukapazitäten fördern, wenn in der jeweiligen Hotelklasse ein Bedarf in der Region besteht."

Tatsache ist, dass viele Touristenorte nach einer Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr (dwif) in einer tiefen Krise stecken. So seien in Garmisch-Partenkirchen, Bad Hindelang und Bischofsgrün die Übernachtungszahlen seit 1992 um fünf bis 38 Prozent zurückgegangen. Der Grund sind veraltete und zu teure Hotels. In manchen Häusern gebe es nicht einmal Renovierungspläne. „Das Hauptproblem ist: Es wird erst dann renoviert, wenn überhaupt nichts mehr geht", so Ministeriumssprecher Otto Ziegler. **DK**

Rechtssicherheit für die Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sicherheit geben bei der Frage „wirtschaftliche Tätigkeit" und „Binnenmarktbezug." Gerade im sozialen Bereich ist die Abgrenzung oft schwierig. Ist die Tätigkeit von Rettungsdiensten und Krankentransporten eine wirtschaftliche oder nicht wirtschaftliche Tätigkeit? Die Kommission stuft diese Dienste in der Mitteilung als wirtschaftlich ein. Für sie ist grundsätzlich jede Leistung der Daseinsvorsorge eine wirtschaftliche Dienstleistung, wenn es dafür einen Markt gibt.

Der Umfang der Tätigkeit ist für die Beurteilung dieser Frage nicht ausschlaggebend. Aus Sicht der Kommission können auch Dienstleistungen, die nur vor Ort erbracht werden, einen Binnenmarktbezug aufweisen. Entscheidend ist, ob sie nur der örtlichen Bevölkerung zugute kommen oder ob sie auch von Bürgern aus weiter entfernten Regionen genutzt werden. Ein Schwimmbad, das von den eigenen Gemeindebürgern genutzt wird ist anders zu beurteilen als ein Erlebnisbad, das auch Touristen anzieht. Bei letzterem ist ein Binnenmarktbezug gegeben mit der Folge, dass das europäische Wettbewerbsrecht angewendet wird.

Interaktiver Online-Dienst

Absurd zur Klärung dieser schwierigen Abgrenzungsfragen erscheint die Ankündigung der Kommission, auf ihrer Homepage einen interaktiven Online-Dienst einzurichten. Er soll die Bürger, Dienstleister und Behörden über die Anwendbarkeit des EU-Rechts im Bereich der Daseinsvorsorge informieren und die Möglichkeit bieten, konkrete Fragen einzureichen. Besonders Akteure auf regionaler und lokaler Ebene insbesondere im Bereich der Sozialdienstleistungen sollen von diesem Dienst profitieren. Information ist zwar positiv. Dies allein entbindet aber die EU-Kommission nicht davon, endlich selbst aktiv zu werden und Kriterien vorzulegen, statt sich um die schwierige Frage der Abgrenzung zu drücken. Die Kommunen benötigen klare Leitlinien und kein FAQ-Fragenregister.

Strittige Kooperationen

Auch die der Mitteilung beigefügte Zusammenstellung von häufig an die Kommission gerichteten Fragen zum Beihilfe- und Vergaberecht liefert keine neuen Erkenntnisse. So wiederholt die Kommission für den Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit lediglich die EuGH-Rechtsprechung, wonach z.B. bei einer vollständigen Übertragung von Aufgaben auf einen kommunalen Zweckverband keine Ausschreibungspflicht nach EU-Recht greift. Dies ist bekannt. Strittig sind aber verschiedene andere Formen der Kooperation. Die Mitteilung der Kommission ist letztlich eine Zusammenfassung der bisherigen Initiativen und eine Wiedergabe des Status quo. Der Beschluss, etwas nicht vorzulegen, ist keine Lösung. Es bleibt die vorhandene Rechtsunsicherheit.

Am Schluss bleibt möglicherweise als schlechteste Lösung nur ein Rechtsrahmen auf der Grundlage des neuen EU-Reformvertrags, wenn die EU-Kommission nicht endlich ihrer Aufgabe nachkommt und Rechtssicherheit schafft. Das Monopol der Rechtsetzung und -sprechung durch die EU-Kommission ist in dieser Form nicht mehr angebracht. ❐

Notwendige Korrekturen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Staat 46 Mio. Euro kosteten, sollten das Vertrauen der Verbraucher in einheimische Nahrungsmittel verbessern. Programm und Prüfzeichen „Geprüfte Qualität Bayern" sind Fischer-Heidlberger zufolge allerdings im Lebensmitteleinzelhandel kaum präsent und beim Verbraucher weitgehend unbekannt. Und noch ein letztes Manko: Bei den Justizvollzugsanstalten wird nur die Hälfte der Dienstwohnungen für Vollzugsbeamte genutzt. An zwei Standorten standen rund 40 % der Wohnungen leer. Teilweise wurden Wohnungen am Bedarf vorbei aufwendig saniert, in anderen Fällen notwendige Instandhaltungsmaßnahmen über viele Jahre hinweg unterlassen.

Finanzpolitische Nummer Eins

„Bayern ist finanzpolitisch die Nummer Eins! Das bestätigt auch der aktuelle Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs", zeigte sich Finanzminister Erwin Huber unterdessen zufrieden. Die im ORH-Bericht ausgewiesenen haushaltswirtschaftlichen Daten für 2005 bekräftigten erneut, dass es mit einer geordneten und verantwortungsvollen Haushalts- und Wirtschaftsführung trotz eines insgesamt schwieriger gewordenen Umfelds gelungen sei, die Spitzenposition Bayerns zu behaupten.

Wertvolle Kritik

So liege nach Feststellung des ORH die Steuerdeckungsquote Bayerns mit 75,5 % um 7,7 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der übrigen westlichen Flächenländer (67,8 %). Auch bei der Investitionsquote habe Bayern mit 11,4 % gegenüber lediglich 10,4 % der übrigen Flächenländer West deutlich „die Nase vorn". Infolge seiner soliden Haushaltspolitik weise der Freistaat eine Zinsausgabenquote von nur 3,0 % aus gegenüber 8,6 % der anderen Flächenländer West.

Huber betrachtete die Anregungen und Kritikpunkte als sehr wertvoll. „Wir werden uns mit den Prüfungsergebnissen intensiv auseinander setzen und notwendige Korrekturen rasch einleiten", sicherte er zu. „Die Bürger haben ein Recht darauf, dass wir mit ihren Steuergeldern sorgsam umgehen, denn Geld zum Verschenken haben wir nicht!", erklärte der Minister abschließend. **DK**

Finanzierung von Leistungen der Daseinsvorsorge:

Brüssel zwingt Kommunen zur Überprüfung

Von Dr. Carsten Jennert, LL.M., KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft mbH, Köln/München

Die Problematik der Vereinbarkeit von Mittelzuwendungen der Kommunen an ihre Eigenbetriebe und kommunale Gesellschaften - u. a. Kapitaleinlagen, Verlustausgleichszahlungen, Darlehen, Bürgschaften – mit den Vorgaben des Europäischen Beihilferechts ist seit längerem virulent. Dies gilt insbesondere für die Finanzierung von zumeist strukturell defizitären Leistungen der so genannten Daseinsvorsorge wie die Unterhaltung von öffentlichen Bädern oder die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs. Ein Grundsatz-Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Juli 2003 (Rechtssache „Altmark Trans“) hat weniger zur Klärung beigetragen als vielmehr neue Fragen aufgeworfen und somit nicht für die erhoffte Rechtssicherheit in der Praxis gesorgt.

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission im November 2005 ein Maßnahmepaket erlassen, welches den derzeit gültigen, abschließenden Rechtsrahmen für Ausgleichszahlungen zur Finanzierung von Leistungen der Daseinsvorsorge darstellt. Betroffen hierbei sind insbesondere die diversen Zuwendungen von Kommunen an ihre Eigenbetriebe- und Gesellschaften wie Verlustabdeckungen/Kapitaleinlagen, Betriebskostenübernahmen, sowie Darlehen und Bürgschaften zu Kommunalkonditionen.

Zentraler Bestandteil des nach dem seinerzeitigen Wettbewerbskommissar so benannten „Monti-Pakets“ ist die unmittelbar anwendbare Entscheidung 2005/842/EG. In dieser stellt die Kommission verschiedene Voraussetzungen auf, bei deren Erfüllung Ausgleichszahlungen an (kommunale) Unternehmen der Daseinsvorsorge ausnahmsweise nicht der Anmeldung („Notifizierung“) und Genehmigung durch die Europäische Kommission bedürfen. Kernelement ist ein so genannter Betrauungsakt, der den jeweiligen Unternehmen bestimmte Aufgaben der Daseinsvorsorge auferlegt und gleichzeitig den hierfür zu gewährenden Kostenausgleich vorab festschreibt. Damit sollen die bislang zumeist rein faktisch gewährten Verlustausgleiche nach dem Willen der Kommission auf eine rechtsverbindliche und damit vor allem transparente Grundlage gestellt werden.

Keine graue Theorie

Die Frist für die Anpassung der Finanzierungsleistungen an die Vorgaben des Monti-Pakets ist im November 2006 abgelaufen. Seit diesem Zeitpunkt kann die Kommission unter Missachtung der Freistellungsentscheidung gewährte Verlustausgleichszahlungen und Kapitaleinlagen zurückfordern, ohne dass es auf ein Verschulden der handelnden Personen ankommt.

Derartige Risiken sind nicht nur graue Theorie: Die Kommission in Brüssel überprüft derzeit in einem förmlichen Beihilfeverfahren die Finanzierung des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr. Für die Geschäftsführer von Gesellschaften der öffentlichen Hand ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, dass die Prüfung der EG-Beihilferechtlichen Konformität von erhaltenen Finanzmitteln nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts zu den kaufmännischen Sorgfaltspflichten zählt.

Mögliche Regressansprüche

Rückforderungsentscheidungen der Kommission können daher Regressansprüche der Gesellschaften gegen den Geschäftsführer nach § 42 Abs. 2 GmbHG nach sich ziehen. Zudem können Wettbewerber die etwaige Rechtswidrigkeit entsprechender Mittelzuweisungen - neben einer Beschwerde bei der Kommission - auch unmittelbar vor deutschen Gerichten geltend machen.

Dies ist gegebenenfalls umso ärgerlicher, als entsprechende Risiken grundsätzlich wohl vermieden werden können. Denn die Voraussetzungen der Entscheidung 2005/842/EG für eine Befreiung von der Anmeldungs- und Genehmigungspflicht dürften in der Praxis zumeist erfüllbar sein. Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWME NRW) in Düsseldorf hat auf Anregung des Städtetages Nordrhein-Westfalen eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen eingerichtet.

Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe, der Vertreter von NRW-Innenministerium, Landesfinanzministerium, Kommunen, kommunalen Unternehmen sowie Wissenschaft und Anwaltschaft angehören, wurden in Form eines Praxis-Leitfadens zusammengefasst, der im Frühjahr 2008 im Rahmen einer speziellen Veranstaltung im MWME NRW vorgestellt wird und dann kostenlos beim Ministerium angefordert werden kann. Zudem wird das Ministerium einen Runderlass zu den Anforderungen an die Kontrolle einer etwaigen Überkompensation nach Art. 6 der Entscheidung 2005/842/EG erlassen.

Essener Modell-Projekt

Die Umsetzung des Leitfadens in die Praxis erfolgt etwas weiter nördlich: In Essen wird derzeit im Rahmen eines Modell-Projekts die Finanzierung diverser städtischer Beteiligungsunternehmen auf Vereinbarkeit mit dem Monti-Paket überprüft und gegebenenfalls entsprechend angepasst. Hier wie dort steht dabei der Betrauungsakt als „Vehikel“, um die Verlustausgleichszahlungen in die verschiedenen Gesellschaften der Daseinsvorsorge zu transportieren, im Zentrum der Überlegungen. Zur Vermeidung u. a. vergaberechtlicher Risiken bietet sich hierfür ein Zuwendungsbescheid an. Bei dessen Ausgestaltung ist indes die schmale Grenze zwischen umsatzsteuerbarem Leistungsaustausch und steuerfreiem „echtem Zuschuss“ zu beachten. Unter körperschaftssteuerlichem Blickwinkel gilt es, eine etwaige Gewinn/Verlustsaldierung zwischen gewinnträchtigen Bereichen des kommunalen Beteiligungsmanagements wie den Stadtwerken und den möglichen Verlustgesellschaften wie den Bäderbetrieben im Rahmen steuerlicher Organschaftsverhältnisse im Auge zu behalten.

Gestaltungsspielräume

Durch die jüngste BFH-Entscheidung zur verdeckten Gewinnausschüttung bei strukturell dauerdefizitären Betrieben gewerblicher Art ist dieses Thema nochmals komplexer geworden. Der gegebenenfalls entstehende Restrukturierungsaufwand könnte sich aber insofern lohnen, als damit unter Umständen zugleich die bislang ungelöste Frage nach der EG-beihilfenrechtlichen Beurteilung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen entfällt. Insgesamt ist den Empfängern der betreffenden Mittelzuwendungen vor diesem Hintergrund zu empfehlen, die Problematik aktiv anzugehen. Denn auch der jüngst veröffentlichte Fragen-Antworten-Katalog der Europäischen Kommission zur Freistellungsentscheidung zeigt, dass derzeit durchaus noch Gestaltungsspielräume bestehen, die es - gegebenenfalls unter Einbeziehung der Europäischen Kommission - zu nutzen gilt. Zudem bieten die ohnehin erforderlichen Strukturanpassungen eine große Chance für ein aktives und zielgerichtetes Beteiligungsmanagement auf Seiten der städtischen Gesellschafter. ❐

Münchener Hypothekenbank:

Starkes Wachstum im Quartal

Die Münchener Hypothekenbank eG konnte auch im dritten Quartal ihr Neugeschäft weiter ausbauen, obwohl im Markt die Nachfrage nach privaten Immobilienfinanzierungen bundesweit verhalten blieb. Insgesamt hat die MünchenerHyp in den ersten neun Monaten des Jahres ein Finanzierungsvolumen von 2.895,8 Mio. Euro zugesagt.

Davon entfielen 710,4 Mio. Euro auf ein Wohnungsbauportfolio, das im Juli 2007 angekauft wurde. Im Vergleich mit dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung um 1.376,3 Mio. Euro. Ohne den Sondereffekt des Portfolioankaufs ergibt sich ein Plus 665,9 Mio. Euro.

Die Bilanzsumme stieg zum 30. September 2007 auf 32,8 Mrd. Euro (2,9 Prozent). Mit den Erfolgen im Neugeschäft ist auch der Hypothekenbestand deutlich gewachsen. Er erhöhte sich um 1,2 Mrd. Euro auf 13,4 Mrd. Euro (9,8 Prozent). Das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge verbesserte sich auf 22,5 Mio. Euro (17,2 Prozent). Angesichts des anhaltend hohen Volumens des Neugeschäfts bekräftigt die MünchenerHyp ihre Ziele für das noch laufende Geschäftsjahr. „Wir werden... unseren Wachstumskurs in der privaten wie in der gewerblichen Immobilienfinanzierung fortsetzen und erwarten auch im vierten Quartal eine robuste Nachfrage nach unseren Finanzierungslösungen“, so Vorstandsvorsitzender Erich Rödel. ❐

Dorfladen schreibt im Startjahr schwarze Zahlen:

Wirtschaftswunder in Hurlach

Genossenschaft besser als GmbH - Dem Erfolg des Pilotprojekts auf der Spur

So ganz kann Helmut Weihrather, Geschäftsführer des Dorfladens Hurlach, seinen Stolz nicht verbergen. Er hat ja auch ein kleines Wunder vollbracht, in dem er einen schuldenfreien, bereits im ersten Jahr wirtschaftlich erfolgreichen Betrieb aufgebaut hat. Sicher haben viele andere mitgeholfen, ein zupackender, ehrenamtlicher Bürgermeister und viele, die von der Idee überzeugt waren.

Zufrieden und freundlich empfängt der erfahrene Kaufmann seine Kunden und verkörpert die heitere Stimmung, die das Gemeinwesen in der anmutigen oberbayerischen Region ausstrahlt. Hurlach im Landkreis Landsberg liegt nahe der Autobahn München - Lindau, rund 60 Kilometer von der Landeshauptstadt entfernt, aber ohne Auto nur mühsam erreichbar.

Freude an der eigenen Leistung

Wie vielfach im ländlichen Raum, bleibt ein ÖPNV, der den Namen verdient, eine Fata Morgana. Nur die Stammtischfreunde haben in der Gemeinde mit 1.600 Einwohnern noch ein gemütliches Dasein, gleich zwei Wirtshäuser laden die Gäste ein.

Noch vor gut einem Jahr gab es kein Lebensmittelgeschäft mehr. Für jede Packung Milch, für Salz und Zucker, frisches Obst und gute Wurst musste man in eine der zwei umliegenden größeren Gemeinden fahren, sechs Kilometer hin, sechs Kilometer zurück. Für private Einzelhändler, die auch noch mit dem schrecklichen Begriff „Tante-Emma-Läden“ leben müssen, hat sich das Geschäft in Hurlach nicht mehr gelohnt. So entstand in der Bürgerschaft die Idee, es doch noch einmal mit einem Dorfladen zu versuchen, nachdem ein ähnliches Projekt schon einmal gescheitert war. Über den eher knochenharten Aufbau des neuen Dorfladens will man nicht mehr groß reden. Eher dominiert die Freude an der eigenen Leistung.

Freilich, beim Neustart hat man aus Erfahrungen gelernt: Man studierte andere Dorfläden und holte sich erfahrene Berater wie den Vollprofi Wolfgang Gröll von der BBE-Handelsberatung aus München. Und gelegentlich sind selbst die Götter auf der Seite der Tüchtigen. Ein Landwirt stellte den ehemaligen Hühnerstall für den Neubau des Dorfladens zur Verfügung.

Das Haus liegt mitten im Ortskern, gleich neben dem Kindergarten. Es fanden sich gelernte Verkäuferinnen, die teils ehrenamtlich mitarbeiten. Über die Einlagen der Genossenschaftsmitglieder - jetzt sind es schon 160 Bürger - konnten 30.000 Euro Grundkapital aufgebracht werden, mit denen die Renovierung und der erste Lagerbestand bezahlt wurden. Kredite brauchte man nicht.

Gelungenes Sortiment

Begünstigt wurde das Vorhaben durch die anstehende Dorferneuerung und die gelungene Auswahl des Sortiments. Frische Fleischwaren vom einheimischen Metzger, handverlesenes Obst, Molkereiprodukte aus der Region und Backwaren stellen 75 Prozent des Umsatzes. Daneben gibt es noch all die Kleinigkeiten für den Haushalt, die man plötzlich vermisst. Jetzt muss man nicht mehr wegen eines Teebeutels auf die Reise gehen.

Auf die Anmerkung, das Angebot helfe ja gerade den älteren Mitbürgern, huscht ein Lächeln über Weihrathers Gesicht. Wahrscheinlich denkt er sich, so sind sie halt, die Leute aus der Großstadt mit ihren gepflegten Vorurteilen. Aber nein. Besonders dankbare Kunden sind die jungen Mütter, die ihre Kinder nicht mehr ins Auto zerren müssen, sondern mit dem Kinderwagen bequem zum Einkaufen fahren können.

Erfolgreiche Managementtheorie

Die Geschäftsidee entspricht feinster Managementtheorie: Konzentration auf möglichst hochwertige und regionale Produkte, kein allfälliger Ramschladen. Der Erfolg spricht für die Idee. Der Umsatz lag im ersten Jahr um 50 Prozent über den kalkulierten Schätzungen. Mittlerweile kommen auch immer mehr Kunden aus der Umgebung, die das Qualitätsangebot zu schätzen wissen. Die zwangsläufig leicht höheren Preise für Ökoprodukte spielen keine abschreckende Rolle. Im Dorfladen spart man auch deshalb Geld, weil kein nutzloser Kram überfallartig vor den Kassen lungert.

Man muss es offen zugeben, ein Bummel durch den liebevoll-spartanischen Laden stimmt heiter, auch ohne Weihnachtsmänner an jeder Ecke und „Stille Nacht“ bis zum Abwinken. Mittlerweile gibt es eine kleine Kaffeebar, die zur Kommunikation, ach was, zum schönen Dorftratsch einlädt.

Allerdings - und da meldet sich der ehrenamtliche Bürgermeister, Wilhelm Böhm, ein Sparkassenprofi, gleich energisch zu Wort - das Grundproblem eines Dorfladens seien die Personalkosten. Wenn es nicht gelinge, sie durch ehrenamtliche Kräfte in Grenzen zu halten, rechne sich das Projekt nicht, so der Vorsitzende des dreiköpfigen Aufsichtsrates der Genossenschaft.

Bürgermeister Wilhelm Böhm (links) mit Dorfladen-Geschäftsführer Helmut Weihrather. ❐

Besseres Miteinander

Doch den Mitarbeitern scheint die Sache Spaß zu machen. Neben Helmut Weihrather bilden eine Verkäuferin und eine Buchhalterin den Vorstand. Wenn man die Hurlacher fragt, bestätigen fast alle, dass mit dem Dorfladen das Miteinander, das Gemeinschaftsgefühl besser geworden sei.

Bürgermeister Wilhelm Böhm bekommt dies hautnah mit: Bei der bevorstehenden Kommunalwahl hat er keinen Gegenkandidaten. Die geschenkte Zeit eines ausgefallenen Wahlkampfes nutzt Böhm für eine andere Aufgabe, die in ganz Bayern viele seiner Kolleginnen und Kollegen umtreibt: Wie kommt man vor allem für die Gewerbebetriebe an ein leistungsgerechtes Breitbandnetz?

Erfolgsfaktoren

In einer anderen Sparte des ehemaligen Postgeschäftes zaubert Helmut Weihrather noch ein Schmankerl hervor: Im Dorfladen gibt es wieder einen Postpoint, wo man keine atemberaubenden Wartezeiten hinnehmen muss, wie dies einem so häufig in der Großstadt widerfährt.

Will man das Erfolgskonzept zusammenfassen, dann fallen einem vier Voraussetzungen ein: Erfahrenes Management, knallhartes Kostenbewusstsein, Kundenorientierung und die Grundsatzentscheidung zur genossenschaftlichen Rechtsform, die sicherlich die Kunden an „ihren“ Dorfladen bindet und weniger Reibungspunkte liefert, als eine GmbH, die geradezu einlädt, als Kriegsschauplatz für immer lauernde Dorfstreitigkeiten herzuhalten.

Umweltschutz und Dorfkultur

Abgesehen von der besseren Lebensqualität sparen die Bürger von Hurlach grob gerechnet 100.000 Euro an Benzinkosten im Jahr. Auch das ist Umweltschutz. Letztlich lohnt sich für alle der gemeinsame Einsatz, der freilich voraussetzt, dass eine vernünftige Dorfkultur gepflegt wird. Dazu gehört beispielsweise die Bereitschaft des Landwirts, der das Haus zu einem Preis vermietet, der für den Laden gerade noch vertretbar ist, obwohl der Bauer sicherlich bei einer anderen Nutzung etliche Euros mehr herausschlagen könnte. Hut ab vor den wackeren Bürgern in Hurlach.

Auf der vorzüglichen Homepage von Hurlach finden sich viele Bilder vom Dorfladen - Bürgermeister Böhm kann auch da gelegentlich „ein Auge draufhalten“, schließlich ist er im Hauptberuf als Diplominformatiker beim Sparkassenverband zuständig für die IT-Revision im Großrechnerbereich. **Karl Jörg Wohlhüter**

Maßgeschneiderte Altersvorsorge

Kunden der Versicherungskammer Bayern können ihre Vorsorge ab 2008 noch flexibler gestalten

Die Versicherungskammer Bayern wird ihr Produktangebot im Bereich der Lebensversicherung zum 1. Januar 2008 weiter ausbauen und flexibilisieren. Der Fokus liegt auf Produkten mit hohen Renditechancen, die variabel gestaltet und der jeweiligen Lebenssituation des Kunden angepasst werden können. Die Versicherungskammer Bayern erwartet in diesem Segment eine verstärkte Nachfrage.

Im neuen Jahr gibt es die Basis-Rente auch als fondsgebundene Rentenversicherung. Sie eignet sich besonders für renditeorientierte Kunden, die bereit sind ein höheres Risiko einzugehen. Sie können aus insgesamt 20 renommierten Investment- und Dachfonds - darunter Deka-, Templeton- oder Fidelity- Fonds - auswählen und kombinieren. Eine Änderung der Fondsauswahl ist jederzeit möglich und einmal pro Jahr kostenlos. Die BasisRente ist vor allem für Selbständige interessant, da sie hier eine hohe Steuerersparnis haben. Im Jahr 2008 können 66 Prozent des Beitrags steuermindernd angesetzt werden.

FondsRente erstmals mit Garantiefonds

Die fondsgebundene Rentenversicherung FondsRente wird erstmalig mit Garantiefonds ausgestattet. Die Besonderheit dabei ist, dass der während der Vertragslaufzeit höchst erzielte Kurswert zum Vertragsende garantiert wird (Höchststandsgarantie). Das Produkt eignet sich vor allem für Kunden, die verstärkt auf Sicherheit setzen und trotzdem an der Entwicklung an den Kapitalmärkten partizipieren möchten.

Neuerungen gibt es auch bei FlexVorsorge Plus, einem flexiblen Vorsorgeprodukt mit innovativem Kapitalanlagekonzept, bei dem der Kunde rendite- und sicherheitsorientierte Anlageformen kombiniert. Zukünftig kann das Garantieniveau zwischen 25 und 100 Prozent - bezogen auf das eingezahlte Kapital - gewählt werden. Dies ermöglicht eine individuelle Gewichtung der renditeorientierten Anlage und bietet damit die Chance auf eine höhere Auszahlung.

Für alle genannten Produkte werden die Zuzahlungsmöglichkeiten flexibilisiert. So ist nun die Kombination von Einmalbeiträgen, laufenden Beiträgen und Zuzahlungen möglich. Selbständige und Personen mit schwankendem Einkommen können die Einzahlungen auf diese Weise ihrer aktuellen Situation anpassen.

Ein weiterer Vorteil: Die Erträge bleiben auch nach Einführung der Abgeltungsteuer zum 1. Januar 2009 in der Ansparphase im Gegensatz zu anderen Kapitalanlagen steuerfrei. Auch bei einer Auszahlung des Kapitals ist die steuerliche Belastung deutlich niedriger, da nur die Hälfte der Erträge versteuert werden muss (bei einer Vertragslaufzeit über zwölf Jahren und einer Auszahlung ab 60 Jahren).

Eine Auszahlung als lebenslange Rente ist noch günstiger, da nur ein niedriger Teil der Rente versteuert wird. Daher spielt die Lebensversicherung gerade bei der Überprüfung der bisherigen individuellen Anlagestrategie vor dem Hintergrund der Abgeltungsteuer eine wichtige Rolle. ❐

Münchener Hypothekenbank:

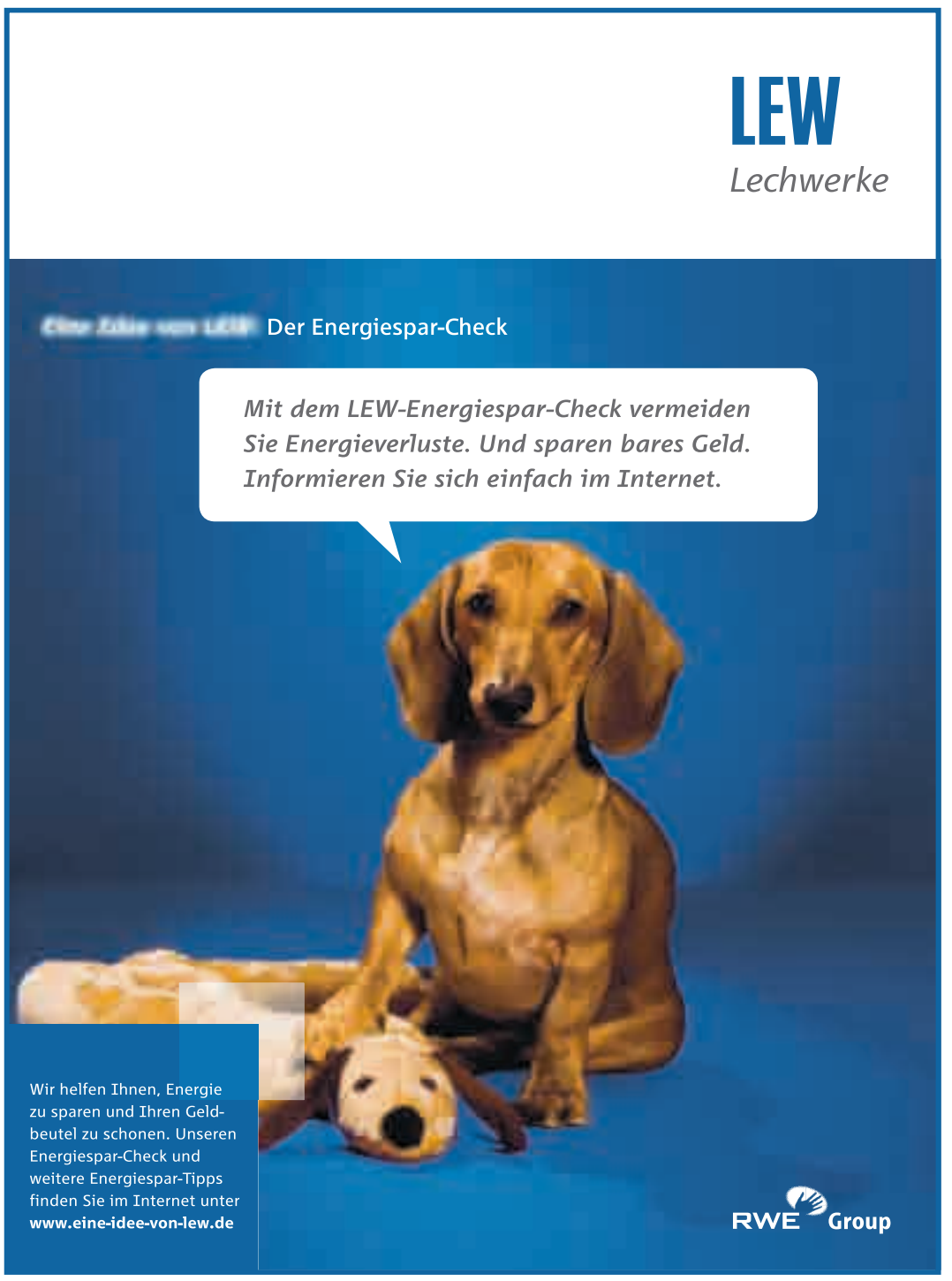
Verzicht auf Verkauf privater Immobiliendarlehen

Die Münchener Hypothekenbank eG verzichtet darauf, private Immobiliendarlehen, die von den Kreditnehmern vertragsgemäß bedient werden, weiterzuverkaufen.

Als eine der wenigen Hypothekenbanken Deutschlands ist die MünchenerHyp auf die Finanzierung privater und gewerblicher Immobilien spezialisiert. Als lokal und regional verankerte Kreditinstitute begleiten die Volksbanken und Raiffeisenbanken ihre Kunden in allen finanziellen Belangen langfristig und vertrauensvoll.

Die MünchenerHyp fühlt sich dieser Geschäftspolitik ihrer genossenschaftlichen Partner nachdrücklich verpflichtet. „Es gehört zu einer guten Partnerschaft, dass vermittelte Kredite, die vertragsgemäß bedient werden, nicht an Dritte weitergereicht werden“, betont Erich Rödel, Vorstandsvorsitzender der Münchener Hypothekenbank. Deshalb verzichtet die MünchenerHyp jetzt ausdrücklich auf die Möglichkeit des Forderungsverkaufs, wenn die Darlehen ordnungsgemäß bedient werden. Schon bisher hat sie in ihren Vertragsformularen für Privatkunden keine Klauseln verwendet, die eine Übertragung der Kreditforderungen an Dritte erlauben.

„Mit diesem Schritt lehnen wir Verbriefungen nicht als Instrument der Refinanzierung ab. Im Gegenteil: Wir unterstützen die Bemühungen der kreditwirtschaftlichen Verbände, True-Sale-Verbriefungen auch künftig zu ermöglichen“, so Rödel. Die MünchenerHyp begrüßt zudem die derzeitigen Bemühungen von Politik und Wirtschaft, den Verbraucherschutz und die Verbriefung von Forderungen noch besser in Einklang zu bringen. Das Geschäftsmodell der MünchenerHyp beruht auf der Refinanzierung durch Pfandbriefe. Diese zählen weltweit zu den effizientesten Refinanzierungsinstrumenten für langfristige Immobilienkredite, so dass die Bank keine alternativen Instrumente benötigt. Die Pfandbriefe der MünchenerHyp werden von der Rating-Agentur Moody’s mit der Höchstnote Aaa bewertet. ❐



Lösungen für die bayerischen Kommunen

Erarbeitung im Kommunalen Kompetenz-Center (KKC) der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern

Das Kommunalgeschäft ist für die bayerischen Sparkassen und die BayernLB ein zentrales Geschäftsfeld und bietet viele Facetten. So sind die bayerischen Kommunen als Träger der Sparkassen sowohl bei den Sparkassen als auch bei der BayernLB eine der wichtigsten Kundengruppen. Gleichzeitig steigt die Nachfrage der kommunalen Kunden nach innovativen Produkten und Dienstleistungen weiter an. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, wird in Bayern das Kommunalgeschäft im Rahmen der „Kooperativen Marktbearbeitung" von den Sparkassen zusammen mit der BayernLB vorangetrieben. Die BayernLB hat aus diesem Grund das bayerische Kommunalgeschäft und das gemeinsaame Geschäft mit den Sparkassen in einem Geschäftsfeld organisatorisch gebündelt.

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen und dem Sparkassenverband Bayern wurde von der BayernLB bereits im Jahr 2003 das Kommunale Kompetenz-Center (KKC) geschaffen. Hier werden aktuelle Themen aus dem Kommunalgeschäft aufgegriffen und innovative Lösungen - oft auch gemeinsam mit weiteren Partnern aus dem Sparkassenverbund - für die bayerischen Kommunen kreiert. Das KKC ist somit Motor und Ideengeber für das Kommunalgeschäft von Sparkassen und BayernLB. Neben je einem Sparkassen-Vertreter aus den sieben Sparkassenbezirken in Bayern, setzt sich das KKC aus Vertretern der BayernLB sowie einem Vertreter des Sparkassenverbandes Bayern zusammen. Über einen intensiven Dialog ist sichergestellt, dass das KKC mit den Kommunalkundenbetreuern in den Sparkassen vor Ort eng vernetzt ist.

Tragende Säule

Das Kommunalkreditgeschäft ist zwar nach wie vor die tragende Säule für die Finanzierung von Vorhaben der Kommunen. Darüber hinaus werden die individuellen Bedürfnisse der Kommunalkunden nach alternativen Strukturierungs- und Optimierungsmöglichkeiten aber immer differenzierter. Auf Basis einer fortlaufenden Analyse und eines intensiven Austausches durch das KKC werden die Lösungen der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern deshalb ständig weiterentwickelt.

Für die Kreditportfolien der Kommunalkunden wird ein individuell auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestelltes Portfoliomanagement angeboten, das in engster Zusammenarbeit mit den Entscheidungsträgern in den Kommunen zur Zins- und Risikominimierung durchgeführt wird. Die Kommune wird dabei mit dem „Blick von außen" begleitet und bestimmt die Richtung selbst. Die Beratungsleistung und nicht der Produktverkauf stehen somit im Fokus dieser Dienstleistung.

Attraktive Angebote

Auch bei der Kommunalkreditaufnahme berät die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern die Kommunen mit Blick auf Optimierungsmöglichkeiten. Durch den Einsatz von z.B. zinsvergünstigten Mitteln oder strukturierten Krediten kann sich die Kreditaufnahme erheblich vergünstigen. In Ergänzung dazu wird, unter strenger Beachtung der kommunalrechtlichen Vorgaben in Bayern, auch hinsichtlich des Einsatzes von Derivaten beraten. Der kommunale Bausparvertrag der LBS stellt ein weiteres attraktives Angebot dar, das unter anderem als Zinssicherungsinstrument für Finanzierungsvorhaben im Rahmen der Rücklagenbewirtschaftung, als langfristige Anschlussfinanzierung bei Objektentwicklungen oder in Verbindung mit Vorfinanzierungen als Sofortkredit mit Zinsgarantie für Gesamtlaufzeiten über 15 bis 33 Jahre genutzt werden kann. Die bayerischen Sparkassen und die BayernLB haben im Segment der Kommunalkredite in den letzten Jahren Marktanteile hinzu gewinnen können und kommen nach aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes damit auf einen Wert von über 50 Prozent.

Umfangreiche Leistungen

Über Kreditfinanzierungen und Portfoliomanagement hinaus bietet die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern den Kommunalkunden ein umfangreiches Leistungsspektrum. Die Bayern Facility Management GmbH (Bayern FM), eine Tochtergesellschaft der BayernLB, bietet mit Realis-Bench®, ein Immobilien-Benchmarking für bayerische Kommunen an. Dieses innovative Produkt wurde in enger Zusammenarbeit mit Partnern, Kommunen und den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden entwickelt und in den letzten Jahren erfolgreich umgesetzt. Mit Hilfe dieser Dienstleistung können Kommunen Verbesserungspotentiale in der Immobilienbewirtschaftung aufdecken, um darauf aufbauend zielgerichtete Maßnahmen durchzuführen, die erhebliche Kosteneinsparungen bewirken können. Die bisherigen Ergebnisse des Immobilien-Benchmarking waren so interessant, dass dieses Projekt auch bundesweit Kommunen angeboten wird.

Ein weiterer bewährter Baustein im Kommunalgeschäft der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern ist die BayernGrund Grundstücksbeschaffungs- und -erschließungs-GmbH (BayernGrund), deren Leistungsspektrum speziell auf kommunale Infrastrukturmaßnahmen ausgerichtet ist. Der Finanzierungs-Service bietet der Kommune kaufmännische Dienstleistungen, verbunden mit der gleichzeitigen Gesamtfinanzierung des Projektes. Neben Baulandbeschaffung und -erschließung sowie kommunalen Baumaßnahmen zählen spezielle städtebauliche Maßnahmen wie z. B. Erschließungsträgerschaften zur Kernkompetenz der BayernGrund.

Innovative Lösungen

Für kommunale Geldanlagen sind kapitalgarantierte Produkte gefragt, die durch eine entsprechende Strukturierung die Chance auf eine attraktive Verzinsung bieten. Der KOMM-1-Fonds und der aufgelegte Nachfolgerfonds sind dafür ein erfolgreiches Beispiel. Das speziell für die bayerischen Kommunen entwickelte Konzept trägt den kommunalrechtlichen Anforderungen Rechnung und nutzt dabei die Chancen des Renten- und Aktienmarktes.

Für die Zukunft sieht das KKC weiterhin eine steigende Bedeutung innovativer Lösungen für Kommunen (z.B. PPP im Bereich Gebäudesanierung und Energiespar-Contracting oder die Finanzierung regenerativer Energiequellen). Auf der einen Seite bleibt die Haushaltslage voraussichtlich weiter angespannt, auf der anderen Seite besteht die Notwendigkeit von Investitionen. Deshalb wird der Beratung der Kommunen künftig eine noch größere Bedeutung zukommen und Produkte jenseits des Kredits werden weiter an Bedeutung gewinnen. Mit dem Kommunalen Kompetenz-Center ist die Sparkassenfinanzgruppe Bayern dafür bestens gerüstet. ❐

Vermögensbarometer 2007 der S-Finanzgruppe:

Erfreuliche Sparquoten in bayerischen Haushalten

Erhebliches Anlagevermögen / Deutlich höhere Nutzung von Vorsorgeprodukten

Zum achten Mal untersuchte der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) im Vermögensbarometer 2007 die finanziellen Verhältnisse der deutschen Verbraucher. Im Mittelpunkt dieser umfangreichen Analyse stand die Frage, wie die Bundesbürger Vermögen bilden und für ihr Alter vorsorgen. Die Sparkassen-Finanzgruppe stellte nunmehr die wichtigsten Ergebnisse vor, die die Analyse im Freistaat Bayern ergeben hat.

Im Rahmen einer repräsentativen Umfrage des auf Wirtschafts- und Finanzmarktforschung spezialisierten Unternehmens icon in Nürnberg wurden von Mitte Juni bis Anfang August 2007 insgesamt 2.013 Bundesbürger im Alter ab 14 Jahren im Rahmen von computergestützten Telefon-Interviews befragt. 15 Prozent aller Studienteilnehmer lebten zum Zeitpunkt der Untersuchung in einem Haushalt in Bayern.

Den Verbrauchern im Freistaat geht es derzeit sowohl im Vergleich mit anderen Bundesländern als auch mit den Vorjahresergebnissen ausgesprochen gut. Aktuell gibt jeder Zweite an, dass seine Lebensverhältnisse „gut" oder sogar „sehr gut" sind. Dies ist ein deutlich höherer Wert als in den beiden Vorjahren, in denen nur 43 bzw. 41 Prozent dieser Ansicht waren. Eine ähnlich markante Verschiebung - mit umgekehrten Vorzeichen - zeigt sich am anderen Ende des Spektrums, also in der Gruppe derjenigen, die ihre finanziellen Lebensumstände als „eher schlecht" oder „schlecht" bezeichnen. Heute trifft dies auf 11,7 Prozent der Befragten in Bayern zu, knapp drei Prozentpunkte weniger als im Vorjahr.

Ein Wermutstropfen ist, dass sich die Zukunftsperspektive der Verbraucher in Bayern heute etwas weniger optimistisch als noch im Sommer 2006 darstellt. Nur noch 18 Prozent gehen davon aus, dass sich ihre finanzielle Situation in den kommenden zwei Jahren verbessern wird, ein recht deutliches Minus von vier Prozentpunkten zum Vorjahr. Eher mittelmäßige Umfrageergebnisse fallen beim Konsum auf. Während gut acht Prozent aller Bundesbürger ihren privaten Verbrauch in den vergangenen zwölf Monaten ausgeweitet haben, gilt dies im Freistaat nur für knapp sechs Prozent der Bevölkerung. Gut 28 Prozent der Bayern haben im vergangenen Jahr hingegen weniger ausgegeben als zuvor.

Relativ hoch ist dagegen das Anlagevermögen der bayerischen Haushalte: Lediglich 7,4 Prozent (Bund: 8,4 Prozent) der Verbraucher verfügen - unter Ausklammerung von Immobilieneigentum - über keinerlei Ersparnisse. Auch der Anteil derjenigen, die weniger als 10.000 Euro auf die Seite gelegt haben, ist mit 21 Prozent gering. Fast 23 Prozent erklären dagegen, über mehr als 25.000 Euro zu verfügen, ein bundesweit beachtlicher Wert. Allerdings haben diese Werte nur begrenzte Aussagefähigkeit, da die Nicht-Antworter-Quote bei dieser Frage mit 35 Prozent hoch war. 72 Prozent der Bayern leben in den eigenen vier Wänden - ein Spitzenwert, der lediglich von den Saarländern übertroffen wird.

Leitmotive beim Sparen

Auch die Nettoeinkommen sind überdurchschnittlich: 23 Prozent der Befragten erklärten, im Monat über mehr als 3.000 Euro verfügen zu können - bundesweit erzielen nur knapp 18 Prozent der Haushalte ein so hohes Einkommen. Entsprechend erfreulich sind die Sparquoten. Lediglich 19,5 Prozent der Bayern sparen nach eigenen Angaben nichts, fast acht Prozent gelten dagegen als Vielsparer, die über die Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung hinaus monatlich mehr als 500 Euro beiseite legen. Besonders häufig wird für ein Auto gespart, auffallend selten für eine Urlaubsreise.

Die Bundesbürger berücksichtigen bei ihren Anlageentscheidungen eine Fülle von Motiven, die sich im mehrjährigen Vergleich nur recht langsam wandeln. So steht beispielsweise seit langem der Aspekt der Anlagesicherheit an erster Stelle. Bundesweit erklären aktuell 93 Prozent der Befragten, dass ihnen dieser Punkt „sehr wichtig" oder „wichtig" ist. Weitere Leitmotive beim Sparen sind die kurzfristige Verfügbarkeit des Kapitals (86 Prozent), die Lebens- und Familienplanung (84 Prozent), die Flexibilität der Anlage (82 Prozent), die Absicherung von Angehörigen (80 Prozent), eine hohe Rendite (77 Prozent), die Vertrautheit mit dem jeweiligen Produkt (77 Prozent), die steuerlichen Rahmenbedingungen (71 Prozent) und die Förderung durch den Staat (68 Prozent).

Im Vergleich zu diesen bundesweit ermittelten Werten stechen die Bayern insbesondere durch ihre relativ ausgeprägte Renditeorientierung hervor. Diesen Aspekt halten immerhin 82,3 Prozent für wichtig. Besonders oft achten die Bürger im Freistaat bei ihrer Geldanlage darüber hinaus auf den Hinterbliebenenschutz, auf die Vererbbarkeit des Kapitals sowie auf die individuelle Familienplanung.

Bereits in den Vorjahren hatten die Umfragen im Rahmen des Vermögensbarometers ergeben, dass die Bayern deutlich mehr Vorsorgeprodukte nutzen als die Bürger in anderen Bundesländern - ein Trend, der 2007 weiterhin gilt. Besonders markant ist ihre Affinität zur betrieblichen Altersversorgung, die 47 Prozent der Vorsorger im Freistaat zurzeit nutzen (Bund: 42 Prozent). Darüber hinaus setzen die Bayern relativ häufig auf die Riester-Rente (32 Prozent), die Lebensversicherung (66 Prozent) und auf Termingeld (18 Prozent). Auch Sparbücher und Bausparverträge (jeweils 58 Prozent) kommen bei der Vermögensbildung überdurchschnittlich häufig zum Einsatz. Ein leicht erhöhtes Interesse fällt bei börsenbasierten Wertpapieren wie Aktien und Investmentfonds auf.

Erstmals hat der DSGV im Rahmen des diesjährigen Vermögensbarometers die Einstellung der Bürger zum gewünschten und zum voraussichtlichen Renteneintrittsalter ermittelt. Bei der Einzelanalyse der Umfragewerte für den Freistaat fällt auf, dass die Bayern einer verlängerten Lebensarbeitszeit („Rente mit 67") tendenziell recht skeptisch gegenüberstehen. Nur 41 Prozent von ihnen erklärten, solange arbeiten zu wollen, wie es die Gesundheit zulässt. Sogar 55 Prozent der Bayern sind entschlossen, „mehr für meine Altersvorsorge beiseite zu legen, wenn ich es mir dadurch früher leisten kann, in Rente zu gehen".

Generell sind die Bayern bei der Altersvorsorge nach wie vor optimistisch eingestellt, allerdings hat sich diese Zuversicht im vergangenen Jahr etwas eingetrübt. 63,6 Prozent der Verbraucher glauben, dass sie ihre gewünschte finanzielle Absicherung im Ruhestand „auf jeden Fall" oder „wahrscheinlich" erreichen werden - ein im Bundesvergleich noch immer überdurchschnittlicher Wert. Neun Prozent der Verbraucher befürchten hingegen, ihre Finanzziele „wahrscheinlich nicht" oder „auf keinen Fall" erreichen zu können. **DK**

Motoren so richtig auf Touren bringen

Schrobenhausener Sparkasse verlieh Unternehmerpreis an Christian Stöber

Schrobenhausen (mbs) Ein unterhaltsames Sparkassenforum erlebten mehr als 600 Gäste in der Stadthalle Schrobenhausen. Sportlichkeit und Höchstleistungen waren die Themen. Für seine innovative Motorentechnik wurde Christian Stöber mit dem erstmals verliehenen Unternehmerpreis der Sparkasse Schrobenhausen ausgezeichnet.

Um Höchstleistungen ging es auch beim wohl bekanntesten Gast des Abends. FIFA-Referee Urs Meier erläuterte aus Erfahrung, was ein Fußball-Schiedsrichter unter der Kontrolle von rund 60 000 Zuschauern zu leisten hat. Thomas Schwarzbauer, mehr als 15 Jahre Vorstandsvorsitzender der Sparkasse, nutzte das Forum auch, sich zu verabschieden, er führt ab 1. Januar die Kreissparkasse Dillingen.

Schwarzbauer würdigte die unternehmerische Kraft von Christian Stöber, der sich mit seiner Firma als innovativer Partner der Automobil-Premiumhersteller etabliert hat und unlängst auch überregional ausgezeichnet worden ist. Die Überreichung des Preises übernahm Bürgermeister Dr. Karlheinz Stephan, der sich begeistert davon zeigte, was in der Provinz entstehen kann und schlagartig in die Welt hinaus wirkt.

Stöber erzählte kurz die Geschichte seiner Firma ASA. Es ist eine Geschichte, die schon an die berühmten Garagen von Silicon Valley erinnerte, bei ihm war es eine Kartoffelscheune in Autenzell. Schon zu Studentenzeiten hat er die Ideen verfolgt, die er später umsetzte. Doch erst unter dem Druck, keine Arbeit zu haben, wagte er den Schritt zur Eigenständigkeit. Das Produkt, mit dem Stöber reüssierte, ist ein Radialverdichter, der die Leistung von Fahrzeugmotoren immens verstärken kann. Ein Aggregat von 300 PS kann in die Größenordnungen von 500 und mehr PS vorstoßen.

Imposanter Aufstieg

Mit einem Partner begann Stöber unter spartanischen Verhältnissen die ersten Entwicklungen, mittlerweile hat ASA mehr als 30 Arbeitsplätze. Die enge Bindung an die Sparkasse begann, als das Unternehmen kurzzeitig in die Krise kam und die bisherigen Banken alle Kredite strichen. Bei der Sparkasse fand er - vor allem in Kreditvorstand Hans Götz - einen Partner, der zuhörte und das Unternehmenskonzept als Erfolg versprechend einschätzte. ASA konnte weitermachen und der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Mittlerweile ist der Kreis der Interessenten stark angewachsen, die Technik hat auch schon Maschinenhersteller außerhalb der Auto-Branche auf den Plan gerufen.

Ein Synonym für Autos mit sportlich-starken Motoren und exklusiver Ausstattung ist BMW Alpina. Alpina-Geschäftsführer Andreas Bovensiepen ist längst Nutzer der ASA-Innovationen und bestätigte die exzellente Technik. Bovensiepen betonte, dass Stöbers Technik keineswegs der aktuellen Debatte um verbrauchsärmere Motoren zuwider laufe. Ganz im Gegenteil: Die Radialverdichter ermöglichen generell die stärkere Nutzung der Motoren, Bovensiepen sieht in den Entwicklungen von ASA absolut zukunftsorientierte Autotechnik. ❐

Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer (l.) mit Unternehmer Andreas Bovensiepen. ❐

Landesbank und Sparkasse eng verbunden

Zusammenarbeit soll noch intensiviert werden - Keine Gefahr durch amerikanische Immobilienkreditkrise

Eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit der Bayerischen Landesbank mit den Sparkassen hat Finanzminister Erwin Huber in Aussicht gestellt. Bis März erwartet der Aufsichtsrat die Vorlage des strategischen BLB-Zukunftsmodells, das von der Eigenständigkeit der Bank ausgeht. Überlegungen für die Fusion mit anderen Landesbanken - im Gespräch war die Landsbank Baden-Württemberg - sind demnach vom Tisch. Auswirkungen der amerikanischen Immobilienkreditkrise sind keine Gefahr.

Im Landtag hatte die SPD-Fraktion die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Bankwesens zum Thema einer Ministerbefragung gemacht. Die BLB gehört zur Hälfte dem Freistaat. SPD-Finanzexperte Jürgen Dupper verwies auf die vom amerikanischen Hypothekenmarkt ausgelöste, weltweite Bankenkrise und fragte, ob bei der BLB Gelder der Versorgungsrücklage zum Verlustausgleich in Anspruch genommen werden müssten. Der Grünen-Finanzsprecher Thomas Mütze bezog sich auf Mutmaßungen, bei der BLB könnte es zu Wertberichtigungen bis zu einer Milliarde Euro kommen.

Davon sei ihm nichts bekannt, erwiderte Huber, der Aufsichtsratsmitglied ist. Die Liquidität der Landesbank sei in keiner Weise gefährdet. Man müsse aber den Abschluss des Geschäftsjahrs 2007 abwarten. Das Zukunftsmodell sehe eine Intensivierung der Zusammenarbeit der BLB mit den Sparkassen vor. Der Ausbau des Mittelstandskredits sei ein Schwerpunkt. In der Außenwirtschaft sei der Erwerb der Internet-Bank für das Südosteuropageschäft ein wichtiger Faktor. BLB und Sparkassen könnten auch im internationalen Wettbewerb bestehen. **rm**

Bad Reichenhall:

Auszeichnung für „Hotel Bayern Vital“

Mit einer Urkunde und dem Prädikat „Unternehmen mit Weitblick 2007“ würdigte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die gesellschaftlichen, sozialen und beschäftigungspolitischen Leistungen des Hotels Bayern Vital in Bad Reichenhall, eine Freizeiteinrichtung der bayerischen S-Finanzgruppe.

Der Hotelbetrieb mit ca. 30 Beschäftigten legt Wert darauf, sowohl jüngere als auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem ausgewogenen Verhältnis zu beschäftigen, um eine optimale Verbindung aus Berufserfahrung, Kompetenz, Initiative und Innovation zu schaffen. Hotelchef Uwe A. Schnitzer: „Diese Maßnahmen unterstützen die kontinuierliche Geschäftsentwicklung und Neuausrichtung des Hotels, zugleich übernehmen wir gesellschaftliche und soziale Verantwortung für Jung und Alt“.

Generationsbalance nachhaltig sichern

Im Rahmen des Projektes „Unternehmenspatenschaften 50plus“ des Paktverbundes der Arbeitsgemeinschaften der Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein sollen ältere Langzeitarbeitslose wieder für die Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes fit gemacht werden. Die beruflichen Fortbildungszentren der bayerischen Wirtschaft (bfz Traunstein) haben dabei optimale Integrationsmöglichkeiten für ältere und jüngere Arbeitssuchende entwickelt, um die Generationsbalance nachhaltig zu sichern. In diesem Zusammenhang wurden bereits zwei Teilnehmerinnen erfolgreich im Hotel integriert, weitere Patenschaften und Berufspraktika sind in der Planung.

Aus einer Jugendmaßnahme erhielt ein Jugendlicher die Möglichkeit für eine Kochausbildung. Zur Zeit beschäftigt das Hotel insgesamt fünf Auszubildende. Das Bayerische Fernsehen berichtete bereits über diese Maßnahmen. Nun freuen sich die Hotelleitung und die Hotelverantwortlichen im Sparkassenverband Bayern über die Auszeichnung aus Berlin, die durch den Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Rudolf Anzinger, in Erfurt feierlich überreicht wurde. An dieser Stelle ist das hohe Engagement von den Initiatoren, Hotelchef Uwe Schnitzer bzw. vom SVB-Verantwortlichen Michael Ehrl hervorzuheben.

Treffpunkt und Marktplatz

Das Hotel Bayern Vital ist im Besitz der bayerischen Sparkassen. Das ganzjährig geöffnete Wohlfühl- und Familienhotel bietet neben Unterkunft und Verpflegung verschiedene Erlebnispakte mit Elementen der Entspannung, des Lifestyles, des Genusses, der Geselligkeit, der Natur und Kultur. Das Hotel etabliert sich auch immer mehr als gesellschaftlicher und kulinarischer Treffpunkt und Marktplatz im Berchtesgadener Land. Auch die Organisation von gesellschaftlichen Events (Kochkurse, Wein- und Lifestyle-Seminare, Cocktailkurse), Familienfeiern, Teamentwicklungen und Sonderveranstaltungen gehören zum Leistungsspektrum des Hotels.

Das Hotel Bayern Vital bietet mit seinen Möglichkeiten ideale Voraussetzungen für einen erholsamen und abwechselungsreichen Urlaub in Bad Reichenhall im Herzen des Berchtesgadener Landes und in unmittelbarer Nähe der Weltstadt Salzburg (12 km entfernt, auch Austragungsort bei der Fußball-EM 2008). ❐

Erster Bayerischer Finanzgipfel:

Am Puls der Branche

Signal für Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Finanzstandorts

Beim ersten Bayerischen Finanzgipfel, veranstaltet vom Bayerischen Finanzzentrum, befassten sich in der Münchner Residenz führende Vertreter der Kredit- und Versicherungswirtschaft sowie der bank- und versicherungswirtschaftlichen Lehrstühle der bayerischen Universitäten mit den Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Finanzbranche. Im Rahmen eines Staatsempfangs von Wirtschaftsministerin Emilia Müller trafen ausgewählte Vertreter der Finanzbranche anschließend zu einem Austausch über aktuelle Fragestellungen und Möglichkeiten der projektbezogenen Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft zusammen.

Hauptredner des Empfangs war Jörg Schneider, der CFO der Münchener Rück. Er hob in seiner Rede die zunehmende Bedeutung der älteren Generation für die Wirtschaft im Allgemeinen und für die Finanzwirtschaft im speziellen hervor. Die zunehmende Alterung der Gesellschaft sei eine Herausforderung und interessante Aufgabe, der sich die Kredit- und Versicherungsbranche stellen müsse. Dabei hätten viele Verantwortliche in der Wirtschaft allgemein falsche Vorstellungen von den Wünschen und den Bedürfnissen der Senioren. Denn diese würden im Gegensatz zur weit verbreiteten Meinung weitgehend denjenigen der jüngeren Generationen entsprechen.

Wertvoller Finanzplatz

Ernst Wolowicz, Kämmerer der Stadt München, konnte auf die Ausnahmestellung Münchens in diesem Bereich verweisen. „München gehört zu den wenigen deutschen Großstädten mit Bevölkerungswachstum und Geburtenüberschuss“, betonte er. „Nach allen vorliegenden Prognosen wird München auch in Zukunft eine atypisch gute - weil nicht überalterte - Bevölkerungsstruktur haben. Das ist für die Kredit- und Versicherungswirtschaft sicher kein Nachteil.“

München stelle deutschlandweit den Versicherungsplatz Nr.1 und den Bankplatz Nr. 2. Von der Marktkapitalisierung seiner börsennotierten Unternehmen her sei die Landeshauptstadt der mit Abstand wertvollste Finanzplatz Deutschlands. 171 Kreditinstitute hätten dort ihren Firmensitz bzw. ihre Niederlassung, 80 Versicherungsunternehmen ihren Firmensitz. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik stelle München einen Mix aus Angebots- und Nachfragepolitik.

Durch sehr hohe Investitionen gerade auch in konjunkturellen Abschwungzeiten bleibe die Stadt mit jährlich durchschnittlich über 900 Mio. Euro Investitionen ein wichtiger Nachfragefaktor für die Wirtschaft. Durch eben diese hohen Investitionen werde dafür gesorgt, „dass das von der Stadt finanzierte Infrastrukturangebot im Standortvergleich attraktiv bleibt und auch in Abschwungphasen einen hohen Standard bewahrt“.

„Kleine Revolution“

Als „kleine Revolution“ bezeichnete Wolowicz den Übergang von der Kameralistik auf die Doppik ab dem Haushaltsjahr 2009. Die Stadt werde dann ihr Haushalts- und Rechnungswesen nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung gestalten. „Wir verlassen damit nach langer und komplizierter Vorarbeit den deutschen Sonderweg der aus meiner Sicht antiquierten Kameralistik. München ist damit neben Nürnberg die einzige größere bayerische Stadt, die mit der Doppik arbeiten wird“, so der Kämmerer.

In seiner Rede streifte Wolowicz auch das generelle politische Engagement Bayerns im Bereich der Finanzwirtschaft. „Die Landeshauptstadt München weiß es durchaus positiv zu würdigen, dass der Freistaat dem Finanzplatz Bayern und dessen Zentrum München eine sehr hohe Aufmerksamkeit widmet“, betonte er. „Wir sind uns bewusst: München braucht den Finanzplatz Bayern. Der Umkehrschluss ist übrigens auch richtig.“

Wirtschaftsministerin Emilia Müller verwies darauf, dass der bayerische Finanzsektor national wie international keinen Vergleich zu scheuen braucht. Als Versicherungsplatz belege der Freistaat eine weltweite Top-Position. Müller: „Wir gelten als das deutsche Aushängeschild in den Bereichen Private Equity, Venture Capital und Leasing. Schließlich verfügen wir über eine sehr innovative, mittelstandsorientierte Börse.“ **DK**

Bayern-Versicherung erhöht Überschussbeteiligung

Für das Jahr 2008 erhöht die Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG, ein Unternehmen der Versicherungskammer Bayern, ihre laufende Gesamtverzinsung von 4,1 auf 4,4 Prozent zzgl. Schlussüberschussanteile. Im Rentenbezug bleibt die Gesamtverzinsung mit 4,7 Prozent auf sehr hohem Niveau. Dies ist das Ergebnis der erfolgreichen Anlagestrategie und der soliden und zukunftsorientierten Zuteilungspolititk der letzten Jahre.

Die renommierte Rating-Agentur Standard & Poor’s bestätigt mit einem „A“ (sehr gut) die Kapitalanlagepolitik der Versicherungskammer Bayern. Die Bestnote wurde durch die starke Kapitalausstattung, die niedrigen Verwaltungskosten, die starke Marktposition (Marktführer im Geschäftsgebiet) sowie die Strategie, Wachstum und Finanzkraft langfristig abzusichern, begründet. ❐

Deutscher Landkreistag legte zweite eGovernment-Umfrage vor:

IT-Infrastruktur in den Landkreisen deutlich ausgebaut

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat im Vorfeld des 2. IT-Gipfels in Hannover seine zweite eGovernment-Umfrage zum Stand des Ausbaus der IT-Infrastruktur in den Landkreisen vorgelegt. DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) hob hervor, dass sich in den letzten vier Jahren seit der Umfrage viel getan hat: „Im Vergleich zu 2003 haben die Landkreise ihre Aktivitäten im Bereich des eGovernments deutlich verstärkt. Gerade auf Kreisebene spielen Fragen der Verwaltungsmodernisierung und der Effektivität von Abläufen eine besonders große Rolle."

Insgesamt zwei Drittel der 313 Landkreise hatten sich an der DLT-Umfrage beteiligt, die in Kooperation mit dem eGovernment-Institut der Universität Potsdam (IfG.CC) durchgeführt wurde. Duppré: „Damit konnte die für vergleichbare Erhebungen hohe Rücklaufquote gegenüber der ersten Umfrage im Jahr 2003 noch einmal signifikant um etwa ein Zehntel gesteigert werden."

Strategien abstimmen

Der Verbandspräsident betonte die Notwendigkeit abgestimmter Strategien beim Ausbau der IT: „Eine abgestimmte ebenenübergreifende Kommunikationsinfrastruktur ist für das Gelingen von eGovernment von höchster Bedeutung. Allerdings darf dies nicht bedeuten, beispielsweise in der Frage der Standardisierung nach Bundeskompetenzen zu rufen. Vielmehr sollten wir eine engere Verzahnung zwischen Landkreisen und Ländern anstreben. Das ist die beste Lösung."

Vorzüge nutzen

Hier müssten die organisatorischen Vorzüge der Landkreisebene bestmöglich genutzt werden: „Die Landkreise nehmen aufgrund ihrer Stellung im Verwaltungsaufbau zwischen Ländern und Gemeinden und den sich daraus ergebenden Kommunikationsbeziehungen eine Mittlerfunktion ein. Sie bieten sich daher für eine bürgernahe und flächendeckende elektronische Kommunikation an."

Die zentralen Ergebnisse der Studie

1. Die große Mehrheit der Landkreise verfügt über ein ausformuliertes eGovernment-Konzept und bezieht bei der Planung ihrer Strategien die kreisangehörigen Gemeinden ein und/oder arbeitet mit anderen Landkreisen - auch länderübergreifend - zusammen.
2. Mehr als 42 % der Kreise unterhalten ein eigenes Kreisnetz. Das ist eine Steigerung um 6 % im Vergleich zu 2003.
3. Primärer Zugangskanal für öffentliche Leistungen sind Portale. Bürgerbüros und mobile Lösungen spielen eine kleinere Rolle.
4. Standardisierungen im Bereich der Datenaustauschformate sind für die Landkreise von großer Bedeutung. Allerdings äußern sich viele Befragte skeptisch gegenüber der Möglichkeit, damit verbundene Kompetenzen auf den Bund bzw. die Länder zu verlagern.
5. Über 98 % der Kreise verfügen über einen Zugang zum Landesnetz.
6. Die IT-Sicherheit wurde bei dem weit überwiegenden Teil der Landkreise verbessert.
7. Zur einheitlichen Behördenrufnummer „115" erklärt die Hälfte der Landkreise, teilweise über Infrastrukturen zu verfügen, über die die Bürger fachbereichsübergreifend Anfragen stellen und Verwaltungsvorgänge erledigen können.
8. Fast 57 % der Kreise sind bereit, ein Servicecenter zu betreiben, über das die Bürger behörden- und ebenenübergreifend Zugang zur öffentlichen Verwaltung erhalten können. ❐

Staatssekretär a. D. MdL Franz Meyer (rechts) wurde vom Bund der Steuerzahler in Bayern für vierjährige vorbildliche Zusammenarbeit mit der höchsten Auszeichnung des Verbandes, dem „Sparlöwen", geehrt. Wie Präsident Rolf von Hohenhau (links) betonte, habe Meyer stets den intensiven Dialog gesucht und Verbandsziele, wo immer es möglich war, in seine Arbeit einbezogen. Der Geehrte sei stets sach- und fachkundiger Ansprechpartner, besonders für die Abteilungen Steuern und Recht sowie Kommunalpolitik gewesen. ❐

Amazon bringt Online-Datenbank

Amazon Web Services (AWS) startet in den nächsten Wochen die Beta-Phase des Services SimpleDB. Das Online-Angebot bietet die wesentliche Kern-Funktion einer Datenbank ohne deren Komplexität. Dies verspricht Investitions-Einsparungen für Unternehmen. Die Erweiterung der AWS-Produktpalette wird in enger Verbindung mit den bestehenden Angeboten Simple Storage Service (S3) und Elastic Compute Cloud (EC2) arbeiten.

Das Angebot SimpleDB ist laut Amazon auf „High Performance Web Applications" ausgelegt. Der veröffentlichte „Getting Started Guide" zum Angebot setzt Kenntnisse in XML sowie zumindest einer Programmiersprache voraus und richtet sich speziell an Entwickler von Web-Anwendungen. SimpleDB soll den Kunden dabei die Möglichkeit bieten, ohnen einen eigenen relationalen Datenbank-Cluster auszukommen. Damit kann auf große Vorab-Investitionen in entsprechende IT-Infrastruktur verzichtet werden. Auch der laufende administrative Aufwand und ein eigener Datenbank-Administrator entfallen.

Die laufenden Kosten von SimpleDB werden von der tatsächlichen Nutzung abhängig sein. Jede Stunde Maschinen-Nutzung wird zu 14 US-Cent verrechnet. Der Upload von Daten kommt auf zehn US-Cent pro GB, der Download in Anhängigkeit vom monatlichen Transfervolumen auf 13 bis 18 US-Cent pro GB. Die Speicherung der strukturierten Daten wird mit 1,50 Dollar pro GB zu Buche schlagen. ❐

„Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – mach' das mal nach!"

Senken Sie Ihre Stromkosten mit dem **EnergieSpar-Paket** von E.ON Bayern um 150 Euro.*

Das alles ist drin:

- kostenloser individueller **EnergieSpar-Check**
- **EnergieSpar-Tipps**, mit denen Sie 150 Euro* sparen
- hilfreiche **Checklisten** zum Beispiel zum Kauf von neuen Haushaltsgeräten

Auf der EnergieSpar-Tour in Ihrer Nähe oder im Internet:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit **faire Preise**

*Einsparpotenzial bei einem 4-Personenhaushalt.

e·on | Bayern

eGovernment schont Staatskasse und Bürgernerven:

Sprachportale vereinfachen Bürgeranfragen

Für die Einwohner von Rostock wird der Gang in die Amtsstube in Zukunft via Computer möglich sein. In Kooperation mit der Hansestadt haben Forscher vom Zentrum für Grafische Datenverarbeitung, e.V. (ZGDV) http://www.zgdv.de im Projekt VESUV http://www.vesuv-projekt.de digitale Helfer entwickelt, die den Bürger bei seinen behördlichen Erledigungen im Netz unterstützend begleiten. Sie helfen außerdem bei immer wiederkehrenden Behördengängen.

„Das entwickelte System ermöglicht ein digitales Veranstaltungsmanagement, das in dieser Form einzigartig in Deutschland ist“, erklärt Guntram Flach, Leiter der Abteilung „eGovernment & Multimedia Information Management“ am ZGDV Rostock. Verschiedene deutsche Großstädte haben bereits Interesse an dieser Software bekundet.

„Im Rahmen ihrer Bestrebungen, dem europaweiten eGovernment Gestalt zu geben, hat die Europäische Kommission mit der ‘Initiative e-Zoll’ die Anforderung für die elektronische Zollabwicklung festgelegt“, berichtet das E-Commerce-Magazin http://www.e-commerce-magazin.de. „Für im- und exportorientierte deutsche Unternehmen wird demnach die Nutzung einer einheitlichen papierlosen Arbeitsumgebung für alle Zollverfahren zum 1. Juli 2009 verpflichtend.“ In einer Selbsteinschätzung bezeichnen sich dem Magazin zufolge 67 Prozent der befragten Unternehmen als organisatorisch gut aufgestellt für die elektronische Zollabwicklung. 30 Prozent verzeichnen noch Nachholbedarf „und planen entsprechende personelle und organisatorische Maßnahmen.“

In Rheinland-Pfalz will man mit der eGovernment-Strategie des Landes innerhalb von vier Jahren immerhin zehn Millionen Euro einsparen. Vereinfachte Meldeformalitäten für Bürger und Gewerbe, unkompliziertere Kommunikation zwischen Behörden und Betrieben, Einsicht ins Handelsregister rund um die Uhr, ebenso in Bebauungspläne und Baulandpreise sollen dies bewirken.

Wachstumstreiber eGov

„eGovernment ist mittlerweile viel mehr als die bloße Digitalisierung von Verwaltungsprozessen“, meint allerdings Axel Schnell, Chief Executive Officer des ITK-Systemintegrators Nextiraone http://www.nextiraone.de, im Gespräch mit pressetext. „Dabei ist eGovernment auch Wachstumstreiber und letztlich ein Instrument zur Modernisierung des Staates“, so Schnell. Nach seiner Einschätzung wollen die Bürger Systeme, die einfacher zu handhaben sind und bessere Online-Hilfen bieten. „Unternehmen bevorzugen Dienste, die leichter auffindbar sind und ihnen finanzielle Einsparungen ermöglichen“, sagt der Nextiraone-Manager. Von der geplanten einheitlichen Behördenrufnummer 115 erwartet er daher auch eine Verbesserung der Servicekultur in deutschen Amtsstuben. Denn der Amtskontakt per Telefon berge bisher hohes Frustrationspotenzial.

Sprachdialogsysteme

Unter der Telefonnummer 115 sollen zukünftig die Callcenter von Verwaltungen erreichbar sein und einfache Anfragen direkt - mit Rückgriff auf ein Wissensmanagementsystem - beantworten. Komplexere Fragen sollen an die zuständige Stelle weitergeleitet werden können. Für die Vorqualifikation und Identifikation der Anrufer setzen Experten hierbei auf Sprachdialogsysteme. „Der Anrufer könnte gebeten werden, mit einem oder wenigen Stichworten sein Anliegen zu benennen und das Sprachportal könnte die erkannten Stichworte einer zuständigen Stelle zuordnen“, erläutert Lupo Pape, Geschäftsführer von SemanticEdge http://www.semanticedge.de, in Berlin.

Möglicher Mehrwert

„Ist das Verstandene nicht eindeutig, so könnte das Sprachportal weitere Rückfragen stellen, bis der richtige Ansprechpartner gefunden ist oder eine Information angesagt werden kann“, so der Sprachdialogexperte. „Den größten Mehrwert können Sprachportale in der fallabschließenden Bearbeitung von Standardprozessen erreichen, beispielsweise durch Weiterleitungen an einen persönlichen Bearbeiter via Steuernummer, Alter oder Buchstabe des Nachnamens oder durch Terminvereinbarungen zum Beispiel für den Sperrmüll“, prognostiziert Pape. ❐

Bayerischer Innovationsring:

Mühldorfer Erfahrungsaustausch

Mühldorf war kürzlich Gastgeber für über 30 Landräte und Vertreter aus ganz Bayern zur 15. Tagung des Plenums des Bayerischen Innovationsrings. Unter dem Namen „Bayerischer Innovationsring“ haben sich zu Beginn des Jahres 1997 15 Landkreise zusammengeschlossen, um im Rahmen des Pilotprojekts „Verwaltungsreform“ unter dem Dach des Bayerischen Landkreistags Handlungsempfehlungen für die Modernisierung der Kreisverwaltungen zu erarbeiten.

Mittlerweile ist die Zahl der mitwirkenden Landkreise auf 21 angewachsen, die allesamt vom Erfahrungsschatz der erarbeiteten Lösungen profitieren.

Inhaltlich lässt die Bildung von themenbezogenen Projektgruppen erkennen, dass sich der Bayerische Innovationsring neben Fragestellungen im Bereich des eGovernment und der Organisation von Landratsämtern schwerpunktmäßig zunehmend mit betriebswirtschaftlichen Themen befasst, angefangen von der Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente über den Ausbau des interkommunalen Leistungsvergleichs bis hin zur Umstellung auf ein doppisches Buchführungssystem zur Modernisierung des kommunalen Rechnungswesens.

Vorreiterrolle

„Wir alle profitieren vom Wissen des jeweils anderen Landkreises und können gemeinsam viel bewegen“, erläuterte Landrat Georg Huber in seiner Begrüßung. Die konkreten Projekte im Rahmen der Prozessoptimierung mit eGovernment und Modernisierung des kommunalen Rechnungswesens stellte Reinhard Deinböck, Leiter der Stabsstelle Betriebswirtschaftliches Management, Controlling und eGovernment, vor. Der Landkreis Mühldorf a. Inn nimmt hier eine Vorreiterrolle ein. Das Landratsamt Mühldorf hat als eines der ersten Landratsämter das doppische Rechnungswesen mit Ergebnisrechung und Finanzrechung, einer Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Budgetierung eingeführt. „Die Umstellung bedeutet nicht nur ein neues Buchungssystem, sondern liefert darüber hinaus auch Informationen für eine bessere, bürgerorientierte Steuerung“, so Deinböck.

Georg Huber. ❐

Lebhafte Diskussionen

Der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags und Landrat des Landkreises Miltenberg, Roland Schwing, war sehr erfreut über die Gastfreundschaft in Mühldorf und konnte lebhafte Diskussionen und Wortbeiträge zu Themen wie E-Government im Landkreis Mühldorf, Erfahrungen aus der Umstellung zum doppischen Haushalt sowie Ergebnisse aus dem interkommunalen Leistungsvergleich in geordnete Bahnen lenken. „Die Verwaltungsmodernisierung ist kein Projekt, sondern ein Prozess“, erklärte Schwing. Gemeinsames Ziel sei es, im Meinungs-, Erfahrungs- und Informationsaustausch Handlungsempfehlungen für die Modernisierung der Kreisverwaltungen zu erarbeiten. Angestrebt würden eine Steigerung der Effizienz der Kreisverwaltungen und eine Orientierung dieser Verwaltungen an den Interessen sowohl der Bürger als auch der Mitarbeiter. „Gemeinsam an einem Strang ziehen und vorwärts in die Zukunft blicken - das muss unser aller Ziel sein“, bilanzierte Landrat Georg Huber denn auch zum Abschluss der Tagung. **DK**

Landkreis-Führungskräfte bei der AKDB

27 Führungskräfte aus den fünf Landratsämtern Bayreuth, Hof, Tirschenreuth, Neustadt a.d. Waldnaab und Wunsiedel folgten vor kurzem der Einladung der AKDB, um sich über die Herausforderungen der bayerischen Landkreise bis in das Jahr 2014 zu informieren.

Vorgestellt wurden die neue bayerische Meldedatenzentrale im AKDB-Servicerechenzentrum Bayreuth und die wichtigsten Trends und Neuerungen in der IT-Unterstützung der Fachämter im Landratsamt wie die Nutzung von eGovernment, die Leistungsentgelte nach §18 TVöD und die Kommunale Doppik.

BayBIS

Besonderes Interesse galt dem Vortrag über das rollenbasierte Behördeninformationssystem (BayBIS). Die Nutzung des Behördeninformationssystems bietet den Behörden Vorteile, die zu einer erheblichen Beschleunigung von Geschäftsprozessen beitragen: Aufgrund der neuen gesetzlichen Möglichkeiten können alle Einwohnerdaten in Bayern tagesaktuell und mit sofortiger Verfügbarkeit, zeitlich unabhängig ohne Berechnung und das alles innerhalb von Sekunden über die AKDB abgerufen werden. In der Vergangenheit dauerte die manuelle Bearbeitung der Anfragen mehrere Tage bis zu drei Wochen.

OK.FIS NKFW

Große Aufmerksamkeit bekamen auch die Ausführungen über das Umstellungsszenario von der Kameralistik auf die kommunale Doppik (Neues Kommunales Finanzwesen OK.FIS NKFW). Mit OK.FIS NKFW stellt die AKDB den Kommunen eine Softwarelösung für eine output- und produktorientierte, doppische Haushaltswirtschaft zur Verfügung.

Folgeveranstaltung angekündigt

Abschließend stellten die Teilnehmer fest, dass diese Veranstaltung für die Mitarbeiter der Landratsämter sehr informativ war. Hans-Peter Pluta, Geschäftsstellenleiter von Oberfranken, bedankte sich bei allen Teilnehmern und kündigte eine Folgeveranstaltung an. ❐

Zweite Stufe ePass mit Fingerprint-Erfassung:

Erfolgreich im Echtbetrieb

Nach umfangreichen Vorbereitungen konnten die MESO-Anwender am 1. November 2007 erfolgreich die Neuerungen im Passwesen im täglichen Echtbetrieb umsetzen.

Seit langem war der Stichtag zur Einführung der zweiten Stufe des ePasses bekannt, ab dem bei der Passbeantragung als weiteres biometrisches Merkmal zwei Fingerabdrücke aufgenommen werden. Zum 1. Januar 2005 wurde bereits die Speicherung des Bildes im Chip des Passes eingeführt.

Workshops

In den Passämtern waren teilweise auch organisatorische Änderungen zu bewältigen, um an den PC-Arbeitsplätzen die Fingerabdruckserfassung problemlos durchführen zu können. Im Oktober besuchten ca. 700 Anwender die von komuna angebotenen Workshops um die neuen Vorgänge und Funktionen kennenzulernen. Dabei wurden dann auch die erforderlichen MESO-Programmkomponenten zur Verfügung gestellt.

Jetzt, gegen Ende des Jahres 2007, können die Melde- und Passbehörden auf ein Jahr zurückblicken, das von zahlreichen technischen und rechtlichen Änderungen geprägt war.

Höhere Updatefrequenz

Viele neue Vorgaben, wie die bundesweite elektronische Datenübermittlung zwischen allen Meldebehörden, die Einführung der steuerlichen ID-Nummer mit dem damit verbundenen Datenaustausch mit dem Bundeszentralamt für Steuern, sowie die zweite Stufe des ePasses sind mittlerweile problemlos in die tägliche Arbeit integriert worden.

Zwangsläufig war deswegen in den letzten Monaten eine höhere Updatefrequenz erforderlich und die Anwender in den Meldeämtern mussten sich regelmäßig mit neuen Funktionen vertraut machen. Aber auch diese Anstrengungen machten sich bezahlt - alle gesetzlichen Änderungen konnten rechtzeitig erfüllt werden. ❐

Effiziente Verwaltung macht Kommunen zukunftssicher

DATEV begleitet auf dem Weg zu mehr Wirtschaftlichkeit

Dank einer anhaltend positiven Steuerdynamik weisen die Kommunen laut einer aktuellen Aussage des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auch in diesem Jahr wieder einen Finanzierungsüberschuss auf. Allerdings trifft die Besserung der Haushaltssituation nicht alle Städte und Gemeinden in gleichem Maße. Zudem besteht insbesondere vor dem Hintergrund eines Anstiegs der Sozialausgaben bei vielen Kommunen weiterhin Handlungsbedarf zur Konsolidierung ihrer Finanzen. Geeignete Mittel dafür sind die Umstellung auf die Doppik sowie eine allgemeine Neuausrichtung und Verschlankung der Abläufe in der Verwaltung. Dabei unterstützt die Nürnberger DATEV eG Kommunen mit einem umfassenden Leistungsspektrum.

Für mehr Transparenz der Kommunalfinanzen sorgt das doppische Rechnungslegungssystem. Auf diese Weise bietet es eine gute Grundlage für wirtschaftlich nachhaltiges Handeln. Mit einem lückenlosen, durchgängigen Softwaresystem rund um das kommunale Rechnungswesen liefert DATEV dafür eine optimale Basis. Neben bundeslandspezifischen Kontenrahmen für die Finanzbuchführung enthält es auch Anwendungen für den Jahresabschluss, die Finanzrechnung und den Zahlungsverkehr.

Darüber hinaus ermöglicht das System eine unkomplizierte Budgetierung, Mittelbewirtschaftung und Haushaltssteuerung. Ergänzt wird das Softwarepaket durch die Kosten- und Leistungsrechnung, die Anlagenbuchführung und die Veranlagung kommunaler Abgaben wie Steuern, Gebühren und Beiträge. Mit spezieller Lohnsoftware lassen sich zudem die Bezüge aller Mitarbeiter einer Kommune abrechnen, inklusive der Besoldung kommunaler Beamten. Basierend auf den gesammelten und konsolidierten Daten aus dem Rechnungswesen, den Leistungs- und Personalabrechnungssystemen oder dem Vermögenshaushalt kann so ein effizientes Controlling eingerichtet werden.

Beratung für Kommunen

Bei der Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen bietet DATEV professionelle Unterstützung. Kennzeichnend für die Projekte ist die Kompetenzbündelung dreier Partner: Neben den Verantwortlichen der Kommune und der DATEV spielt immer ein steuerlicher Berater eine tragende Rolle. Sein Fachwissen ist insbesondere bei der Betrachtung betriebswirtschaftlicher Prozesse und steuerlicher Aspekte von großem Wert - beispielsweise in Fragen der Vermögensbewertung und Bilanzierung. DATEV-Consultants begleiten das Projekt oder übernehmen das Projektmanagement und erarbeiten individuelle Schulungskonzepte. Dabei greifen sie auf Erfahrungen aus zahlreichen Doppik-Umstellungen in verschiedenen Bundesländern zurück.

Beratungsleistungen

Über die Doppik-Einführung hinaus bietet DATEV auch weiter reichende Beratungsleistungen an. Dazu zählt die Ausarbeitung von Strategien zur organisatorischen Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung in der Verwaltung bis hin zum Informations- und Kommunikationsmanagement oder Personalmanagement. Ein Konzept für das systematische Risikomanagement erleichtert es Städten und Gemeinden, ihrer Informationspflicht nachzukommen. Daneben führen die DATEV-Berater auch standardisierte oder individuelle Workshops und Schulungen zu kommunalen Themen durch.

Zusatzdienste aus dem Rechenzentrum

Die DATEV-Software können Kommunen und kommunale Unternehmen im Rahmen von DATEVasp (für Application Service Providing) auch komplett im Nürnberger Rechenzentrum der DATEV betreiben lassen. Im Angebot enthalten sind Dienstleistungen von der Bereitstellung der Server und des Betriebssystems bis hin zum Management der IT-Infrastruktur inklusive der Nutzung des DATEVkommunal Anwenderservices. Durch dieses Outsourcing des technischen Umfeldes ist gewährleistet, dass die Programme jederzeit unter optimalen System- und Sicherheitsbedingungen laufen, ohne dass sich in der Kommune jemand beständig darum kümmern muss.

Unabhängig von einer Entscheidung für ASP steht das DATEV-Rechenzentrum zudem als zentrale Datenplattform, revisionssicheres Archiv und Datendrehscheibe für den elektronischen Informationsaustausch mit Behörden zur Verfügung. Darüber hinaus können Städte, Gemeinden sowie deren kommunale Unternehmen auch von zuverlässigen Druck- und Versanddienstleistungen der DATEV Gebrauch machen. Neben Auftragsdruck und -zustellung von Gebühren-, Mahn- oder sonstigen Bescheiden übernimmt es auch die Erstellung weiterer kommunaler Printerzeugnisse, wie etwa den Druck und die Bindung des Haushaltsbuches oder von Broschüren. ❐

Planspiel der DATEV überzeugt:

Doppik-Umstellung anschaulich vermittelt

Ob auf Messen und Kongressen oder bei Beratungsterminen vor Ort - der Ansatz der DATEV eG, Kommunalverantwortliche mit spielerischen Mitteln an das Thema Doppik heranzuführen, erntet positive Resonanz. So hat sich das DATEVkommunal Planspiel inzwischen zum Publikumsmagneten auf Veranstaltungen etabliert.

Vertreter von Städten und Gemeinden aber auch von Bildungseinrichtungen, die den Wechsel zum doppischen Buchführungsstil bereits auf dem Spielbrett absolviert haben, loben den hohen Anschaulichkeitsgrad des Spielszenarios.

Das Planspiel wird in Form eines Workshops abgehalten, der von den DATEV-Consultants bei Doppik-Interessenten durchgeführt wird. Es simuliert den Übergang von der Kameralistik auf das kaufmännische Rechnungslegungssystem anhand von praktischen Beispielen. Die Mitspieler übernehmen als Team die Verantwortung für die finanzielle Entwicklung einer Musterkommune über einen Zeitraum von zwei Haushaltsjahren.

Im ersten Jahr beginnen sie mit der kameralen Haushaltsplanung und wechseln in den Haushaltsvollzug bis hin zur kameralen Rechnungslegung mit Kassenabschluss. Im zweiten Geschäftsjahr werden dann die kommunalen Produkte neu definiert und das neue Rechnungswesen mit dem Drei-Komponenten-System (Finanzrechnung, Ergebnisrechnung und Vermögensrechnung/Bilanz) eingeführt.

Termine für einen Planspiel-Workshop können individuell vereinbart werden. Die Obergrenze für den Teilnehmerkreis liegt bei maximal 20 Personen. ❐

Kosten reduzieren durch „Druckdienstleistungen“ im Outsourcing?

Von Peter A. Vorgel, Geschäftsführer tsm total-sourcing-management

Wie viele Schreiben und Mitteilungen verlassen denn am Tag Ihre Verwaltung? 100? 500? Oder noch mehr? Und natürlich entsprechen alle in Bezug auf das „Druckdesign“ Ihren gewünschten Vorstellungen! Selbstverständlich erhalten Sie auch die Portoersparnis, die ihnen bei gesammelter und sortierter Anlieferung von ihrem Postdienstleister angeboten wird. Wenn ja, dann möchte ich Ihnen gratulieren. Wenn Sie aber hier noch Verbesserungspotential sehen, sollten Sie schnell aktiv werden.

Zunächst einmal, übliche Textprogramme am Arbeitsplatz sind im operativen Umfeld die teuerste Art, Briefe zu schreiben, weil Sie weder in die Verwaltungsabläufe noch in automatisierte Versand- und Optimierungsprozesse eingebunden sind. Hohe Kosten entstehen für manuelle Bearbeitung im Umfeld des Druckers (z. B. Konfektionierung und Kuvertierung), aber auch im Vorfeld der Brieferstellung (z.B. die vielfache Vorlagenerstellung an allen Arbeitsplätzen).

Kosten- und Portoersparnis

Darüber hinaus entstehen natürlich auch Aufwendungen durch das Bereithalten von leistungsfähigen Druckern und deren Verbrauchsmaterial. Durch Zeitaufwand für die Wege zum Ausgabegerät und ärgerlicherweise auch oftmals durch Fehldrucke und Papierstau. Ebenso sollten Sie die Kosten für den Transport zur Poststelle und das Porto selbst mit berücksichtigen.

Sehr große Organisationen wie z. B. Versicherungen und Banken nutzen aufwendige Text- und Outputlösungen für die wirtschaftliche Erstellung von Dokumenten und deren Weiterverarbeitung. Diese sind im Regelfall perfekt auf die internen Prozesse abgestimmt und rechnen sich normalerweise erst ab einem hohen Druckvolumen.

Diese Vorteile lassen sich ab sofort auch in kleineren Einheiten nutzen. Einmal eingerichtet, können Dokumente am Arbeitsplatz nach - wenn gewollt - zentralen Vorgaben erstellt und bearbeitet werden. Eingebunden in den gewohnten Ablauf entsteht so z. B. der individuelle Brief oder auch das standardisierte Schreiben in hoher Qualität. Und das mit Hilfe einer einfachen und durchschaubaren Bedienerführung am üblichen Arbeitsplatz. Doch statt das Dokument jetzt auszudrucken, wird es nun an einen Dienstleister übermittelt, der die Weiterverarbeitung bis hin zur Auflieferung beim Postunternehmen übernimmt.

Selbstverständlich kann hier auch gleich die Archivierung mit abgenommen werden. Zur Kostenersparnis aufgrund des Wegfalls der oben bereits erwähnten Aufwendungen kommt Ihnen nun noch eine Portoersparnis zugute, da der Dienstleister natürlich sehr viel größere Mengen und diese entsprechend vorbereitet zur Post geben kann.

Gute Dienstleister bieten ihnen eine Verrechnung z.B. pro gedruckter Seite an, die Sie sehr oft schon aus der nunmehr entstehenden Portoersparnis finanzieren könnten. Aufwendige Investitionen in Hard- und Software sind bei diesen Modellen nicht erforderlich.

Vorgehensweise

Diskutieren Sie im Vorfeld ausführlich mit Fachleuten über Ihr Vorhaben. Erörtern Sie die verschiedenen Möglichkeiten mit Spezialisten. Lassen Sie sich seriös über Einsparungen informieren. Und schauen Sie sich Referenzen an. Erst dann sollten Sie eine geeignete Ausschreibung denken und entsprechende Vorgespräche mit etablierten Anbietern führen. Und vor allem, betrachten Sie die gesamten Zusammenhänge.

Fazit: Perfektes Zusammenspiel im Ablauf und die Wahl eines geeigneten Dienstleisters lassen Ihren täglichen Dokumentenoutput zu einer problemlosen „Sache“ werden, die ihnen am Ende des Tages auch noch helfen kann, so richtig Kosten zu sparen. Einer langfristigen „Partnerschaft“ mit den richtigen Partnern, nachweisbar in den uns bekannten Fällen, steht damit nichts mehr im Wege. ❐

AluMedic von TOPSTAR:

Dynamisches Sitzen der Zukunft

Der deutsche Rücken wird zunehmend zum volkswirtschaftlichen Sorgenkind. Wagner, innovativer Spezialist für hochwertige Bürostühle in Langenneufnach, hat mit Dondola® ein Gelenk unter der Sitzfläche entwickelt, das den Rücken trainiert. Dondola® ist die professionelle Integration des Gymnastikball-Prinzips in einen Drehstuhl.Testpersonen vermerkten eine signifikante allgemeine Steigerung des „körperlichen Wohlbefindens“. ❐

:::tsm
Zusammenhänge verstehen
Lösungen erarbeiten
Umsetzung garantieren

New Public Management

Wir unterstützen Sie mit fundierter und ganzheitlicher Beratung und operativem Management auf den Gebieten:

-EU Dienstleistungsrichtlinie
-Outsourcingstrategien
-Outputmanagement
-Private Public Partnership

um gemeinsam mit Ihnen konkrete und gesicherte Strategien und Konzepte zu entwickeln.

Mit uns erreichen Sie Ihre Ziele.

Wir haben die Referenzen in der modernen öffentlichen Verwaltung.

::: tsm - total-sourcing-management
Deutschland +49 911 9893015

info@total-sourcing-management.eu
www.total-sourcing-management.eu

Der sichere Weg zur Doppik führt über die DATEV.

Unsere Einstellung zur Umstellung lässt sich so beschreiben: partnerschaftliche, sichere Wegbegleitung mit kommunalem Know-how und mit unseren bewährten Doppik-Programmen. Gemeinsam mit ihrem steuerlichen Berater bieten wir Städten und Gemeinden ein maßgeschneidertes Paket aus Dienstleistung, Fachwissen und flexibler Software, auf Wunsch mit einem leistungsstarken Rechenzentrum. Das ermöglicht ausgefeilte Detaillösungen für die speziellen Anforderungen Ihrer Kommune oder des Eigenbetriebs. Und genau das schätzen Kämmerer. Denn im scheinbar Kleinen liegen die größten Herausforderungen bei der Doppik-Umstellung. Sie sehen, der Weg zur Doppik lässt sich gemeinsam meistern. Es kommt nur auf die richtige Umstellung an.

Wir denken schon mal vor.

DATEV

www.datev.de/kommunal, Telefon 0800 0114348

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Bausparen weiter hoch im Kurs

Bayerische Landesbausparkasse schloss 220.000 neue Verträge ab
Unangefochtener Marktführer

München. Die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) erhofft sich durch ein Konzept des Bundesfinanzministers eine weitere Geschäftsbelebung. Auf der Jahresabschlusspressekonferenz berichtete der Sprecher der Geschäftsleitung, Franz Wirnhier, mit der künftigen Altersvorsorge-Förderung würden endlich Bausparen und Wohneigentum als Altersvorsorge anerkannt. Bausparkassen sollen als Anbieter von Riester-Produkten zugelassen werden. Für eine unbürokratische und bürgerfreundliche Umsetzung seien aber noch „harte Nüsse" zu knacken.

Zur Anschaffung einer selbstgenutzten Wohnimmobilie oder zur Entschuldung können nach Wirnhier 75 Prozent des geförderten Altersvorsorgevermögens vorzeitig entnommen werden. Alternativ dürfen die 75 Prozent bei Beginn der Auszahlungsphase zur Entschuldung verwendet werden. Schon während der Ansparphase sollen Tilgungsbeiträge steuerlich voll berücksichtigt werden.

Riesterprodukte

Die geförderten Eigentümer müssen einen bei Riesterprodukten eingebauten Nachteil in Kauf nehmen: das begünstigt angesparte Geld muss in der Auszahlphase nachträglich versteuert werden. Dies soll nach den Plänen der Bundesregierung in einer größeren Summe oder über 25 Jahre geschehen.

Wirnhier schlug vor, das Bausparen in seiner jetzigen Form durch eine einfache Ergänzung des Zertifizierungsgesetzes aufzunehmen. Müssten Bausparverträge die gleichen Kriterien erfüllen, die heute für die Zertifizierung von Altersvorsorgeprodukten gelten, entstünden komplizierte Vorgänge, außerdem wären zahlreiche komplizierte Veränderungen im Bausparkassengesetz vorzunehmen. Bei der angekündigten Einführung einer dauerhaften Zweckbindung für Sparleistungen, die mit der Wohnungsbauprämie gefördert werden, plädierte Wirnhier ebenfalls für eine kundengerechte und verwaltungsfreundliche Lösung.

Die Einbrüche am Wohnungsmarkt - die Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser sind in den ersten zehn Monaten 2007 um 37,3 Prozent zurückgegangen, die für Mehrfamilienhäuser um 26,1 Prozent - haben auch im LBS-Geschäft Spuren hinterlassen. Anstatt beim Neugeschäft, wie angestrebt, das Volumen von 2006 zu übertreffen, musste ein Rückgang von 5,6 Prozent auf 6,6 Milliarden Euro verzeichnet werden. Mit Marktanteilen von derzeit 42,3 Prozent nach Stückzahl und 38,1 Prozent nach Bausparsumme ist die LBS unangefochtener Marktführer.

Zunehmende Nachfrage

Der Vertragsbestand hat um 3,2 Prozent auf 48,1 Milliarden Euro zugelegt. Bei der Nachfrage nach kollektiven Bausparmitteln stellte der Sprecher der Geschäftsleitung eine Trendwende fest. Die Auszahlungen von „zugeteilten" Bausparguthaben werden nach der aktuellen Hochrechnung um elf Prozent auf eine Milliarde Euro steigen, bei den Bauspardarlehen wird ein Plus von 24 Prozent auf 565 Millionen Euro erwartet.

Für 2008 rechnet Wirnhier mit einer weiter zunehmenden Nachfrage nach Bauspardarlehen. Als Geschäftsmotor bezeichnete er die vielfältigen politischen und wirtschaftlichen Impulse zum Energiesparen. Beispielhaft bei der LBS seien der spezielle Sofortkredit „LBS-PrimaKlima" und das einfache Bearbeitungsverfahren „LBSeasy" ohne Wertermittlung, Grundschuldeintragung und Notartermin. Wirnhier geht davon aus, dass beim Bausparneugeschäft die Niveauanhebung der vergangenen fünf Jahre auch 2008 stabilisiert werden kann.

Sicherheitsbedürfnis

Zur Begründung verwies er auf das günstige gesamtwirtschaftliche Umfeld, den unverändert starken Wunsch nach Wohneigentum in der Bevölkerung und das ausgeprägte Sicherheitsbedürfnis der Deutschen beim Vermögensaufbau. Die von den USA ausgehende Kreditkrise mit ihren verheerenden Auswirkungen auf den internationalen Finanzmärkten nannte Wirnhier „sehr lehrreich". Mit dem sicheren Bausparen wäre das hierzulande nicht passiert.

E. Scholl

Perfektes Ausweichquartier: In nur 55 Tagen war die neue Schule komplett fertig. Werkfoto: Graeff

Graeff macht Schule

Die Mannheimer Graeff Container und Hallenbau GmbH hat bei einem kürzlich fertig gestellten Projekt erneut ein hohes Maß an Schnelligkeit und Flexibilität bewiesen. Für die Schulverwaltung der Stadt Mannheim hat das Systembauunternehmen in nur 55 Tagen eine komplette Schule, basierend auf dem Container-System 3001 Plus, aufgebaut.

Die Stadt Mannheim benötigte kurzfristig eine Ausweichmöglichkeit für die Integrierte Gesamtschule Herzogenried (IGMH), weil das Gebäude ihrer weitaus größten Schule komplett saniert werden muss. Nach einem Ausschreibungsverfahren entschieden sich die Verantwortlichen für das kostengünstige und vor allem schnelle Konzept von Graeff.

222 Container

Damit die 150 Lehrer und rund 1.500 Schüler pünktlich zum neuen Schuljahr geeignete Schulräume beziehen konnten, schuf das Planungsteam von Graeff aus 222 Containern ein provisorisches Gebäude, das für die Dauer der Sanierungsarbeiten einen adäquaten Unterricht ermöglicht. Die Monteure arbeiteten teilweise Tag und Nacht und konnten die Räume pünktlich zum Ende der Sommerferien übergeben. Selbstverständlich sind alle baurechtlichen Vorgaben erfüllt, vom barrierefreien Zugang bis zum Brandschutz.

Graeff hat schon in einer Reihe von Schulbauprojekten seine Erfahrung eingebracht. Der Container 3001 plus – er ist stirn- und längsseits koppelbar sowie bis zu dreifach stapelbar - eignet sich deshalb besonders für Baulösungen auf begrenztem Raum. Dies nicht nur für Schulen, auch für andere Einsatzbereiche wie Büros oder Kindergärten ist diesem vielseitigen Container ideal geeignet. ❒

9. Oberfränkisches Bauseminar:

„Stadt & Klima"

60 Mio. Euro Zuschüsse für Kommunen in Oberfranken

Die Themen Klimaschutz und Energieeinsparung im Städtebau standen im Mittelpunkt eines von der Regierung von Oberfranken veranstalteten Bauseminars in Bamberg. Regierungspräsident Wilhelm Wenning stellte hierbei fest, dass es in Zeiten der Rohstoffknappheit unerlässlich ist, das Bewusstsein aller für den nachhaltigen Umgang mit Energie und Rohstoffen zum Schutz des Klimas zu schärfen. „Dafür bedarf es aber nicht nur isolierter Einzellösungen, sondern tragfähiger Gesamtkonzepte. Dies ist besonders für den Städtebau eine Querschnittsaufgabe", so der Regierungspräsident.

Bei der Bewältigung dieser Aufgaben erfahren die Kommunen nun auch große Unterstützung durch Bund und Land. Leitende Baudirektorin Petra Gräßel von der Regierung von Oberfranken, die durch das das Seminar führte, informierte u. a. über Möglichkeiten der Städtebauförderung und das neue Programm zum Investitionspakt von Bund und Land „Energetische Sanierung sozialer Infrastruktur" mit 60 Millionen Euro Zuschüssen für Oberfranken – eine millionenschwere Finanzspritze für die Kommunen, um insbesondere Pflichtschulen, Kindertagesstätten und Schulturnhallen auf den neuesten Stand der Energietechnik zu bringen.

Energieeinsparverordnung

Weitere Referenten aus Wissenschaft, Ministerien und Planung beschäftigten sich auf unterschiedliche Weise mit dem Thema Klimaschutz im Städtebau: So stand an erster Stelle ein Einblick in die am 1. Oktober 2007 in Kraft getretene neue Energieeinsparverordnung (EnEV). Bauoberrat Jürgen Thum von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium erläuterte die Anforderungen an den Energieausweis, der mit der neuen EnEV für alle Gebäude erstellt werden muss.

Der Ausweis, der Auskunft gibt über die energetische Qualität eines Gebäudes, wurde nunmehr auch für Bestandsgebäude eingeführt, damit sich Käufer und Mieter schon vor einer Kauf- oder Mietentscheidung ein Bild über den Zustand des Objekts machen können. Der Energieausweis soll mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt schaffen und zusätzliche Anreize geben, die im Gebäudebestand vorhandenen erheblichen Energiesparpotenziale verstärkt zu realisieren.

Forschungsprojekt der TU

Energetische Modernisierungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen können laut Thum nicht nur die Heizkosten deutlich senken, sondern auch maßgeblich zum Klimaschutz beitragen. Ein Energieausweis im Gebäudebestand ist nur bei Verkauf, Vermietung, Verpachtung oder beim Leasing eines Gebäudes, einer Wohnung oder einer sonstigen selbständigen Nutzungseinheit auszustellen. Eine Aushändigung des Energieausweises schreibt die EnEV nicht vor; er muss den potenziellen Käufern, Mietern, Pächtern und Leasingnehmern lediglich „zugänglich" gemacht werden – zum Beispiel durch die Möglichkeit der Einsichtnahme im Büro des Verkäufers oder Vermieters. Der Energieausweis ist – mit Ausnahme bestimmter Fälle gemischt genutzter Objekte – für das gesamte Gebäude, nicht jedoch für die einzelne Wohn- oder Nutzungseinheit auszustellen. Die Energieausweise sind zehn Jahre lang gültig. Danach müssen sie neu ausgestellt werden.

Für Aufmerksamkeit sorgte auch der Bericht über ein Forschungsprojekt der TU München zum Thema Energieleitplanung. Dipl.-Ing. Christian Huber vom Lehrstuhl „Bauklimatik" machte deutlich, dass eine wirkungsvolle Energieeinsparung nur auf der Basis kommunaler Konzepte möglich ist. Um dies zu erreichen, schlug er die Erstellung eines „Energienutzungsplanes" für das gesamte Gemeindegebiet mit integriertem Maßnahmenpaket vor. Die Gemeinden können dadurch bei Neubauprojekten oder Sanierungen alle Energieeinsparpotentiale optimal ausschöpfen.

Wirklich gewinnbringend sind kommunale Konzepte jedoch nur, wenn sie in den regionalen Kontext eingebunden sind, wie Architekt Dr. Ing. Hartmut Holl, Büro für Städtebau und Architektur, Würzburg, und Landschaftsarchitektin Dipl.-Ing. Sigrid Ziesel, Landschaftsarchitekturbüro wgf, Nürnberg, anhand eines interkommunalen Energiekonzeptes aus dem Nördlichen Fichtelgebirge aufzeigten. Das interkommunale Energieleitbild bildet dabei die Basis für abgestimmte energiepolitische Entscheidungen aller Gemeinden in der Region.

Kompakter Städtebau

Große Einsparpotentiale bietet auch ein kompakter Städtebau. Anhand eines Vergleichs mit den Kühlrippen eines Motors stellte Baudirektor Christian Schiebel von der Regierung von Oberbayern dar, wie eine falsche Stadtplanung zur Abkühlung der Gebäude und somit zu einem höheren Energieverbrauch führt. Auch eine „Stadt der kurzen Wege", also eine bessere Durchmischung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung usw., kann Schiebel zufolge allein durch Vermeidung von Individualverkehr sehr effizient zum Klimaschutz beitragen.

Zum Abschluss führten Baudirektor Herbert Wehrberger, Regierung von Oberfranken und Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Zitzelsberger von der Josef-Stiftung Bamberg durch das technische Herzstück des von der Josef-Stiftung Bamberg errichteten ökologischen Wasserkraftwerks an den Unteren Mühlen. **DK**

Wohnideen in Neu-Ulm

Auf der Landesgartenschau 2008 werden innovative Wohnideen in visionärem Gartenambiente ausgestellt, die einen gewagten Blick in die Zukunft des Städtebaus ermöglichen sollen. Unser Bild zeigt den „Wohnwürfel", „bboxx". Dieser dreistöckige Wohnturm aus Beton und Edelstahl ermöglicht Wohnen auf knapp 15 m². Anschlüsse für Strom, Wasser und Abwasser sind vorhanden – einem Einzug innerhalb weniger Stunden steht nichts entgegen. So schnell wie sie aufgebaut ist – so flexibel und mobil kann die bboxx wieder abgebaut und anderenorts aufgestellt werden. Beim Umzug einfach an den Hacken und mit dem Lkw ab zum nächsten Stützpunkt! Mobilisten werden sich freuen. ❒

GRAEFF Container & Hallenbau GmbH

KOMMUNEN BAUEN AUF GRAEFF

Kindergärten, Schulen oder Sporthallen, Bauhöfe oder Feuerwehrhäuser – GRAEFF hat für fast jedes kommunale Bauvorhaben eine wirtschaftliche und architektonisch ansprechende Lösung.

Denn aus unseren variablen und funktionalen Hallen- und Pavillon-Modulen entwickelt unser Planungsteam genau das richtige Gebäude für Ihren Bedarf.

Informieren Sie sich!

GRAEFF Container und Hallenbau GmbH | Ruhrorter Straße 2-4 | D-68219 Mannheim
Tel. 0621/8444-4 | Fax 0621/8444-555 | www.graeff-gmbh.de

Der Neubau von Grundschule mit Sporthalle im Markt Neuburg/Kammel (Landkreis Günzburg) ist ein Millionenprojekt. Beim Richtfest freuten sich Heinz Wohlrab (HBW), MdB Dr. Georg Nüßlein, Landrat Hubert Hafner, Planer Josef Schuster und Bürgermeister Georg Schwarz sowie die Zimmererleute Wolfgang Mändle und Claus Stempfle. Bild: Dieter Jehle

Neubau von Grundschule und Sporthalle in Neuburg:

Klammerfunktion für die ganze Gemeinde

Neuburg (dje). Von einer „wichtigen Weichenstellung für die Zukunft" sprach Landrat Hubert Hafner anlässlich des Richtfestes für die neue Grundschule mit Sporthalle in Neuburg/Kammel. Bürgermeister Georg Schwarz war froh, dass die erste wichtige Bauphase so gut verlaufen ist.

Der Bürgermeister bescheinigte den beteiligten Handwerkern eine „hervorragende und termingerechte Arbeit". Bundestagsabgeodneter Dr. Georg Nüßlein prophezeite dem Großprojekt eine Klammerfunktion, durch die Bürger, Kinder, Sport und Kultur weiter zusammenwachsen.

Engagement des Kreises

„Neuburg wird eine der modernsten Grundschulen im Landkreis Günzburg haben," meinte Landrat Hafner. Der Kreischef freute sich über die Investition in das Schulwesen. „Der Landkreis hat in den letzten vier Jahren rund 12 Millionen Euro in schulverbessernde Maßnahmen investiert," sagte Hafner. Daher wisse er, dass das Handwerk im Landkreis von innovativen Unternehmern, gut ausgebildeten Facharbeitern und qualitativ hochwertiger Leistung geprägt ist.

6, 2 Millionen Euro

Nach Abschluß der Baumaßnahme wird der Markt Neuburg rund 6, 2 Millionen Euro in das Großprojekt „Neubau Grundschule mit Sporthalle" investiert haben. In der Schule werden acht Klassenzimmer, Lehrerzimmer, Foyer sowie Mehr- und Technikzweckraum integriert.

Die Sporthalle wird als abtrennbare Doppelturnhalle nach Wettkampfbestimmungen mit Umkleide-, Geräte- und Erste-Hilfe-Räumen sowie im eingeschränkten Umfang mit Zuschauerstehplätzen gebaut. ❒

Neue Autobahnanschlussstelle bei Alzenau

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesverkehrsminister, Karin Roth, hat zusammen mit dem bayerischen Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann und dem Bürgermeister Walter Scharwies die neue Autobahnanschlussstelle Alzenau-Mitte für den Verkehr freigegeben. Seit der Fertigstellung der A 45 vor fast dreißig Jahren ist die Zahl der Arbeitsplätze auf nahezu 10.000 gestiegen. Jeder 5. Arbeitsplatz im Landkreis ist in Alzenau angesiedelt. Neben der allgemeinen Steigerung des Straßenverkehrs brachte diese positive Entwicklung ein hohes Verkehrsaufkommen auch in den Ortsdurchfahrten. Deshalb bestimmen seit einigen Jahren Fragen des Straßenverkehrs die Agenda der Kommunalpolitik in Alzenau. Dreh- und Angelpunkt war dabei die Forderung des direkten Anschlusses der Staatsstraße 2805 an die A 45 mit dem Ziel, den überregionalen Straßenverkehr früher auf die dafür vorgesehene Bundesfernstraße, die Autobahn, zu lenken. Die neue Anschlussstelle Alzenau-Mitte schafft jetzt die Voraussetzung zur Abstufung der Staatsstraßen zu Gemeindestraßen und damit zum Umbau bzw. zur Neugestaltung der Ortsdurchfahrten entsprechend ihrer künftigen Verkehrsberuhigung. Außerdem wird der bisherige BAB-Anschluss Alzenau-Nord, ein Unfallschwerpunkt, entlastet.
Bürgermeister Walter Scharwies ging in seinem Grußwort auf die Entwicklung Alzenaus als Wirtschaftsstandort ein und wandte sich mit dem Wunsch an Staatssekretärin Roth, von den zusätzlich für den Bau von Autobahnparkplätzen bereitgestellten Bundesmitteln vordringlich neue Parkplätze an der A 45 im örtlichen Bereich zu schaffen. Innenminister Herrmann dankte er für die in dessen Ansprache bekundete Bereitschaft, bei der baulichen Umgestaltung der Ortsdurchfahrten Hörstein und Wasserlos finanzielle Unterstützung durch den Freistaat zu leisten.
Unser Bild zeigt (v. l.):Regierungsvizepräsident Andreas Metschke, MdL Henning Kaul, Innenminister Joachim Herrmann, Staatssekretärin Karin Roth, MdL Peter Winter, Alzenaus Bürgermeister Walter Scharwies, MdB Norbert Geis, Ministerialrat im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Rolf-Werner Bartsch und Helmut Schütz, Präsident der Autobahndirektion Nordbayern gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern. ❐

Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten:

Jahr des Erfolgs

Im Rahmen der Mitgliederversammlung und des „Thierhauptener Advents" in der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) Thierhaupten zog der Vorstandsvorsitzende, Schwabens Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, eine mehr als zufrieden stellende Bilanz des Jahres 2007 und lobte das praxisorientierte Angebot der SDL. Die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und die demographische Entwicklung lösten einen gesamtgesellschaftlichen Umbruch aus, wobei die Schule der Dorf- und Landentwicklung es sich zur Aufgabe gemacht habe, die Gemeinden für die anstehenden Aufgaben zu sensibilisieren, zu begleiten und zu unterstützen.

Hinter erfolgreichen Projekten stecke immer, so Reichert, eine erfolgreiche Beteiligungs-, Anerkennungs- und Kommunikations- bzw. Streitkultur. Er forderte die SDL auf, den praxisorientierten Ansatz und die Anforderungen, die sich für die Kommunen ergeben, in den Fokus der Programmkonzepte zu stellen.

Geschäftsführerin Gerlinde Augustin verwies auf ein arbeitsintensives und erfolgreiches Jahr. Besonders groß sei die Nachfrage zu Themen der Dorf-, Innen- und Strategieentwicklung ländlicher Gemeinden gewesen. Zu den Schwerpunkten 2008 und 2009 gehörten Angebote wie die familienfreundliche Kommune, Generationen, neue Wohnformen auf dem Lande sowie innovative Nahversorgungsmodelle. Im kommenden Jahr gehe es um die Aktivierung der innerörtlichen Potenziale in den Gemeinden sowie die Vermittlung von räumlichen, strategischen und kooperativen Steuerungskompetenzen.

Als einen „Aufbruch in eine neue Ära" bezeichnete Fachbeiratsvorsitzender Dr. Peter Jahnke den Aufbau der Bayerischen Internetplattform ländlicher Raum. Viele beispielhafte Projekte und Ideen seien in und über die SDL befördert worden und längst umgesetzt, aber zu wenig bekannt. Dies solle sich nun ändern. Im Auftrag der Verwaltung für Ländliche Entwicklung werde die SDL Thierhaupten ein Internetportal aufbauen und betreiben. Bayernweit sollen alle vorbildlichen Projekte der Kommunal- und Landentwicklung nutzerfreundlich eingestellt und mit allen wichtigen Partnern vernetzt werden. Zusätzlich bietet das Portal die Möglichkeit zum Wissens- und Erfahrungstransfer mit Gleichgesinnten.

Für seine herausragende Leistung bei der Konzeption und im Aufbau der SDL Thierhaupten wurde Augsburgs stellvertretender Landrat Fritz Hölzl in der anschließenden Feierstunde zum Ehrenmitglied ernannt. Unermüdlich und engagiert hatte er die Sanierung des ehemaligen Benediktinerklosters vorangetrieben. Ohne seinen Einsatz, so Reichert, gäbe es keine Schule der Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten. Hölzl entwickelte mit der Gemeinde und dem Freundeskreis parallel zur Sanierung auch ein schlüssiges Nutzungskonzept, das heute weit über Schwaben und Oberbayern strahlt. Darüber hinaus wurde Professor Fritz Auweck mit der „Goldenen Pinnadel" des Vereins Schule der Dorf- und Landentwicklung ausgezeichnet. Auweck leitet seit über zehn Jahren den Hauptausschuss der Schule und hat die Einrichtung konzeptionell weiter entwickelt. **DK**

Hervorragender Einsatz für die Denkmalpflege

Landrat Leo Schrell überreichte 44 Ehrenurkunden

(jdt). „Der Denkmalwettbewerb ist eine hervorragende Gelegenheit, allen Dank zu sagen, für die Denkmalpflege und Ortsbildverschönerung nicht ein bloßes Lippenbekenntnis ist, sondern die tatkräftig am Erhalt und der Gestaltung unserer Städte und Dörfer mitwirken. Sie geben lebhaft Zeugnis davon, dass Erhalten und Bewahren von überliefertem Kulturgut eine lohnende und reizvolle Aufgabe sein kann." Mit dieser Anerkennung würdigte Dillingens Landrat Leo Schrell das Engagement von verdienten Förderern von insgesamt 44 „besonders gelungenen Maßnahmen der Denkmal- und Ortsbildpflege".

Seit fast drei Jahrzehnten bringt der Landkreis Dillingen eine sehr ungewöhnliche Mobilisierung für Projekte zustande, die den Landkreis verschönern.

Landkreis „reich gesegnet"

Zur Festveranstaltung anlässlich der Verleihung von Ehrenurkunden und teilweise auch Prämien hatte der Landrat in die Friedrich-Hartmann-Sporthalle Bissingen eingeladen. In seinem Grußwort würdigte Bürgermeister Michael Holzinger die herausragende Initiative des Landkreises.

Landrat Schrell stellte in seiner Ansprache heraus, dass der Kreis Dillingen reich gesegnet sei mit interessanten Baudenkmälern und historischen Gebäuden. Zu hoffen sei, dass das beispielhafte Engagement der Geehrten eine Vielzahl von Nachahmern findet. Landkreis und Gemeinden wären „total überfordert", wenn sie solche vorbildlichen Maßnahmen alleine leisten müssten.

Bei den Sanierungsmaßnahmen für viele hundert Objekte wurden seit 1979 von Kommunen, Privatleuten, Pfarreien und Vereinen der Allgemeinheit viele Millionen Euro erspart.

Als „herausragend" eingestuft wurden diesmal vier Objekte. Es waren das „Kastenhaus" Höchstädt, das schon einige Jahre vor dem dreißigjährigen Krieg errichtet wurde (Schrell ehrte Helmut Queck, Apfelstetten), der Pfarrhof Sonderheim (Stadtpfarrer Roland Bise, Höchstädt, und Kirchenpfleger Paul Linder), das Zenettihaus Wertingen, (Dieter Romakowski, Buttenwiesen) und der Umbau des Baudenkmals Burgstraße 1 in Lauingen (Walburga und Wilhelm Bühringer, Gundelfingen).

Kirchenrenovierungen

Auszeichnungen gab es für die Kirchenrenovierungen in Frauenstetten (Pfarrer Buckovic), in Ziertheim (Monsignore Josef Philipp) und Lutzingen (Kirchenpfleger Georg Gernand), für die „Krone" in Bissingen (Michael Hiltner) und den „Engel" in Gundelfingen (Firma Ventura, Augsburg).

Torturm Gundelfingen

Bürgermeister Franz Kukla, Gundelfingen, konnte gleich zwei Urkunden in Empfang nehmen (für Torturm und „Betreutes Wohnen"-Projekt). Das Evangelische Pfarramt Haunsheim wurde belohnt für Sanierung von Pfarrhof und Kirchenmauer.

Für Bildstöcke wurden ausgezeichnet die „Regens-Wagner"-Einrichtung Glött (Direktor Prälat Hans Frieß) und Narziß Wagner, Glött für die Gestaltung des Dorfplatzes Göllingen (Bissingen) 3. Bürgermeister Anton Schmid und der Arbeitskreis „Kultur und Geschichte" in Laugna, mit dem Vorsitzenden Reinhard Käsmayr, für die Wiedererrichtung eines Feldkreuzes.

Ehrenurkunden wurden für weitere acht Feldkreuze und 21 Häuser bzw. Anwesen verliehen, ebenso für die Renovierung des Gedenksteines „Russenbrücke" (Rudi Blaschke, Pfaffenhofen).

Die Leitung der Denkmalwettbewerb-Kommission hatte Oberregierungsrätin Christa Marx vom Landratsamt Dillingen. In der Jury wirkten Kreisheimatpfleger Alois Seiler, Kreisbaumeister Jochen Veeser, stellvertretender Kreisbaumeister Klaus Maier, Kreisrat Josef Sing und Kreisrat Alfred Sigg mit . ❐

Gemeinsame Freude über ungewöhnliches Engagement im Denkmalwettbewerb des Landkreises Dillingen bei der Verleihung der Ehrenurkunden in Bissingen (v. l.): Kreisheimatpfleger Alois Sailer, Ines Gürsch und Prälat Hans Frieß („Regens Wagner"), Kirchenpfleger Paul Linder und Stadtpfarrer Roland Bise. Dahinter (v. l.): Günter Ballis, 1. Vorstand des BBV Höchstädt, die Höchstädter Ortsbäuerin Petra Grimminger, Landrat Leo Schrell, Bürgermeisterin Hildegard Wanner, Höchstädt, Johann Litzl („Regens Wagner"), Bürgermeister Michael Holzinger, Bissingen, Bürgermeister Franz Kukla, Gundelfingen. Bild: -jdt-

Nah dran. Ihre Unimog-Partner in Bayern.

► Der Mercedes-Benz Unimog zeigt immer und überall viel Einsatzfreude. Genau wie die Fachberater Ihrer bayerischen Unimog-Partner – ganz in Ihrer Nähe.

► Profitieren Sie von praxisgerechten Lösungen aus einer Hand. Mit individuellen Fahrzeug- und Gerätekombinationen, vielen maßgeschneiderten Finanzdienstleistungen und professionellem Mercedes-Benz Service.

► Ihr Unimog-Fachberater freut sich auf Sie. Mehr Informationen auch unter www.mercedes-benz.de/unimog

Mehr bewegen. Unimog.

Mercedes-Benz

Beutlhauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 0 94 53/99 11-10, Fax: 0 94 53/99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beutlhauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 0 92 21/5 07-0, Fax: 0 92 21/8 44 81
E-Mail: info-ugv@beutlhauser.de
Internet: www.beutlhauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 0 89/12 06-61 00, Fax: 0 89/12 06-61 27
E-Mail: henne-unimog.hst@mercedes-benz.de
Internet: www.henne-unimog.de

KLMV GmbH
Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau
Tel.: 0 92 86/95 11-0, Fax: 0 92 86/95 11-10
E-Mail: verkauf@klmv.de
Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 07 31/97 56-2 14, Fax: 07 31/97 56-4 10
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

V. l.: Erster Bürgermeister Gerhard Trautner (Gunzenhausen), Bezirksvorsitzender, Erste Bürgermeisterin Melitta Schön (Heroldsberg), Oberbürgermeiser Hartwig Reimann (Schwabach), Bezirksvorsitzender, Oberbürgermeister Hans Schaidinger (Regensburg), Verbandsvorsitzender. ❐

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Mittelfranken:

Erfolg und Defizit

Bei der Bezirksversammlung Mittelfranken seines Verbandes in Heroldsberg begrüßte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Hans Schaidinger, dass die Leistungen aus dem Finanzausgleich für die Kommunen um 12 Prozent zunehmen, während der Staatshaushalt nur um knapp 6 Prozent steigt. Als Erfolg verbuchte Regensburgs OB auch, dass nach zähen Verhandlungen Finanzminister Erwin Huber abgerungen werden konnte, den kommunalen Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer von 42,8 Prozent auf 50 Prozent zu erhöhen. Dies seien immerhin 108 Millionen Euro mehr als ursprünglich vorgesehen war.

Positiv ist laut Schaidinger dabei, dass ein Teil dieser Mittel in den Schulausbau, den Straßenausbau und die Abwasserbeseitigung fließen wird. Insgesamt steigen die Schlüsselzuweisungen, also die Gelder, die steuerschwache Städte und Gemeinden erhalten, um 280 Millionen Euro.

Bedauert hat der Städtetagsvorsitzende, dass der Staat nicht bereit ist, bei der Schülerbeförderung eine höhere Förderquote zuzugestehen. Derzeit werden nur knapp 60 Prozent der Schülerbeförderungskosten den Kommunen ersetzt, während es bei der Einführung der Schülerbeförderung 80 Prozent waren.

Staat lässt Kommunen im Stich

Besonders kritisierte Schaidinger auch, dass es keine finanziellen Zusagen zum Ausbau der Krippenplätze gegeben hat. Der Städtetag ist nach wie vor der Auffassung, dass der Staat die Kommunen in dieser Frage im Stich lässt. Wie Schaidinger darstellte, werden die Ausbaukosten auf etwa eine Milliarde Euro bis 2013 geschätzt. Der Bund und die Länder – auch der Freistaat – hätten in einer Verwaltungsvereinbarung den Kommunen vorgegeben, bis 2013 eine Ausbauquote von 31 Prozent zu erreichen. Außerdem soll ab 2013 ein genereller Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gelten.

Zuzsätzliche Anforderungen

Mit dieser Vorgabe und dem künftigen Rechtsanspruch würden zusätzliche Anforderungen an die Kommunen gestellt. Diese unterlägen dem Konnexitätsprinzip, d. h. wer erhöhte Anforderungen stellt, muss die Kosten dafür auch übernehmen. Der Freistaat will sich aber lediglich mit 100 Millionen Euro am Krippenausbau bis zum Jahr 2013 beteiligen, während der Bund in der gleichen Zeit 340 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Schaidinger dazu: „Die Städte und Gemeinden erwarten, dass sich der Freistaat mindestens mit der gleichen Summe am Krippenausbau beteiligt wie der Bund."

Derzeit gibt es in Bayern für gut 10 Prozent der Kinder unter 3 Jahren einen Krippenplatz. Um die angestrebten 31 Prozent Versorgungsgrad zu erreichen, müssen in Bayern insgesamt über 60.000 neue Krippenplätze eingerichtet werden. Der Bau eines Krippenplatzes kostet in Durchschnitt ca. 36.000 Euro. Davon sollen die Kommunen zwischen 36 und 66 Prozent selbst bezahlen. Insgesamt wären das 600 Millionen Euro. „Das können die Kommunen nicht leisten", stellte Schaidinger fest. Wenn es dem Freistaat ernst ist mit dem Ausbau der Kinderkrippenplätze, müsse er auch seine Kasse aufmachen. Jedenfalls werde es nach dem Motto: „Die Städte und Gemeinden werden es schon richten, weil sie dem Druck der Bürger ausgesetzt sind", nicht funktionieren.

Hauptschulreform

Vom Freistaat wird darüber hinaus mehr finanzielles Engagement und ein schnelleres Tempo bei der Umsetzung der Hauptschulreform erwartet. OB Schaidinger hält angesichts des Reformbedarfs der Hauptschule einen fünfjährigen Übergangs- und Ausbauzeitraum für zu lang. Im Interesse der Zukunftschancen für die jetzige Hauptschülergeneration müssten als richtig und notwendig erkannte Maßnahmen sofort in die Tat umgesetzt werden.

Die Städte erwarten, dass der Staat seiner finanziellen Verantwortung für eine erfolgreiche Hauptschulreform gerecht wird und ein Sonderprogramm im Umfang von 600 Mio. Euro auflegt. Derzeit erfolge der Ausbau der Ganztagshauptschule nur „auf Antrag" der Kommune, wobei sich diese gleichzeitig bereit erklären muss, sämtliche Investitionskosten zu übernehmen. Schaidinger: „Mit diesem Trick verlagert der Freistaat die Kostenlast einseitig auf die Kommunen, obwohl er den flächendeckenden Ausbau als politisches Ziel verkündet."

Offene und gebundene Modelle

Die Städte begrüßen, dass der Freistaat die gebundene Ganztagshauptschule flächendeckend einführen will, bedauern jedoch, dass nicht zugleich der Mut aufgebracht wird, diese Schulform zur Regel zu machen. Die Städte warnen vor den Problemen, die ein auf Dauer angelegtes Nebeneinander von offenen und gebundenen Modellen nach sich zieht. Dazu zählten insbesondere vermehrte Schülerwanderungen. Sie verursachten zusätzliche Beförderungskosten, Gastschulbeiträge und Mehrfachinvestitionen. **DK**

Waldkirchner Stadtwette:

„Lichterglanz und Sternenzauber"

„Lichterglanz und Sternenzauber" - 4000 Lichter brennen: Unter diesem Motto bietet Waldkirchens Bürgermeister Josef Höppler am 29. Dezember eine Wette an, die an die Gartenschau „Natur in Waldkirchen 2007", das Waldkirchner Sommermärchen, erinnert.

Bürgermeister Josef Höppler wettet, dass es die Bevölkerung nicht schafft, 4.000 Teelichter entlang des Gartenschaurundwegs aufzustellen. Sollte es aber gelingen, den 4 km langen Gartenschauweg mit Lichtern (pro Meter ein Teelicht in einem Glasbehälter) zu beleuchten, wird der Bürgermeister folgenden Wetteinsatz einlösen: Er wird dafür sorgen, dass im Sommer 2008 ein „Gartenschaurevival" mit mindestens drei Großveranstaltungen stattfinden wird, das das Waldkirchner Sommermärchen 2007 wieder aufleben lässt.

Alle Waldkirchner- und alle Landkreisbürger sowie Freunde Waldkirchens, die sich mit Begeisterung an die Gartenschauzeit zurückerinnern, sind aufgerufen, mitzumachen. Mitzubringen sind Gläser (Einweggläser, Marmeladengläser oder höhere Trinkgläser etc.) und Teelichter, um diese am Gartenschaurundweg zu positionieren und dem Bürgermeister die Wette abzugewinnen. Es besteht auch die Möglichkeit, die Lichter und Gläser am Marktplatz zu kaufen. Als kleine Entschädigung für die Mitwirkung der Bürger wird im Weihnachtsmarkt am Marktplatz gratis Glühwein verteilt. ❐

Bamberg ist „Naturschutzkommune 2007"

Bamberg darf sich nunmehr „Naturschutzkommune 2007" nennen. Beim Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Naturschutz" belegte die fränkische Metropole in der Kategorie der Kommunen zwischen 30.000 und 100.00 Einwohnern einen hervorragenden 3. Platz.

Die Deutsche Umwelthilfe hatte mit dem Schirmherrn Bundesumweltminister Sigmar Gabriel Städte und Gemeinden dazu aufgerufen, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen. 115 Kommunen folgten diesem Ruf und konkurrierten um den begehrten Titel. Bamberg schnitt nicht nur in seiner Größenklasse, sondern auch insgesamt mit Rang 16 bundesweit und in Bayern mit Rang 2 (von 24 teilnehmenden Städten) sehr gut ab.

Die Urkunde der Deutschen Umwelthilfe erhielt eine Delegation aus Bamberg mit Bürgermeister Werner Hipelius an der Spitze in Berlin überreicht. Die Jury würdigte besonders die Anstrengungen der Stadt Bamberg zur Bewahrung der wertvollen Sandmagerrasen, das große Engagement für den Vogelschutz und den Gewässerschutz sowie die Biotopvernetzung. Überzeugt hat auch der stadtökologische Lehr- und Erlebnispfad. Als einziger Naturpfad hat dieser die volle Punktezahl für ein Projekt im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung erhalten.

In der Beurteilung durch die Deutsche Umwelthilfe heißt es u. a.: „In knapp einer Stunde haben die Besucher nicht nur die Gelegenheit die typische Flora und Fauna kennen zu lernen, sondern, was für Kinder und Jugendliche besonders interessant ist, an sog. Erlebnisstationen Naturphänomene zu erleben. Mit einem kleinformatigen Spielführer, der in jede Tasche passt, wird der Erlebnispfad zu einem dauerhaften und interaktivem Ereignis, das immer wieder aufs Neue Spaß macht. Mit der pädagogischen Verknüpfung, wie sie beim Lehrpfad gelungen ist, wird ein Verständnis bei jungen Menschen geschaffen, das langfristig der Natur am besten nützt."

„Recreation Area"

Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass Bamberg auf dem ehemaligen Militärgelände der US-Armee den Seebach freigelegt und renaturiert habe. „Mit der Herstellung dieses frei fließenden Gewässers hat sich die Wasserqualität für wassergebundene Lebewesen signifikant verbessert. Bamberg hat das gesamte Gelände als Langzeitbeobachtungsfläche ausgewiesen und erfasst in regelmäßigen Abständen die Entwicklung der Flora und Fauna. Um das ökologische Bewusstsein der Anwohner zu schärfen und die Bedeutung einer sauberen und intakten Umwelt zu verdeutlichen, wurde eine sog. Recreation Area geschaffen." **DK**

Als erster Mittelfranke hat Albert Reidelshöfer, der langjährige Bürgermeister von Haundorf (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen) und ehemalige Kreisvorsitzende der FDP, die „Thomas-Dehler-Nadel" erhalten. Hermann Rind (Schweinfurt), der Präsident der Thomas-Dehler-Stiftung, nannte den 79-Jährigen einen „leidenschaftlichen und streitbaren Demokraten" und einen „bekennenden Franken". Zur Überreichung war nicht nur der Präsident zugegen, sondern u. a. auch die Bundestagsabgeordnete Marina Schuster aus Greding (rechts). Text und Foto: Falk

Die Vizepräsidention des Bayerischen Landtags, Barbara Stamm, überreichte den Integrationspreis „JobErfolg 2007" an den Chamer Landrat Theo Zellner, der von behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begleitet wurde. ❐

Landkreis Cham erhielt Integrationspreis „JobErfolg"

Der Landkreis Cham ist am Welttag der Menschen mit Behinderung, mit dem Integrationspreis „JobErfolg" der Bayerischen Staatsregierung ausgezeichnet worden. Landrat Theo Zellner nahm bei einem Festakt in Bamberg die Auszeichnung für herausragende Leistungen bei der Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt in der Kategorie „Öffentlicher Dienst" entgegen.

Der Preis für die private Wirtschaft ging an Audi. Überreicht wurde der Preis von der Vizepräsidentin des Bayerischen Landtages Barbara Stamm, dem bayerischen Staatssekretär Jürgen W. Heike und der Behindertenbeauftragten Anita Knochner.

Die Jury begründete ihre Entscheidung so: „Beim Landkreis Cham arbeiten 42 schwerbehinderte Menschen, was einer Beschäftigungsquote von mehr als 14 Prozent entspricht. Die Palette der Behinderungen umfasst unter anderem leichte bis schwerste Bewegungseinschränkungen, Sehbehinderungen sowie verschiedene innere Erkrankungen. Besonderes Augenmerk legt das Landratsamt Cham auf die Ausbildung und anschließende Übernahme von jungen Menschen mit schwerer Behinderung sowie auf die gezielte Beschäftigung älterer schwerbehinderter Menschen..."

Der Chamer Landrat Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistages, nahm die Auszeichnung gerne entgegen: „Ich freue mich über diese Auszeichnung ganz besonders, weil es hier um Menschen geht. Die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft kann nirgends so erfolgreich gelingen wie am Arbeitsplatz. Die hohe Beschäftigungsquote im Landkreis Cham ist auch das Ergebnis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Schwerbehindertenvertretung, Personalvertretung und Dienststellenleitung sowie einer gezielten, behindertenfreundlichen Personalpolitik."

Fähigkeit zu besonderen Leistungen

„Wir haben zum Beispiel in den letzten Jahren, als es schon für Nichtbehinderte und erst recht für Behinderte schwierig war, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, für vier junge schwerbehinderte Menschen eine Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsmöglichkeit beim Landratsamt Cham geschaffen", fuhr Zellner fort. „Wenn dann einer dieser Auszubildenden sogar die Platzziffer 1 bei der Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf zum Verwaltungsfachangestellten in ganz Bayern erreicht, freut uns das nicht nur sehr - es beweist auch eindeutig, dass Menschen mit einer Behinderung zu besonderen Leistungen fähig sind. Wir wollen auch in Zukunft im Rahmen unserer Möglichkeiten nicht nur unsere gesetzlich vorgeschriebene Beschäftigungspflicht erfüllen, sondern in besonderer Weise dazu beitragen, dass Menschen mit einer Behinderung bestmöglich in unserer Gesellschaft integriert werden können."

Die Auszeichnung ‚JobErfolg' wurde von der Behindertenbeauftragten Anita Knochner initiiert, mit Unterstützung durch Sozialministerin Christa Stewens und Landtagspräsident Alois Glück. ❐

Bayerische Gemeindezeitung
Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherieble (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 01.01.2007
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Die Stauden ehrten ihren Motivationsmotor:

„Staudenähre“ für Professor Dr. Hans Frei

Bei einem Festakt in der Wallfahrtskirche St. Georg in Kirch-Siebnach (Landkreis Unterallgäu) wurde der langjährige schwäbische Bezirksheimatpfleger und Museumsdirektor Professor Dr. Hans Frei mit der „Staudenähre“, dem 2005 ins Leben gerufenen Kulturpreis der Staudenregion, ausgezeichnet. Die Regionalentwicklung Stauden (RES) würdigte damit - wenige Wochen nach dessen 70. Geburtstag - Freis unermüdlichen Einsatz für die Stauden in seinen vielfältigen beruflichen Funktionen.

Der Kultur- und Landschaftsraum vor seiner Haustüre - Frei ist in Bobingen aufgewachsen und lebt heute in Augsburg-Bergheim - hat ihn Zeit seines Lebens begeistert und beschäftigt: als Gründer und Leiter des schwäbischen Volkskundemuseums Oberschönenfeld ebenso wie als Professor für Kulturgeographie, geschichtliche Landeskunde und Volkskunde an den Universitäten München und Augsburg oder zuletzt als Autor eines vielbeachteten Bildbandes über die Stauden. Hans Frei ist nach der Grundschule Walkertshofen (2005) der zweite Träger der „Staudenähre“ - kunstvoll gefertigt in der Werkstätte des Goldschmiedemeisters Gottfried Schwarz.

Josef Fischer, Bürgermeister von Fischach und seit der ersten Stunde Vorsitzender der Regionalentwicklung Stauden (RES), erinnerte zu Beginn des Festaktes an den Zusammenschluss der Staudengemeinden im Drei-Landkreis-Eck Augsburg-Unterallgäu-Günzburg vor mehr als zehn Jahren. Kein anderer als Professor Hans Frei sei es im Juni 1996 gewesen, der im Rahmen der schwäbischen Kulturtage in Oberschönenfeld den Stein ins Rollen gebracht und die Stauden im Aufwind gesehen habe.

Die ersten Gratulanten von Professor Dr. Hans Frei (Mitte) waren (von links): RES-Geschäftsführer Hubert Teichmann, Ettringens Bürgermeister Robert Sturm, sowie die RES-Vorsitzenden Josef Fischer (Fischach) und Walter Wörle (Markt Wald).
Text und Bild: Walter Kleber

Für die gemeinsame Sache

Ettringens Bürgermeister Robert Sturm, der Vorsitzende des RES-Arbeitskreises Kultur und Gemeinschaft, auf dessen Initiative und Vorschlag die „Staudenähre“ in unregelmäßigen Abständen verliehen wird, bezeichnete den neuen Preisträger als Motivationsmotor und ein Vorbild, der andere dazu bringe, sich für die gemeinsame Sache einzusetzen, weil er sich selber bedingungslos einsetzt. Als einer der ersten, so Sturm, habe Hans Frei die Chancen und den Nutzen einer Regionalentwicklung für die Stauden erkannt, als dieses neue Instrument interkommunaler Zusammenarbeit noch in den Kinderschuhen steckte.

Weil sich die Ähre mit der Zeit der Ernte verbinde, passe die Auszeichnung mit der Staudenähre besonders gut in den Herbst seines eigenen Lebens, meinte der Geehrte: „Im Leben ist es die Ernte aus dem Erlebten, aus dem Angestrebten und dem Erreichten!“ Bei einem Empfang im „Kellerberg“ in Ettringen bot sich für die vielen Ehrengäste ausreichend Gelegenheit, dem neuen Preisträger persönlich zur „Staudenähre“ zu gratulieren. ❐

„European Enterprise Awards 2007“:

2. Platz für „XperRegio“

Der niederbayerische Kommunalverbund „XperRegio“ mit Sitz in Arnstdorf hat den zweiten Platz beim diesjährigen „European Enterprise Award“ für herausragende Leistungen bei der Wirtschaftsförderung erreicht. Die niederbayerischen Kommunen sind damit auf gleicher Augenhöhe mit großen europäischen Metropolregionen wie Luxemburg oder Brüssel. Bei der Endausscheidung im portugiesischen Porto waren 20 Gemeinden aus den Landkreisen Rottal-Inn und Dingolfing-Landau mit ihrem Projekt „XperRegio“ angetreten. Vor Ort vertreten wurden sie durch die Gemeinde Arnstorf mit ihrem Bürgermeister Alfons Sittinger. „XperRegio“ ist ein Zusammenschluss, der gezielte kleine Unternehmen mit EU-Geldern fördert und auf diese Weise bislang 300 Arbeitsplätze schaffen konnte. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

Liebe ist mehr als nur ein Wort

„Liebe - es gibt nichts Größeres auf der Welt und doch wird der Begriff immer leichtfertig und inflationär gebraucht.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war in der Stimmung zum vorweihnachtlichen Philosophieren und hatte sich am Begriff des Festes der Liebe festgebissen.

Es geht uns doch allen manchmal so, dass wir an einem Wort kauen, das verschiedene Bedeutungen hat und zu allem Überfluss auch noch in verschiedenen Zusammenhängen gebraucht wird. Es überkommt einen dann so ein gewisses Unwohlsein. Liebe ist so ein Wort. Es wird ja oft für die profansten Dinge gebraucht. In der Werbung lieben die einen Lebensmittel, die anderen Technik, die dritten eine Knautschsemmel mit Fleischpfanzerl. Liebe gibt es in körperlicher Form, im Sinne einer besonderen Nähe zweier Menschen und als Beschreibung des dankbaren Bewusstseins, dass unsere Existenz und unser Zusammenleben nicht voraussetzungslos sind - die Gottesliebe. Die alten Griechen hatten dafür drei eigene Begriffe, weshalb vielleicht Griechenland zur Wiege der abendländischen Philosophie wurde.

Und wie kommt ein durch und durch geerdeter Kommunalpolitiker wie mein Chef zu solch auf den ersten Blick unproduktiven Gedanken? Naja, er wurde gebeten, einen subjektiven Jahresrückblick für die Heimatzeitung zu schreiben. Da ist es ja nie schlecht neben Zahlen, Fakten, Daten zu Haushalt, Investitionen, Wachstum auch mal etwas Grundsätzlicheres, Tiefschürfenderes zu Papier zu bringen.

Warum sich also nicht mit der Kardinaltugend der Liebe auseinander setzen, die doch wahrscheinlich von den Prinzipien des moralischen Handelns, die uns Paulus hinterlassen hat, den stärksten Einfluss auf uns alle hat. Er hat wohl zunächst die Liebe zu Gott gemeint, die uns in unserem Leben leiten soll. Aber eng verknüpft damit ist die Liebe zu den Nächsten, zu den Mitmenschen, die uns als Maxime unseres Wirkens in der Welt dienen soll.

Und damit sind wir doch schon mitten im Thema der Kommunalpolitik. Das was Tag für Tag in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen an ehrenamtlichem Einsatz gebracht wird, in den kommunalen Vertretungen, in Vereinen, Beiräten, Kuratorien und wo auch immer, ist nichts anderes als das, was man mit einem leider altmodisch gewordenen Begriff „Werke der Liebe“ nennen könnte - der Einsatz für andere.

Klar, solche Gedanken passen nicht in eine Zeit, die zunächst vom Primat des Eigennutzes ausgeht und von jedem, der sich in einem kommunalen Vertretungsorgan für seine Mitbürger einsetzt, eine Rechtfertigung für die Aufwandsentschädigung verlangt. Vielleicht hat das christliche Abendland Gott auch schon so weit zur Privatsache erklärt, dass die Motivation für gemeinwohlorientiertes Engagement mit säkulareren Begriffen wie etwa Verantwortungsgefühl beschrieben werden muss. Wir benutzen halt lieber Worte der Soziologie als der Bibel.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat keine Angst vor dem Begriff der Liebe, wenn er in seinem Beitrag die Beweggründe beschreiben wird, die ihn und viele andere auch im kommenden Jahr wieder dazu bringen werden, nicht primär für sich, sondern für andere zu wirken. Gerade zu Weihnachten schadet es doch wahrlich nicht, sich daran zu erinnern, wo unsere Wertegrundlagen sind. Aber mein Chef wäre nicht mein Chef, wenn er sich ein Augenzwinkern verkneifen könnte. Deshalb schließt er seinen Artikel mit dem Zitat vom heutigen Kalenderblatt. Es stammt von dem jüdischen Philosophen Martin Buber: „Liebe Deinen Nächsten. Er ist wie Du!“

Liebe Leserinnen, geneigte Leser! Ich wünsche Ihnen gesegnete und ruhige Festtage mit Gelegenheiten zum Besinnen und Nachdenken, einen guten Rutsch und einen reibungslosen Start in ein hoffentlich erfolgreiches Jahr 2008.

Ihre Sabrina

Bayerisch-Böhmische Tourismustage in Cham:

Billigtourismus ist keine Alternative!

Die Themen Innovationen und Qualität im Tourismus bestimmten den 3. Bayerisch-Böhmischen Tourismustag im oberpfälzischen Cham. Dass in der Tourismusregion im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet ein beinah unerschöpfliches Potenzial liegt, darüber waren sich die Experten einig. Zum Programm der zweitägigen Veranstaltung gehörten neben zahlreichen Vorträgen u. a. auch ein sog. Showcooking mit musikalischer Umrahmung, ein „Fire and Ice” Showbarkeeping sowie „eine etwas andere Stadtführung“ unter dem Motto „Leben, Lieben, Leidenschaft - Ver-Führung durch das alte Cham…“.

„Der Tourismus in Bayern ist eine weiß-blaue Leitökonomie“, stellte Wirtschaftsstaatssekretär Markus Sackmann fest. Er sei im ländlichen Raum und gerade im Grenzraum auch eine wichtige Stütze, um den Strukturwandel erfolgreich bewältigen zu können. Sackmann räumte allerdings ein, „dass wir uns auch hier - wie in der Industrie - verabschieden müssen von der Illusion, dass es im Niedrig-Preis-Segment zu schaffen ist.“

Mit Innovationen bestehen

Ostbayern werde im Tourismusmarkt nicht bestehen „mit dem Zimmercharme der 70er Jahre oder den Bauherrenmodellobjekten der 80er Jahre, sondern nur mit Innovationen des neuen Jahrhunderts“. Auch für die unmittelbar angrenzenden Gebiete in Böhmen sieht Sackmann im Billigtourismus mittelfristig keine Alternative. Modernisierung der Kapazitäten und professionelle Marketingmaßnahmen seien deshalb ein Muss. Die Staatsregierung leiste hier wertvolle und verlässliche Hilfestellung. So sei der Tourismusverband Ostbayern bei seinen Marketing- und Qualifizierungsmaßnahmen in den vergangenen zehn Jahren mit über 10 Mio. Euro unterstützt worden.

Bedeutender Quellmarkt

Die vom Bayerischen Wirtschaftsministerium geförderte BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH habe ihr Marketingbudget für die Bearbeitung ausländischer Märkte im vergangenen Jahr auf 1 Mio. Euro verdoppelt, fuhr Sackmann fort. Darunter befinde sich auch das Vermarktungskonzept für Tschechien. Wie der Staatssekretär betonte, „sind unsere Nachbarn für Bayern und insbesondere für Ostbayern ein immer bedeutender werdender Quellmarkt“. So kamen 2006 bereits rund 80.000 Gäste aus Tschechien nach Bayern. Der Anstieg bei den Übernachtungen seit 1997 betrug 27 %. Bayern steht auf Platz 1 der Tschechen bei allen Deutschlandreisen und hat einen Marktanteil von 30 %. Die Vielzahl der Tagesreisen von Tschechen nach Bayern und insbesondere Ostbayern, vor allem auch zum Einkaufen und in die Freizeiteinrichtungen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Sackmann nahm die Tourismustage zum Anlass, an die ostbayerischen Kommunen und Betriebe folgenden Appell zu richten: „Wenn Sie besondere Kenntnisse und Kontakte im tschechischen Markt haben - machen Sie was daraus! Aber verzetteln Sie sich bitte nicht in kleinräumigen Werbeaktivitäten mit wenig Marktdurchdringung! Beteiligen Sie sich verstärkt an den Marketingmaßnahmen des Tourismusverbands Ostbayern und der by.TM!

Erfolgreiche Saison in Sicht

Was das Thema Wintertourismus in Ostbayern anbelangt, verwies der Politiker darauf, dass dieser in Bayern mittlerweile rund 40 % der jährlichen Übernachtungen ausmacht. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Saison gestalteten sich günstiger denn je: Zum einen seien die wetter- und schneeunabhängigen Angebote aufgrund der Erfahrungen des letzten Winters noch einmal ausgeweitet worden. Zum anderen habe der Schneefall heuer früh und intensiv eingesetzt. Am Arber tummelten sich seit Inbetriebnahme der Gondel wieder viele Skifahrer und Snowboarder.

Für faire Wettbewerbsbedingungen

In Berlin wurde im Bundesrat die letzte formale Hürde für ein Gesetz genommen, das ab Januar günstigere Tickets für Skipässe und Bergbahnfahrten ermöglicht - die Gewährung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die Bergbahnen.

In diesem Zusammenhang forderte der Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, Siegfried Gallus, die gleichen fairen Wettbewerbsbedingungen auch für das Gastgewerbe. „Alle von den politischen Entscheidungsträgern herangezogenen Argumente, die für die Herabsetzung der Mehrwertsteuer bei Bergbahnen sprechen, gelten umso mehr für Hotellerie und Gastronomie“, betonte Gallus und ergänzte: „Unsere Hoteliers werden knapp doppelt so hoch belastet wie ihre Kollegen in Österreich, fast viermal höher als in Tschechien und gegenüber dem Nicht-EU-Mitglied Schweiz ist die Abgabe sogar über fünfmal so hoch.“ Zudem sei ein stärkeres Gewicht der Touristiker in München nötig, obschon bereits vieles für die Betriebe im Grenzbereich getan worden sei. **DK**

MdL Hans Herold (links) mit dem Jubilar Robert Pfeifer und dessen Ehefrau Hertha. ❐

Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim:

Altlandrat Pfeifer feierte 80. Geburtstag

Großaufgebot an politischer Prominenz im Landkreis: Altlandrat Robert Pfeifer konnte bei guter Gesundheit seinen 80. Geburtstag feiern und viele waren gekommen, ihm zu gratulieren und für sein Lebenswerk zu danken.

Innenminister Joachim Herrmann bezeichnete den Jubilar als Kommunalpolitiker, der sein Amt als Landrat über fast zwei Jahrzehnte hinweg verantwortungsvoll, engagiert und erfolgreich ausgeübt und damit entscheidend zur positiven Entwicklung des Landkreises beigetragen habe. Der Parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt berichtete launig von Begegnungen mit Robert Pfeifer, der ihm gute Ratschläge einerseits, aber auch deutliche Worte andererseits mit auf den Weg gegeben habe.

Insgesamt war Robert Pfeifer mehr als 40 Jahre kommunalpolitisch aktiv, denn bevor er zum Landrat gewählt wurde, war er schon 1. Bürgermeister in seiner Heimatgemeinde Markt Taschendorf und Stellvertreter des Landrats. Das erfolgreiche Zusammenführen von drei ehemals selbständigen Landkreisen gehört ebenso zu seinen Leistungen wie beispielsweise die Sanierung der Krankenhäuser und die Ansiedlung der Bayerischen Verwaltungsschule in der Kreisstadt.

Eine Herzensangelegenheit war ihm aber die Lebenshilfe im Landkreis, die er zu einem mittelständischen Unternehmen führte. 30 Jahre hat er unüberhörbar seine Stimme für Menschen mit Behinderung erhoben, galt als „Baumeister“ und hat mit vielerlei Einrichtungen Hunderte von Arbeitsplätzen geschaffen. Erst kurz nach seinem 80. Geburtstag gab er die Führung der Lebenshilfe in jüngere Hände. **pmw**

Oberfränkisches Landrätetreffen in Obertrubach:

Arbeitslosenhilfe und Grundsicherung

Unter Vorsitz des Bayreuther Landkreischefs Dr. Klaus-Günter Dietel kamen die oberfränkischen Landräte zu ihrer letzten diesjährigen Tagung in dem im Landkreis Forchheim liegenden Obertrubach zusammen. An der Sitzung nahmen auch Regierungspräsident Wilhelm Wenning sowie das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages, Direktor Johannes Reile teil.

Neben aktuellen kommunalpolitischen Themen wurden der Kommunale Finanzausgleich sowie der Bezirkshaushalt 2008 diskutiert, nachdem Bezirkstagspräsident und Landrat Dr. Günther Denzler (Bamberg) diesen vorgestellt hatte. Darüber hinaus wurde vor allem die Entwicklung der Arbeitslosenhilfe II und die Grundsicherung ausführlich behandelt.

Verdoppelte Nettoausgaben

Bezirksverbandsvorsitzender Dietel wies abermals auf das massive Ansteigen der Fallzahlen und Kosten bei der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung hin. Die Nettoausgaben für die Grundsicherung hätten sich bei allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Oberfranken von 2003 bis 2006 mit rund 114 Prozent mehr als verdoppelt. „Dennoch“, so Dietel, „stützt sich der Bund auf eine angebliche Verringerung der Mehrkosten von 409 Mio. Euro auf 180 Mio. Euro. Die Bundeserstattung hat 2006 aber lediglich durchschnittlich 8,31 Prozent betragen.“

Ebenso wiesen die Sitzungsteilnehmer auch die unrealistische Behauptung des Bundes zurück, er gleiche die Kosten für den Verzicht auf den Unterhaltsrückgriff aus. Dietel zufolge ist dies „schlichtweg falsch“. Wahr sei vielmehr, „dass sich der Bund immer mehr aus der Kostenverantwortung zurückzieht, während die in erheblichem Umfang durch vermehrte Antragstellung entstehenden Mehrkosten den Kommunen allein zugemutet werden sollen“.

Bayreuths Landrat forderte abermals die oberfränkischen Bundestagsabgeordneten auf, sich mit Nachdruck gegen diese Belastungen der Kommunen zu wenden. Die oberfränkischen Landräte wollen deshalb gerne diese durchaus komplexen Probleme bei der Arbeitslosenhilfe II und der Grundsicherung den Abgeordneten in Kürze persönlich anhand der Entwicklung in ihren Landkreisen vortragen. **DK**

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 1/2, die als Doppelnummer am 17. Januar 2008 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen**
- **Umweltschutz**
- **Abfall und Recycling**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Fremdenverkehr in Bayern**

V. l.: Gründungsmitglied Clemens Fischer, Vorsitzende Isolde Welbes, OB Dr. Pia Beckmann, Kassenwartin Waltraud Ackermann, stellvertretender Vorsitzender Eugen Süssenguth und Sozialreferent Robert Scheller. Foto: Christian Weiß

Bürgersozialpreis für „Würzburger Tafel e.V.“

Zum ersten Mal vergab die Stadt Würzburg einen Bürgersozialpreis. Damit wurde jetzt das Engagement der Würzburger Tafel e.V. gewürdigt, die Lebensmittel an Arme verteilt. Die Dotierung von 1.000 Euro übernahmen die Stadt Würzburg und der Rotary-Club Würzburg-Stein je zur Hälfte.

Sozialreferent Robert Scheller stellte bei einer Feierstunde im Ratssaal fest, dass die „Tafel“ eine Brücke zwischen Überfluss und Armut schlage. Überproduktion, Überangebot und Überfluss in Deutschland führe zur Vernichtung eines Fünftels der Lebensmittel. Auf der anderen Seite hätten nicht alle Menschen ihr tägliches Brot. Diese Entwicklung sei bedrückend. So mache das wachsende Engagement des Vereins auch in Würzburg aufmerksam. Immer mehr Menschen seien durch Armut gezwungen, das Angebot der „Tafel“ anzunehmen, ohne die es vielen in der Stadt schlechter ginge.

Seit der Gründung der „Würzburger Tafel“ im Jahr 1999 haben über 100 ehrenamtliche Helfer in mehr als 22.000 Stunden über 500 Tonnen zu viel produzierter Lebensmittel im Stadtgebiet verteilt. Rund 1650 Menschen, darunter 680 Kinder und Jugendliche, erhalten derzeit Hilfe von der „Tafel“. Beliefert werden die Wärmestube, die Bahnhofsmission, das Projekt Streetwork, die Ebracher Schwestern, Frauenhäuser, das Spieli, das Goldene Kinderdorf, die städtische Obdachlosenunterkunft und mehrere Kindergärten. Die „Tafel“ ist auch in den Stadtteilen Zellerau, Heuchelhof und Grombühl präsent. Dabei geht es nicht nur um die Linderung materieller Not. Bedürftige erfahren menschliche Wärme.

Wie Würzburgs Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann betonte, soll soziales Engagement eine „eigenständig wirkende Säule des Sozialstaates“ werden. In dieser Hinsicht sei die Würzburger Tafel e.V. vorbildhaft und auszeichnungswürdig. **wkn**

Bayerische Landesstiftung:

Umweltpreis für Gemeinde-Trio

Gleich drei Kommunen wurden von Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein mit dem Umweltpreis der Bayerischen Landesstiftung 2007 ausgezeichnet. Im Rahmen eines Festakts in der Münchner Residenz erhielt die Gemeinde Ascha, Landkreis Straubing-Bogen, für das Projekt „Kommunaler Klimaschutz – Nachhaltigkeitskonzept“ ebenso einen Preis wie die Gemeinden Schwenningen und Blindheim, Landkreis Dillingen a. d. Donau, für ihr Projekt „Erhaltung des Lebensraumes im schwäbischen Donauried“.

Die Gemeinde Ascha hat die nachhaltige Entwicklung in ihrer Kommune zur Chefsache erklärt und es sich zum Ziel gesetzt, möglichst viel Energie einzusparen. Kommunale Gebäude wurden in Niedrigenergiebauweise errichtet und die Nutzer zum Energiesparen angehalten. Bei Sanierungen wird ein Energiepass erstellt, nach dem die Baumaßnahmen durchgeführt werden, und das bereits lange bevor bundesweit der Energiepass zum Thema gemacht wurde. Durch die effiziente Nutzung und den sinnvollen Mix von Solarenergie, Solarthermie und einer Holzschnitzelanlage hat Ascha eine echte Vorbildfunktion unter den bayerischen Kommunen beim Einsatz regenerativer Energien.

Die Gemeinden Schwenningen und Blindheim im Landkreis Dillingen an der Donau haben sich besonders um die Erhaltung des Lebensraumes im schwäbischen Donauried verdient gemacht. Trotz heftiger Interessenskonflikte und teils schwierigen Auseinandersetzungen mit den Grundeigentümern und anderen Interessensvertretern ist es hier gelungen, ein beispielhaftes Biotopverbundsystem mit insgesamt 140 Hektar in einem der bedeutendsten Wiesenbrüter-Lebensräume Bayerns zu schaffen. Praktisch die gesamte Bauernschaft arbeitet bei der biotopgerechten Pflege und Entwicklung der Ökoflächen mit. Durch das gemeinsame Ziel der Erhaltung des Lebensraumes sind auch Solidarität und Gemeinschaftsgeist in den Gemeinden gewachsen.

Als weiterer Preisträger in der Kategorie „Umwelt“ wurde der Montessori-Verein Landkreis Erding e.V. für das Projekt „Erstellung eines Schulhauses in Passivbauweise“ gewürdigt.

Der Kulturpreis der Bayerischen Landesstiftung 2007 ging wiederum an den Historiker Professor Dr. Eberhard Weis aus Gauting, den Sprachwissenschaftler Professor Dr. Werner König aus Augsburg und den bayerischen Liedermacher Fredl Fesl aus Pleiskirchen. Den Sozialpreis der Bayerischen Landesstiftung 2007 erhielten die Selbsthilfefirma Blinde Musiker München gGmbH, der Türkisch-deutsche Verein zur Integration behinderter Menschen e.V. (TIM), Nürnberg und der Verein Verwaiste Eltern München e.V.

Wie Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein in seiner Laudatio hervorhob, verdiene die Bereitschaft Einzelner, sich für die Gesellschaft zu engagieren und für ihre Mitgestaltung Verantwortung zu übernehmen, besondere Anerkennung. Die Preisträger des Kultur-, Umwelt- und Sozialpreises der Bayerischen Landesstiftung seien mit ihrem Einsatz und ihrer Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, Vorbilder für eine aktive Bürgergesellschaft. **DK**

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de
Knödler

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung 67
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
eMail info@fahnen-koch.de

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de
Knödler

Fahrradabstellanlagen

LANGER
Wartehallen
Ein Gesellschafter der KLANCIA-AG

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 · Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ®
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen ORION
www.orion-bausysteme.de

Weihnachtsbeleuchtung

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74